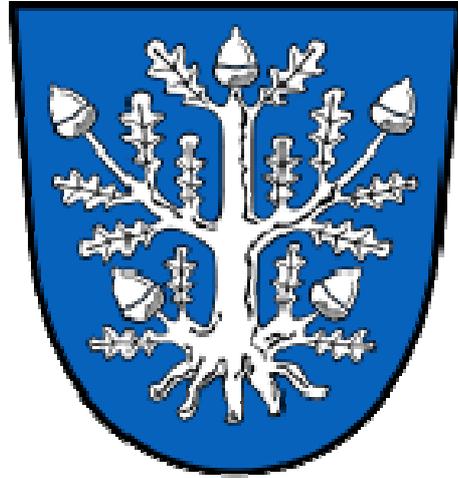


Offenbach am Main



Haushaltssicherungskonzept der Stadt Offenbach für das Haushaltsjahr 2010

Stadt
Offenbach
am Main

OF

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtliche Grundlagen und Ziele des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) sowie Vorbemerkung	4
2. Ursachen für die Entwicklung zu nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalten - Historische Entwicklung	5
2.1 Historische Entwicklung der Ausgaben	6
2.2 Historische Entwicklung der Einnahmen	8
3. Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach	10
3.1.1 Statistik und Wahlen	12
3.1.2 Allgemeine Gefahrenabwehr, Verkehrsangelegenheiten	13
3.1.3 KFZ-Zulassung, Fahrerlaubnisse, Melde- und Passangelegenheiten	14
3.1.4 Aufenthaltsangelegenheiten	15
3.1.5 Brandschutz - Gefahrenabwehr, Rettungsdienst	17
3.1.6 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung	18
3.1.7 Zusammenfassung Produktbereich Sicherheit und Ordnung	19
3.2. Schulträgeraufgaben (Produktbereich 03)	20
3.2.1 Schulen	20
3.2.2 Schülerbeförderung und sonstige schulische Aufgaben	21
3.2.3 Zusammenfassung Schulträgeraufgaben	22
3.3. Kultur und Wissenschaft (Produktbereich 04)	24
3.3.1 Museen und Archiv	24
3.3.2 Kulturförderung	25
3.3.3 VHS	26
3.3.4 Bibliothek	28
3.3.5 Sonstige Aufgaben im Bereich Kultur und Wissenschaft	29
3.3.6 Zusammenfassung Kultur und Wissenschaft	30
3.4. Soziale Leistungen (Produktbereich 05)	31
3.4.1 Hilfe nach Kapitel 5 – 9 SGB XII außerhalb von Einrichtungen	31
3.4.2 Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	32
3.4.3 Hilfe in Einrichtungen	34
3.4.4 Grundsicherung für Arbeitsuchende	35
3.4.5 Leistungen für Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt	36
3.4.6 Soziale Einrichtungen	37
3.4.7 Unterhaltsvorschuss	38
3.4.8 Wohngeld und sonstige delegierte Aufgaben	40
3.4.9 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Soziale Leistungen	41
3.4.10 Zusammenfassung Soziale Leistungen	42
3.5. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 06)	43
3.5.1 Kinder in Tageseinrichtungen	43
3.5.2 Jugendarbeit	46
3.5.3 Erzieherische und allgemeine Hilfen	47
3.5.4 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	49
3.5.5 Zusammenfassung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	50
3.6. Gesundheitsdienste (Produktbereich 07)	51
3.6.1 Gesundheit und Veterinäraufsicht	51
3.7. Sportförderung (Produktbereich 08)	53
3.7.1 Sportförderung	53
3.7.2 Sportstätten und Badeseen	54
3.7.3 Zusammenfassung Sportförderung	55
3.8. Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen (Produktbereich 09)	56
3.8.1 Stadterneuerung	56
3.8.2 Grundstückswertermittlung	57

3.8.3	Raumbezogene Informationssysteme, Flughafen ausbau	58
3.8.4	Zusammenfassung Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	60
3.9.	Bauen und Wohnen (Produktbereich 10)	61
3.9.1	Bauaufsicht	61
3.9.2	Grundstücksgeschäfte und Erbbaurechte	62
3.9.3	Verwaltung von Grundstücken, Wohnungsbau, Landwirtschaft	63
3.9.4	Fehlbelegungsabgabe	64
3.9.5	Wohnbauförderung	65
3.9.6	Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Bauen und Wohnen	66
3.9.7	Zusammenfassung Bauen und Wohnen	67
3.10.	Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV (Produktbereich 12)	68
3.10.1	Gemeinde- und Kreisstraßen	68
3.10.2	Landes- und Bundesstraßen	69
3.10.3	Zusammenfassung Verkehrsflächen und –anlagen	70
3.11.	Natur- und Landschaftspflege (Produktbereich 13)	71
3.11.1	Freiflächen und Gewässerschutz	71
3.11.2	Bewirtschaftung des Stadtwaldes	72
3.11.3	Zusammenfassung Natur- und Landschaftspflege	73
3.12.	Umweltschutz (Produktbereich 14)	74
3.12.1	Umweltdienstleistungen	74
3.13.	Wirtschaft und Tourismus (Produktbereich 15)	76
3.13.1	Wirtschaftsförderung, Europaangelegenheiten	76
3.14.	Allgemeine Finanzwirtschaft (Produktbereich 16)	78
3.14.1	Steuern und Finanzwirtschaft	78
3.15.	Innere Verwaltung (Produktbereich 01)	81
3.15.1	Stadtverordnetenversammlung und Magistrat	81
3.15.2	Personalsteuerung	82
3.15.3	Personalvertretung, Gleichstellung, Prüfungen	83
3.15.4	Gebäudeverwaltung	84
3.15.5	Zentrale Dienste	85
3.15.6	Sonstige Aufgaben im Bereich Innere Verwaltung	87
3.15.7	Zusammenfassung Innere Verwaltung	88
3.16.	Zusammenfassung: Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach	89
4.	Personalzahlen und -kosten	93
5.	Investitionen und Finanzierung	98
	Finanzierung Schulbausanierungsprogramm	99
6.	Städtisches Vermögen (Beteiligungen, Grundstücke)	102
	Beitrag der Stadtwerke Offenbach Holding GmbH (SOH) zum städtischen Haushalt 2008 – 2010	102
7.	Kreditaufnahmen, Schuldenstand, Bürgschaften	103
8.	Abstimmung des Haushaltssicherungskonzepts mit den Leitlinien des Innenministeriums	107
9.	Fazit	111

1. Rechtliche Grundlagen und Ziele des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) sowie Vorbemerkung

Das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2010 wird gemäß § 24 Abs. 4 GemHVO-Doppik i. V. m. § 92 Abs. 4 HGO sowie der Auflage 7 der Genehmigung des Haushaltsplans 2009 des Regierungspräsidenten vom 12. Mai 2009 vorgelegt.

§ 92 Abs. 4 HGO stellt fest, dass der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll. Ist der Haushaltsausgleich nicht möglich, ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Es ist von der Gemeindevertretung zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Gem. § 24 Abs. 4 GemHVO sind darin die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Weiterhin hat es verbindliche Festlegungen über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Konsolidierungszeitraum zu enthalten.

Mit der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes durch den Magistrat, dem Beschluss des Konzepts durch die Stadtverordnetenversammlung und der Vorlage bei dem Regierungspräsidium Darmstadt erfüllt die Stadt Offenbach am Main ihre aus § 92 Abs. 4 HGO resultierende Verpflichtung.

Die Gliederung des HSK orientiert sich an den Vorgaben des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport (HMdIuS) vom 03.08.2005, Staatsanzeiger Seite 3261, der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden.

In der Gesetzesbegründung (Hessischer Landtag Drs. 16/2463) wird zum Thema Haushaltssicherungskonzept folgendes aufgeführt:

„Das HSK ist ein Instrument zur Festlegung der Konsolidierungslinie und der dafür notwendigen Maßnahmen. Es muss Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Konsolidierungszeitraum. Wegen der Bedeutung ausgeglichener Haushalte für eine stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde ist das Haushaltssicherungskonzept von der Gemeindevertretung zu beschließen. Es ist der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen, weil es wichtige Informationen zur Beurteilung der Frage enthält, ob die Haushaltsgenehmigungen nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt werden können.“

Hierzu ist festzustellen, dass das seit langem bestehende strukturelle Defizit gerade durch die Verpflichtung zur stetigen Aufgabenerfüllung verursacht wird - die seitens des Gesetzgebers geforderte stetige Aufgabenerfüllung lässt kaum die Aussicht auf dauerhafte ausgeglichene Haushalte zu. Dies wird im Folgenden weiter ausgeführt.

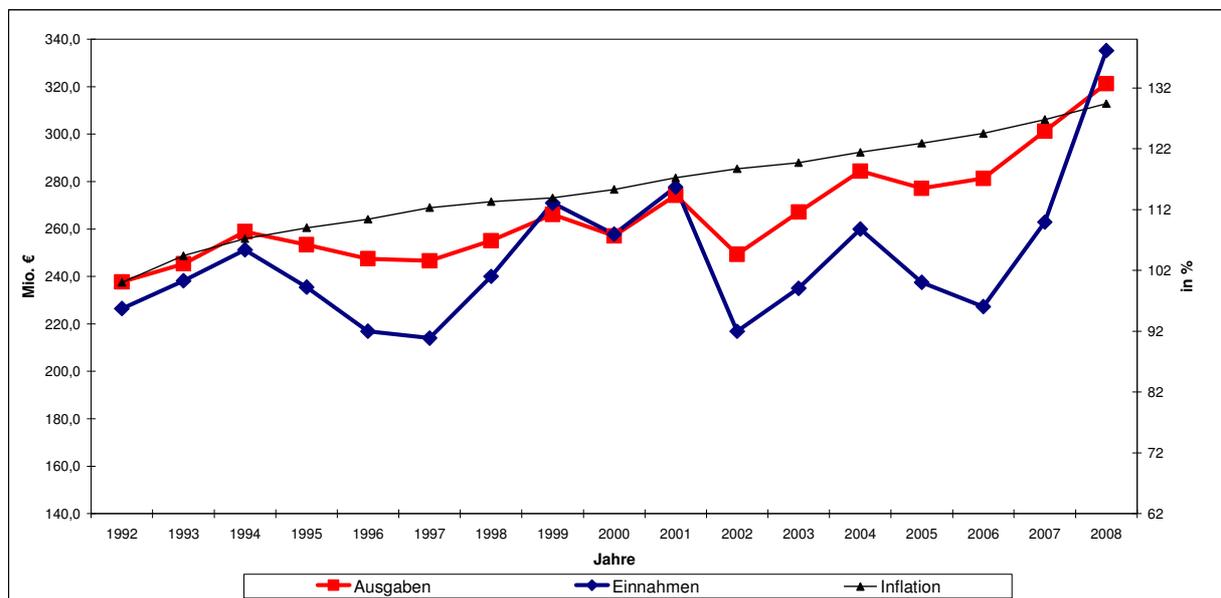
Die Stadt Offenbach hat erstmals 1992 und von da an jährlich bis zum Jahr 2000 aufgrund der defizitären Haushalte Haushaltssicherungskonzepte (früher auch Haushaltssanierungskonzept genannt) erstellt. Bis 2005 entfiel dies aufgrund positiver Prognosen, die sich aus 1999/2000/2001 durch Haushaltsüberschüsse ergeben haben. Seit 2002 musste der Offenbacher Haushalt jeweils mit einem periodischen Fehlbetrag geplant werden, seit 2006 wird wieder jährlich ein Haushaltssicherungskonzept erstellt.

Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept entspricht der Gliederung des vorangegangenen Konzepts.

2. Ursachen für die Entwicklung zu nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalten - Historische Entwicklung

Hauptursache für die außerordentliche Verschlechterung der Finanzlage seit 1992 war der strukturelle Wandel in Offenbach. Traditionsreiche Industrieunternehmen schrumpften, bauten Arbeitsplätze ab oder schlossen ihre Tore ganz. Die Folge waren stark steigende Sozialkosten gepaart mit stagnierenden und teilweise dramatisch sinkenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Steuer- und Sozialgesetzgebung verschärfte diese Entwicklung. Diverse Unternehmensteuerreformen führten zu einer weiteren Reduzierung des Gewerbesteueraufkommens, die Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit zu einer Erhöhung der von der Kommune abzuführenden Gewerbesteuerumlage.

Abbildung 1



Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
Einnahmen in Mio. €	226,5	238,1	251,2	235,5	216,9	214,0	240,0	270,9	257,8	277,7	216,9	235,0	260,0	237,5	227,3	262,9	335,2	
Ausgaben in Mio. €	237,7	245,3	258,9	253,4	247,5	246,6	255,1	266,1	257,1	274,2	249,3	267,1	284,4	277,2	281,4	301,2	321,3	
Deckungsgrad in %	95,3	97,1	97,1	93,0	87,7	86,8	94,1	100,0	100,0	100,0	87,0	88,0	91,4	85,7	80,8	87,3	100,0	
Defizit (-) / Überschuss	-11,3	-7,2	-7,6	-17,8	-30,6	-32,6	-15,0	4,8	0,7	3,5	-32,5	-32,1	-24,4	-39,7	-54,1	-38,3	13,9	
Ausgabensteigerung gegenüber in %	1992	0,0	3,2	8,9	6,6	4,1	3,7	7,3	11,9	8,1	15,3	4,9	12,4	19,6	16,6	18,3	26,7	35,1
	Vorjahr	0,0	3,2	5,5	-2,1	-2,3	-0,4	3,4	4,3	-3,4	6,7	-9,1	7,1	6,5	-2,6	1,5	7,1	6,7
Inflation	Index 1992	100	104,4	107,2	109	110,4	112,3	113,3	113,9	115,3	117,2	118,7	119,7	121,4	122,9	124,5	126,8	129,4

Erläuterungen:

1992-2008 = Rechnungsergebnisse (in 2008 Umstellung auf Doppik)
 Alle Ausgaben sind bereinigt um die Altdefizite

Die Ausgaben wuchsen bis zum Jahr 2008 im Durchschnitt kontinuierlich schneller als die Einnahmen (siehe Abbildung 1). Trotz außerordentlicher Anstrengungen gelang eine dauerhafte und nachhaltige Sanierung nicht. Bis 2007 galt: weder die Gewerbesteuereinnahmen (hier waren die Jahre 1999 - 2001 die Ausnahme) noch die anteiligen Einkommensteueranteile verzeichneten nennenswerte Steigerungen. Die Gesamteinnahmen des Jahres 2006 lagen auf dem Niveau des Jahres 1992; und selbst die 2007 stark gestiegene Allgemeine Finanzaufweisung führte nicht dazu, das Niveau von 1999 zu übertreffen. Erst mit den positiven Auswirkungen des konjunkturellen Hochs im Jahr 2008 übertrafen die Einnahmen die Ausgaben und erreichten eine bisher nicht gekannte Höhe.

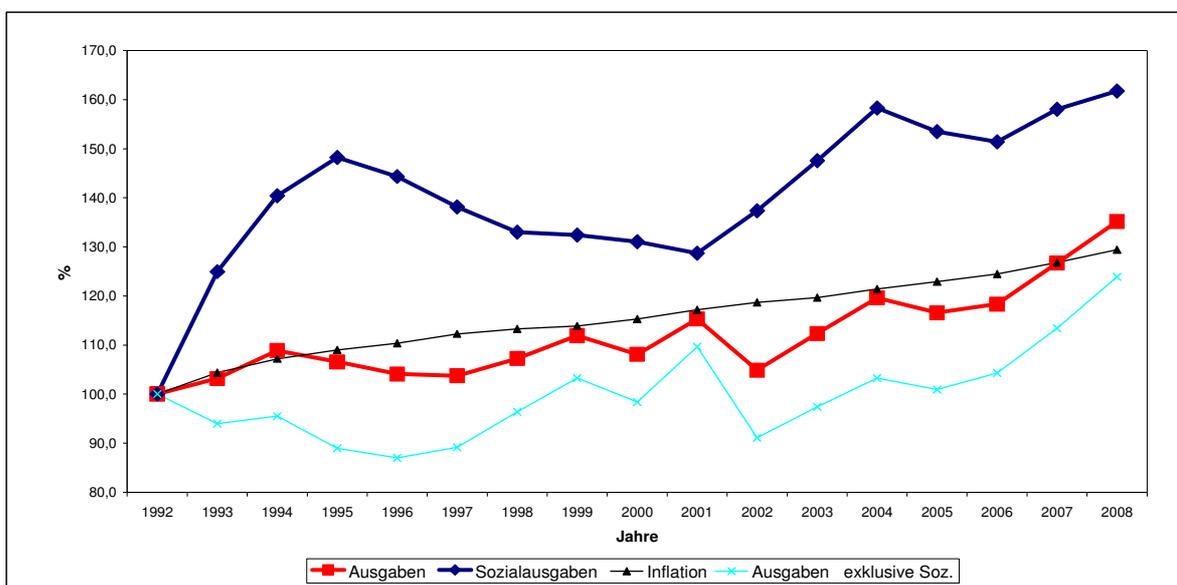
Erstmals seit 2001 wurde wieder ein Jahresüberschuss in Höhe von 13,9 Mio. € erreicht. Maßgeblich haben dazu die Gewerbesteuer mit 61,8 Mio. € sowie mit 76,1 Mio. € die Schlüsselzuweisung beigetragen.

2.1 Historische Entwicklung der Ausgaben

Strikte Haushaltsdisziplin kennzeichnet die Ausgabenpolitik Offenbachs seit vielen Jahren. Aufwendungen wurden wo immer möglich abgebaut, zusätzliche Aufwendungen nur bei Unabweisbarkeit (durch Sozialgesetze, Verpflichtungen für Bau und Betrieb von Kindergärten, Tarifsteigerungen für Personalkosten, Energie etc.) in den Haushalt aufgenommen. Dass das Defizit in Offenbach strukturelle Gründe hat und nicht auf unwirtschaftliches Verwaltungshandeln zurückzuführen ist, wurde bereits in der Vergangenheit mehrfach festgestellt (u.a. in der überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofs im „Vierzehnten zusammenfassenden Bericht zur Konsolidierungsprüfung der Großstädte Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main und Wiesbaden“ (Hessischer Landtag Drs. 16/3243) sowie in den Haushaltsgenehmigungen der Kommunalaufsicht für 2006-2008). Dennoch stiegen zwischen 1992 und 2008 die Gesamtausgaben der Stadt Offenbach von 237,7 Mio. € auf 321,3 Mio. € um 35% an. Insgesamt bewegte sich die Ausgabensteigerung damit für dieses Jahr auch über der Inflationsrate (Abbildung 2).

Abbildung 2

Haushaltsentwicklung - Gesamtplan Verwaltungshaushalt



Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
Ausgaben	100,0	103,2	108,9	106,6	104,1	103,7	107,3	111,9	108,1	115,3	104,9	112,4	119,6	116,6	118,3	126,7	135,1	
Sozialausgaben	100,0	125,0	140,4	148,2	144,4	138,1	133,0	132,4	131,1	128,7	137,4	147,5	158,3	153,5	151,4	158,0	161,7	
Ausgaben exklusive Soz.	100,0	94,0	95,5	88,9	87,0	89,2	96,4	103,3	98,4	109,7	91,1	97,5	103,3	101,0	104,3	113,4	123,9	
Inflation	Index 1992	100,0	104,4	107,2	109,0	110,4	112,3	113,3	113,9	115,3	117,2	118,7	119,7	121,4	122,9	124,5	126,8	129,4

Erläuterungen:

Einnahmen u. Ausgaben indiziert (Basisjahr 1992)
 Alle Ausgaben sind bereinigt um die Altdefizite

Abbildung 2 macht auch die besondere Bedeutung der Sozialausgaben sichtbar. Die Entwicklung der Sozialausgaben insgesamt liegt deutlich über der Inflationslinie, während sich die Gesamtausgaben exklusive Sozialausgaben bis einschließlich 2007 darunter bewegten.

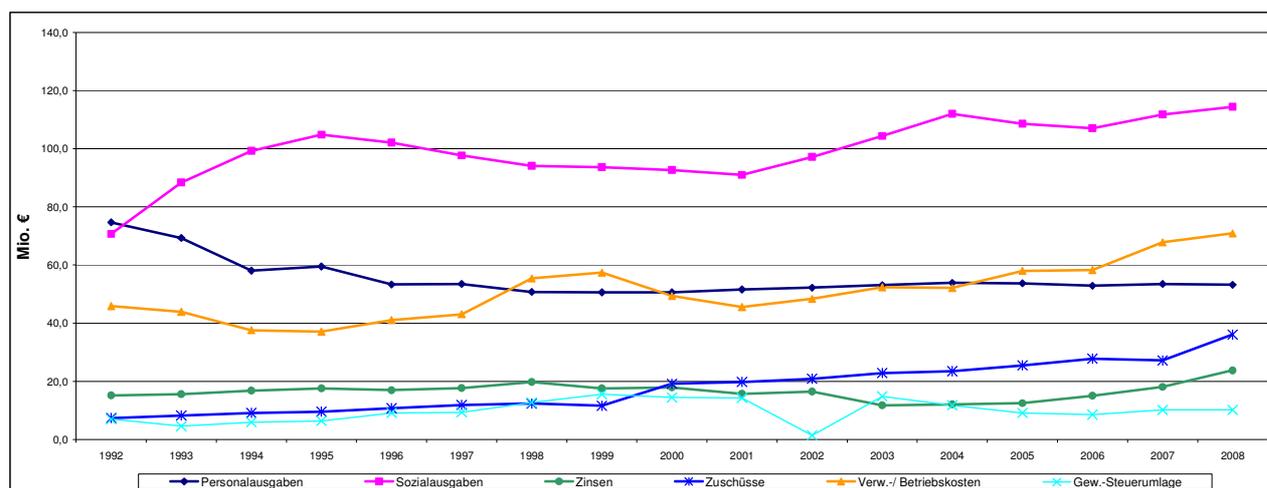
Die Ausgaben sind im Vergleich zu 2007 im Jahr 2008 um fast 7 % gestiegen. Dazu trugen maßgeblich drei einmalige Effekte bei:

1. Es wurde eine Rücklage in Höhe von 10,0 Mio. € für das Schulbausanierungskonzept eingestellt.
2. Anfang des Jahres 2009 erfolgten aufgrund der neuen doppischen zeitlichen Rechnungsabgrenzung erstmals Buchungen für das Vorjahr in Höhe von 1,4 Mio. € z.B. allein bei der Umsatzsteuer.
3. Mittel in Höhe von 1,8 Mio. € für die Instandhaltung von Gebäuden wurden in 2008 neu aus dem ehemaligen Vermögenshaushalt in den Ergebnishaushalt gebucht.

Die Entwicklung der Hauptausgabegruppen ist in Abbildung 3 dargestellt.

Abbildung 3

Entwicklung der Hauptausgabegruppen (in Mio. €)



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamtausgaben	237,7	245,3	258,9	253,4	247,5	246,6	255,1	266,1	257,1	274,2	249,3	267,1	284,4	277,2	281,4	301,2	321,3
Personalausgaben	74,7	69,3	58,1	59,5	53,3	53,5	50,8	50,6	50,6	51,6	52,2	53,1	53,9	53,7	52,9	53,5	53,2
Sozialausgaben	70,7	88,4	99,3	104,8	102,1	97,7	94,1	93,7	92,7	91,0	97,2	104,4	112,0	108,6	107,1	111,8	114,4
davon reine Sozialausgaben	55,6	73,6	83,4	90,5	88,4	83,6	79,0	76,8	75,0	73,0	79,0	89,0	95,2	48,9	41,4	45,6	50,3
davon LWV	15,1	14,8	15,9	14,3	13,7	14,1	15,1	16,9	17,7	18,0	18,2	15,4	16,8	19,1	19,1	19,8	20,0
davon KdU														40,6	46,6	46,4	44,1
Zinsen	15,2	15,6	16,8	17,6	17,0	17,7	19,8	17,6	17,9	15,7	16,5	11,8	12,1	12,5	15,1	18,1	23,8
Gew.-Steuerumlage	7,0	4,6	6,0	6,4	9,2	9,4	12,7	15,6	14,5	14,3	1,5	14,9	11,8	9,2	8,6	10,2	10,2
Zuschüsse (Vereine, Verbände)	7,4	8,3	9,2	9,6	10,8	11,9	12,4	11,6	19,2	19,8	20,9	22,9	23,5	25,5	27,8	27,2	36,1
Verwaltungs/Betriebskosten excl. KdU	45,9	43,9	37,6	37,1	41,1	43,1	55,4	57,4	49,4	45,6	48,4	52,4	52,1	58,0	58,3	67,8	70,9

Die Ausgaben für die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtransfers sind seit 1992 kontinuierlich um 62 % von 70,7 Mio. € auf 114,4 Mio. € gestiegen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Zahlungen an den Landeswohlfahrtsverband. Diese erhöhten sich seit 1992 von 15,1 Mio. € auf 20,0 Mio. €. Zu den Sozialausgaben wurden auch die Kosten der Unterkunft (Folge der Hartz- IV- Gesetzgebung) hinzugerechnet, die haushaltstechnisch allerdings als Verwaltungs- und Betriebsausgaben ausgewiesen werden. Diese reduzierten sich seit 2006 erstmals um 2,5 Mio. € auf 44,1 Mio. € im Jahr 2008.

Die Zinsausgaben haben sich seit 1992 relativ gering erhöht, obwohl die Summe aus langfristigen Verbindlichkeiten und Kassenkrediten sich beinahe verdoppelte (vgl. Kapitel 7). Hier spiegelt sich das deutlich gesunkene Zinsniveau der letzten Jahre wider. Trotzdem ist in

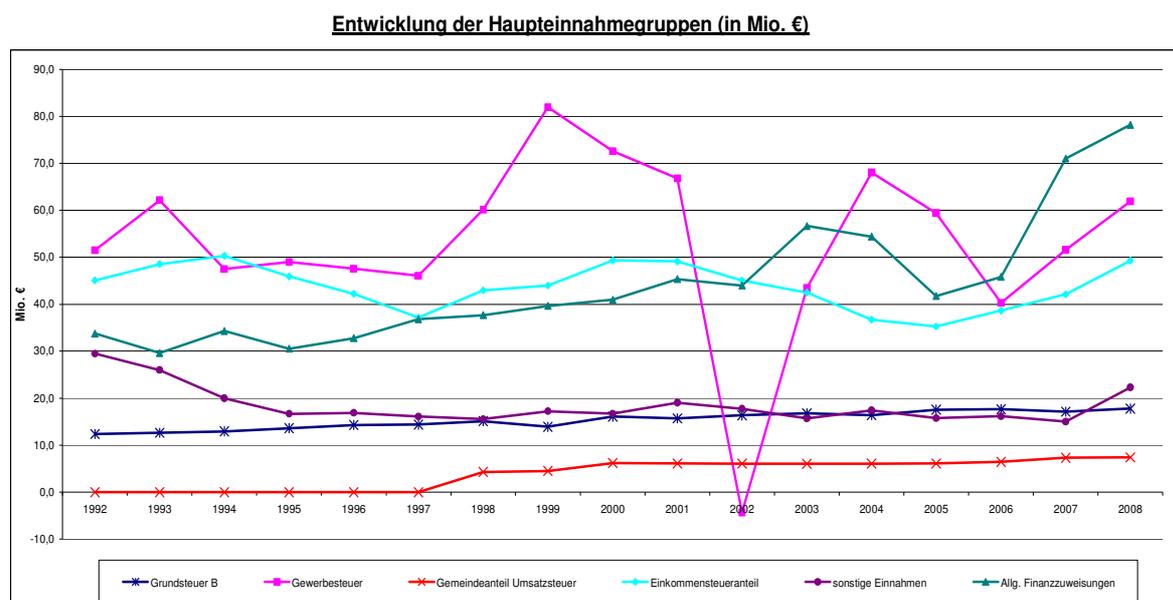
diesem Bereich allein von 2007 auf 2008 ein Anstieg um 5,7 Mio. € zu erkennen. Dies resultiert in erster Linie aus der Art der Darstellung der Zahlen von 2007 (kameralistisch) und 2008 (doppisch). Der tatsächliche Mehraufwand für Zinsen in 2008 beläuft sich auf "nur" ca. 800 T€. Dieser kommt durch einen Zinsanstieg von 2007 auf 2008 von durchschnittlich 1 % zustande.

Die Personalausgaben, die in 1992 noch bei 74,7 Mio. € gelegen haben, konnten trotz Tarifsteigerungen im Jahr 2007 und 2008 auf 53,2 Mio. € gesenkt werden. Die deutliche Senkung der Personalkosten ist auch auf die erfolgten Ausgliederungen seit 1992 zurückzuführen. Danach betrug die eingesparte Summe im Zeitraum 1992 bis 2007 insgesamt 308,9 Mio. € (Quelle: Personalbericht 2008, Tabelle 3.1). Ausführliche Information zur Bevölkerungs-, Bildungs- und Sozialstruktur in Offenbach geben der im Intranet der Stadt Offenbach eingestellte Sozialbericht 2007 sowie der Bericht 2007 zur Erziehung und Bildung in Offenbach.

2.2 Historische Entwicklung der Einnahmen

Im Zeitraum von 1992 bis zum Jahr 2008 sind die Gesamteinnahmen von 226,5 Mio. € auf 335,2 Mio. € gestiegen – ein Anstieg um 48 %. Die Entwicklung der Haupteinnahmegruppen sind in Abbildung 4 dargestellt. Während die städtischen Einnahmen von 1992 an kontinuierlich stiegen, sind vor allem bei den wesentlichen Einnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer seit 1997 starke Schwankungen zu verzeichnen.

Abbildung 4



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamteinnahmen	226,5	238,1	251,2	235,5	216,9	214,0	240,0	270,9	257,8	277,7	216,9	235,0	260,0	237,5	227,3	262,9	335,2
Grundsteuer B	12,4	12,6	12,9	13,6	14,3	14,4	15,1	13,9	16,1	15,7	16,3	16,8	16,4	17,5	17,7	17,1	17,8
Gewerbesteuer	51,5	62,1	47,5	49,0	47,6	46,1	60,1	82,0	72,6	66,8	-4,3	43,4	68,0	59,4	40,3	51,6	61,9
Gemeindeant. Umsatzsteuer	0	0	0	0	0	0	4,3	4,5	6,2	6,1	6,1	6,0	6,0	6,1	6,4	7,3	7,4
Einkommensst. Anteil	45,1	48,6	50,3	45,9	42,2	37,1	42,9	44,0	49,3	49,1	45,0	42,5	36,7	35,3	38,6	42,1	49,3
sonstige Einnahmen	29,5	26,0	20,0	16,7	16,9	16,1	15,5	17,2	16,7	19,0	17,8	15,7	17,4	15,7	16,1	15,0	22,3
davon sonstige Steuern	2,0	2,2	2,3	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,3	6,2	2,1	1,9	1,9	1,8	1,8	0,7	1,3
davon Gebühren / Entgelte	15,9	16,6	7,0	7,3	7,3	6,1	7,0	7,4	7,3	7,5	7,0	7,3	7,8	6,7	7,3	6,9	14,2
davon Konzessionsabgaben	11,6	7,2	10,7	7,0	7,3	7,9	6,5	7,6	7,1	5,4	8,7	6,4	7,8	7,1	7,0	7,4	6,8
Allgemeine Finanzaufwendungen	33,7	29,6	34,3	30,5	32,8	36,8	37,6	39,6	41,0	45,3	44,0	56,7	54,4	41,7	45,8	71,0	78,2
<small>nachrichtlich</small>																	
GewSt. an Gesamteinnahmen	22,7	26,1	18,9	20,8	21,9	21,5	25,0	30,3	28,1	24,1	-2,0	18,5	26,2	25,0	17,7	19,6	18,5
Allg. Finanzaufw. an Gesamteinnahme	14,9	12,4	13,6	13,0	15,1	17,2	15,7	14,6	15,9	16,3	20,3	24,1	20,9	17,6	20,2	27,0	23,3

Besonders hervorzuheben ist hier der dramatische Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen von 2001 auf 2002 um 71,0 Mio. €. Aufgrund der guten Konjunktur betrug sie in 2008 61,9 Mio. €, allerdings ist damit lediglich wieder das Niveau von 1993 erreicht.

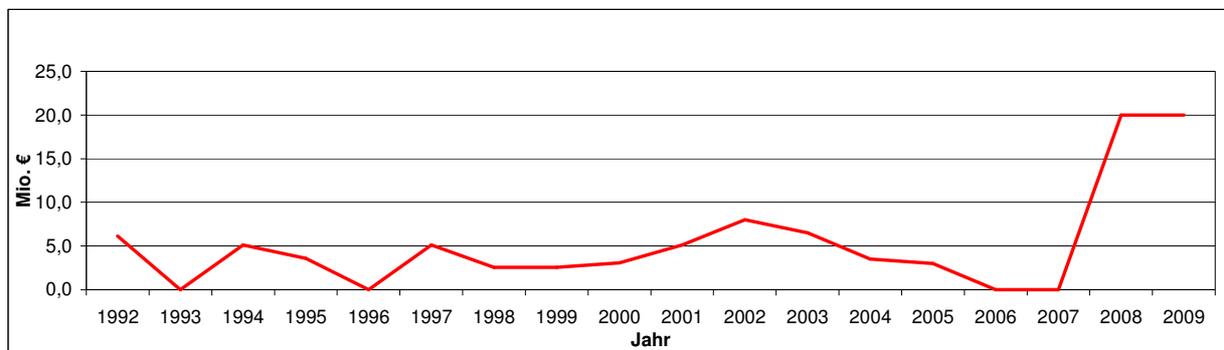
Im gleichen Zeitraum ist die Grundsteuer B von 12,4 Mio. € auf 17,8 Mio. € um 44 % gestiegen, auch der Einkommensteueranteil hat sich von 45,1 Mio. € auf 49,3 Mio. € erhöht und liegt ebenfalls im Bereich von 1993.

Zur größten Einnahmeposition mit der stärksten Zuwachsrate hat sich der gestiegene Anteil an den Landessteuern, die sogenannten Schlüsselzuweisungen entwickelt. Sie stiegen im Betrachtungszeitraum 1992 bis 2008 um 44,5 Mio. € auf 76,1 Mio. € und erreichten somit eine Steigerungsrate von 132 %. Dies reichte im Jahr 2008 aus, um die gestiegenen Ausgaben auszugleichen und erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Überschuss von 12,8 Mio. € zu erzielen.

Dazu hat auch die Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock (Abbildung 5) beigetragen, die in den vergangenen Jahren die Deckungslücke nicht schließen konnte. Die Zuweisungen schwankten in den Jahren 2001 bis 2004 zwischen 3,0 Mio. € und 8,0 Mio. €, für 2005 und 2006 wurden insgesamt 20,0 Mio. € angewiesen, der Geldeingang erfolgte im Januar 2008. Im Jahr 2009 hat die Stadt Offenbach zum teilweisen Ausgleich der bis zum Haushaltsjahr 2007 aufgelaufenen Haushaltsfehlbeträge erneut 20,0 Mio. € unter Berücksichtigung der Bewahrung der Sportstätte am Bieberer Berg erhalten.

Abbildung 5

Zuweisungen Landesausgleichsstock



Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Mio. €	6,1	0,0	5,1	3,6	0,0	5,1	2,6	2,6	3,1	5,1	8,0	6,5	3,5	3,0	0,0	0,0	20,0	20,0

Rechnungsergebnisse = Jahr des Zugangs

3. Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach

Die seitens der Stadt Offenbach zu erbringenden Aufgaben bzw. Leistungen sind durch Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes Hessen festgelegt (vgl. hierzu u.a. HGO §§ 4, 4a, 19, 51 und 66). Die weit überwiegende Zahl der seitens der Stadt zu erbringenden Leistungen ist der Art und der Höhe nach festgelegt, die sogenannten Pflichtleistungen. Weitere seitens der Stadt zu erbringende Leistungen, insbesondere im Bereich der Kultur und des Sport, sind der Art, nicht aber der Höhe nach durch Vorschriften fixiert, die sogenannten freiwilligen Leistungen.

In diesem Kapitel werden die wesentlichen seitens der Stadt Offenbach erbrachten Leistungen im Detail dargestellt; auch sind Maßnahmen zu identifizieren und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, die geeignet sind, das Haushaltsdefizit bei gleichzeitiger Sicherstellung der kommunalen Aufgabenerfüllung zu mindern (oder gar abzubauen). Als Maßnahmen kommen insbesondere in Betracht:

- Einhalten des Kostendeckungsprinzips in gebührenrelevanten Bereichen
- Reduzierung von freiwilligen Leistungen
- Abbau von kommunalen Leistungen
- Kooperationen auf kommunaler Ebene
- Hauswirtschaftliche Sperren gemäß § 114n HGO.

Die nachfolgenden Erörterungen beziehen sich auf die Ergebnisrechnung und den Produkthaushalt entsprechend dem Neuen Kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystem (NKRS). Die Darstellung folgt der Gliederung des Produktbuchs und den dort aufgeführten Bezeichnungen der Produktbereiche. Dies ermöglicht sowohl eine direkte Gegenüberstellung von spezifischen Aufwendungen und Erträgen meist auf Produktebene als auch eine Abwägung der Gestaltungsmöglichkeiten im Detail. Hiermit wird auch den durch die Einführung der Doppik gegebenen neuen Möglichkeiten Rechnung getragen.

Abweichend von der Gliederung des Produktbuchs erfolgt die Darstellung der Aufwendungen und Erträge der Allgemeinen Verwaltung (Produktbereich 01), d.h. der Steuerung der Verwaltung als abschließendes Kapitel zusammen mit der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Dies erscheint sinnvoll, da erst durch die Festlegung der seitens der Stadt zu erbringenden Leistungen der hierfür benötigte Umfang der inneren Verwaltung zu beurteilen ist.

Die im Rahmen des Produktbereich 11 (Ver- und Entsorgung) festgelegten Leistungen werden durch ausgegliederte, privatrechtlich geführte Unternehmen erbracht. Sie erscheinen deshalb nicht im Haushaltsplan. Nähere Informationen zu den Beteiligungen der Stadt Offenbach geben die Beteiligungsberichte, die im Internet abgerufen werden können.

Jedes Kapitel zeigt die Aufwendungen und Erträge des Produkts sowie die Darstellung des erzielten Kostendeckungsgrads, teilweise sind sie in Produktbündeln zusammengefasst. Den Abschluss bildet eine Übersicht über den Produktbereich.

Die Angaben für das Jahr 2008 basieren auf dem Rechnungsergebnis (RE) und die für das Jahr 2009 auf dem von der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2008 beschlossenen Haushalt. Die Angaben für 2010 – 2013 entsprechen den Ansätzen im Entwurf des Haushaltsplans 2010 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung.

Grundlage für die Einteilung in die verschiedenen Ertrags- und Aufwandsgruppen bildeten die Kontengruppen laut Kommunalem Verwaltungskontenrahmen. Der Übersichtlichkeit wegen wurden sie zusammengefasst, nachfolgende Erläuterung zeigt exemplarisch enthaltene Sachkonten:

Die privatrechtlichen und sonstige Erträge setzen sich aus Umsatzerlösen, Mieten, Pachten, Erbbauzinsen, Fehlbelegungsabgabe, Konzessionsabgaben, Erträgen aus Schadenersatzleistungen, Mahngebühren, Eintrittsgeldern etc. zusammen.

Unter Gebühren fallen u.a. Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren, Erträge aus Buß- und Verwarnungsgeldern.

Bei der Kostenerstattung handelt es sich vor allem um Zuweisungen von Land, Bund, EU, überlassene Verwaltungskosten oder übergeleitete Unterhaltsansprüche.

Zu dem inneren und kalkulatorischen Ertrag und Aufwand gehören interne Leistungen von bzw. für andere Organisationseinheiten.

Der Personalaufwand beinhaltet neben den Dienst- und Amtsbezügen, den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, den Versorgungsbezügen der Beamten und Arbeitnehmer auch die Beihilfen an Versorgungsempfänger sowie die Zusatzversorgung und weitere Personalnebensausgaben. Dabei berücksichtigt die Entwicklung der Personalaufwendungen neben den personellen Veränderungen auch die Tarifentwicklung.

Erstmalig werden im Jahr 2010 die Personaleinnahmen, wie z. B. Kostenerstattungen und Zuschüsse, separat geplant und nicht wie in den Vorjahren direkt bei den Ausgaben abgesetzt.

Des Weiteren erklären sich höhere Rechnungsergebnisse gegenüber den Planansätzen der Folgejahre durch die Umstrukturierung der Produkte auf neue Untersachkonten bzw. neu gebildete Unterabschnitte.

Bis zu dieser neuen Strukturierung waren einem Unterabschnitt mehrere Produkte zugeordnet. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Untersachkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht in den Produktbereichen bis auf weiteres eine Differenz zwischen Rechnungsergebnis und Planansatz, sowohl in der oben beschriebenen Form, als auch als Folge davon in umgekehrter Weise.

Detaillierte Angaben zum Personalkostenetat können dem Kapitel 4 entnommen werden.

Die Sach-, Dienst- und sonstigen Leistungen bestehen vor allem aus Aufwendungen für Mieten, Pachten, Energie, Wasser, Abwasser, Instandhaltungsaufwand und Abschreibungen. Im Jahr 2009 flossen in die Berechnung der Abschreibung Daten ein, die in 2008 noch nicht vorlagen. Ab 2010 werden die Abschreibungen aufgrund technischer Erfordernisse auf dem neu eingerichteten Produkt Anlagenbuchhalterische Vorgänge geplant und bebucht. Für das Haushaltssicherungskonzept wurden die Abschreibungen den wesentlich betroffenen Produktbündeln zugeordnet.

Zu den Zuschüssen und Umlagen gehören insbesondere die Sozialhilfeleistungen, die Grundsicherung, die Leistungsbeteiligung an den Leistungen der Kosten und Unterkunft und Eingliederung für Arbeitsuchende und Zuschüsse für freie Träger im Rahmen von Tageseinrichtungen für Kinder.

3.1.1 Statistik und Wahlen

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.01.01 Statistik
- 02.01.02 Untersuchungen/Analysen (Erstellung steuerungsrelevanter Berichte zur Kommunalstatistik)
- 02.01.03 Wahlen und Abstimmungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.092	0	500	500	500	500
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	41.497	50.000	15.000	0	0	50.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
Summe Erträge	45.588	53.000	18.500	3.500	3.500	53.500
Personalaufwand	-277.117	-374.952	-320.144	-385.144	-299.044	-389.044
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-37.787	-124.070	-114.940	-149.840	-44.640	-104.640
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-314.904	-499.022	-435.084	-534.984	-343.684	-493.684
Produktsaldo	-269.315	-446.022	-416.584	-531.484	-340.184	-440.184
Kostendeckungsgrad	14,5%	10,6%	4,3%	0,7%	1,0%	10,8%

Diese Produktgruppe stellt eine Pflichtaufgabe dar. Die Aufwandsentwicklung ist abhängig von den jeweils im Jahr stattfindenden Wahlen und variiert entsprechend. Für die in 2009 stattfindenden Wahlen zum Landtag, Europäischen Parlament und zum Bundestag werden die Kosten auf der Basis von Pauschalen bezogen auf Wahlberechtigte erstattet. Die Erstattungsbeträge decken erfahrungsgemäß allenfalls 60,0 % der tatsächlichen Kosten. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Wahlorganisation in Offenbach im Vergleich zu anderen Städten sehr kosteneffizient arbeitet und die von der Kommune zu tragenden Wahlkosten deutlich unter denen von Vergleichsstädten liegen. Das war u. a. Ergebnis der letzten vergleichenden Prüfung des Landesrechnungshofes. Eine Erhöhung der Erträge ist wegen der feststehenden Pauschalsätze nicht möglich.

Im Jahr 2013 ist wie in 2009 die Erstattung für die Wahlkosten der Bundestagswahl eingeplant. Im Jahr 2010 findet die Ausländerbeiratswahl statt.

Der Personalaufwand steigt ab 2009 durch eine Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase und durch eingeplante externe Personalkosten aufgrund der bevorstehenden Wahlen. Die Sach- und Dienstleistungen sind im Jahr 2009, 2010 und 2011 wegen der Wahltermine für Bürobedarf, Softwarepflege sowie Öffentlichkeitsarbeit erhöht.

Die Kostendeckung des Produktbündels sinkt deshalb nach dem Bundestagswahljahr 2009 zunächst von 10,6 % auf 4,3 % in 2010. Im Jahr 2013 werden dann wieder 10,8 % erwartet.

3.1.2 Allgemeine Gefahrenabwehr, Verkehrsangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

02.02.01	Allgemeine Gefahrenabwehr
02.02.02	Ordnungsrechtliche Dienstleistungen
02.02.03	Verkehrsangelegenheiten

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	6.927	4.540	4.540	4.540	4.540	4.540
Gebühren	3.785.672	3.908.479	4.153.709	4.153.709	4.153.709	4.153.709
Kostenerstattung	192.076	145.140	275.640	275.640	275.640	275.208
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	23.380	23.380	23.380	23.380	23.380	23.380
Summe Erträge	4.008.055	4.081.539	4.457.269	4.457.269	4.457.269	4.456.837
Personalaufwand	-2.603.512	-2.664.381	-2.611.000	-2.611.000	-2.650.400	-2.650.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.034.132	-1.151.840	-1.620.290	-1.620.290	-1.620.290	-1.612.480
Zuschüsse, Umlagen	-100.000	-110.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-10.923	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
Summe Aufwendungen	-3.748.567	-3.944.221	-4.349.290	-4.349.290	-4.388.690	-4.380.880
Produktsaldo	259.488	137.318	107.979	107.979	69.579	75.957
Kostendeckungsgrad	106,9%	103,5%	102,5%	102,5%	101,6%	101,7%

Diese Pflichtaufgaben werden insgesamt in allen Jahren kostendeckend erfüllt.

Die Verwaltungsgebühren werden jährlich überprüft und mit dem vorgegebenen Rahmen der Verwaltungsgebührenordnung sowie den Gebührensätzen der Nachbarstädte verglichen. Dabei wird ein sozialverträgliches Mittelmaß gewählt. Die Auswirkungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, die nur Verwaltungsgebühren nach Aufwand zulässt, bleiben abzuwarten.

3.1.3 KFZ-Zulassung, Fahrerlaubnisse, Melde- und Passangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.04 Zulassung von Fahrzeugen
- 02.02.05 Bearbeitung von Fahrerlaubnissen
- 02.02.06 Melde-, Pass- und Lohnsteuerangelegenheiten

Ab dem Planungsjahr 2010 werden die 3 Produkte zu einem einzigen Produkt zusammengefasst: 02.02.04 – Leistungen des Bürgerbüros in den Bereichen Fahrerlaubniserteilung, Zulassungs- und Meldewesen. Daher können die einzelnen Produkte über das Jahr 2009 hinaus nicht mehr verglichen werden.

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe bzw. ab 2010 dieses Produktes entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	2.406.727	2.163.000	2.123.000	2.123.000	2.123.000	2.123.000
Kostenerstattung	1.500	33.709	65.000	65.000	65.000	65.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	2.408.227	2.196.709	2.188.000	2.188.000	2.188.000	2.188.000
Personalaufwand	-1.993.526	-2.122.691	-2.124.000	-2.124.000	-2.153.400	-2.153.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-946.336	-975.069	-1.041.070	-1.066.070	-1.031.070	-1.019.850
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-162.800	-162.800	-162.800	-162.800	-162.800	-162.800
Summe Aufwendungen	-3.102.662	-3.260.560	-3.327.870	-3.352.870	-3.347.270	-3.336.050
Produktsaldo	-694.434	-1.063.851	-1.139.870	-1.164.870	-1.159.270	-1.148.050
Kostendeckungsgrad	77,6%	67,4%	65,7%	65,3%	65,4%	65,6%

Bei den o.g. Pflichtaufgaben handelt es sich um Aufgaben, für die die Stadt Offenbach im Auftrag des Bundes und des Landes Hessen aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen zuständig ist.

Die Gebühren sind bundesweit durch den Bund oder das Land Hessen festgesetzt und können von der Gemeinde nicht beeinflusst werden. Die Erträge aus den Gebühren decken zwar insgesamt die Sachleistungen, jedoch nur teilweise die Personalaufwendungen. So gibt es im Bereich Melde-, Pass und Lohnsteuer aufgrund gesetzlicher Vorgaben gebührenfreie Dienstleistungen (z. Bsp. der erste Personalausweis, An-, Um- und Abmeldungen, Ersterteilung und Änderung von Lohnsteuerkarten, Bereitstellung der Melde- und Lohnsteuerdaten für Landes- und Bundesbehörden sowie Organisationseinheiten der Stadt Offenbach) bzw. subventionierte Dienstleistungen (Personalausweise, Reisepässe, usw), deren Gebühren die bei der Leistungserbringung entstehenden Kosten nicht decken. Auch im Bereich Fahrerlaubnisangelegenheiten sind die Gebühren nicht kostendeckend. Einzig im Kraftfahrzeugzulassungswesen dürfen Gebühren erhoben werden, die durch ihre Höhe zur Kostendeckung erheblich beitragen.

Insgesamt sinkt der Kostendeckungsgrad von 77,6 % im Jahr 2008 auf 65,7 % im Jahr 2013.

Bei der Personalkostenplanung für 2009 wurden zusätzliche Personalkosten eingeplant, da hier A 9 BBO - Stellen niedriger besoldet besetzt sind, die Mitarbeiter aber durch Qualifizierungsmaßnahmen die Möglichkeit erhalten sukzessive die Voraussetzung für die Eingruppierung und damit die Höhergruppierung in die Endstufe A9 zu erreichen. Allerdings ist dies nicht in vollem Umfang erfolgt, so dass das derzeitige voraussichtliche Rechnungsergebnis 2009 in etwa dem von 2008 entspricht. Zukünftig werden sich die Personalkosten aufgrund der Höhergruppierungen moderat steigern.

3.1.4 Aufenthaltsangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.09 Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber
- 02.02.10 Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
- 02.02.11 Ausstellung von Aufenthaltstitel/Freizügigkeitsbescheinigungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	173.226	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000
Kostenerstattung	133.492	68.000	68.000	68.000	68.000	68.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	306.719	278.000	278.000	278.000	278.000	278.000
Personalaufwand	-1.358.838	-1.447.377	-1.426.600	-1.426.600	-1.446.100	-1.446.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-252.421	-368.080	-371.360	-371.360	-371.360	-367.680
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.611.260	-1.815.457	-1.797.960	-1.797.960	-1.817.460	-1.813.780
Produktsaldo	-1.304.541	-1.537.457	-1.519.960	-1.519.960	-1.539.460	-1.535.780
Kostendeckungsgrad	19,0%	15,3%	15,5%	15,5%	15,3%	15,3%

Diese Pflichtaufgaben der Stadt Offenbach werden im Auftrag des Landes durchgeführt. Ein Kostenersatz ist nicht gegeben. Die Gebühren richten sich nach der Aufenthaltsverordnung und sind festgeschrieben. Eine Erhöhung der Erträge ist somit nicht möglich. In der Haushaltsplanung werden jährlich 200 T€ festgesetzt, im Jahr 2008 wurden knapp 163 T€ eingenommen. Weitere 10 T€ werden nach den Vorjahresdaten für Verwarnungs- und Bußgelder eingestellt. Wie die Zahlen der Vergangenheit zeigen, ist die Tendenz - bedingt durch mehr "gebührenfreie" EU'ler eher sinkend.

Der Kostenersatz bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen erfolgt durch die ehemals Abgeschobenen, die zu einem späteren Zeitpunkt die Befristung der Wirkung der Abschiebung bzw. Ausweisung beantragen und in diesem Zusammenhang aufgefordert werden, zunächst die durch die Abschiebung entstandenen Kosten zu begleichen. Auch diese Zahl ist nicht aktiv beeinflussbar, sondern wird bestimmt von den antragstellenden

Personen. Im zugrundeliegenden Zeitraum, der im unmittelbaren Zusammenhang mit der nochmaligen EU-Osterweiterung zu sehen ist, wurden zahlreiche solcher Anträge gestellt, so dass dementsprechend mehr Einnahmen verzeichnet werden konnten. Dieses hohe Antragsvolumen wird nicht von langer Dauer sein, so dass hiermit auch nicht in den Folgejahren geplant werden kann.

Im Bereich der Asylbewerber können keine Gebühren oder Kostenbeiträge erhoben werden, so dass keine Erträge vorhanden sind. Im Produkt aufenthaltsbeendende Maßnahmen ist durch den Kostenersatz des Landes eine Kostendeckung von fast 10 % gegeben, bei der Ausstellung von Aufenthaltstiteln werden 22 % erreicht.

Die Personalkostensteigerung resultiert aus zusätzlich geplanten Mitteln im Bereich der Versorgungsbezüge. Die Planung erfolgt hier durch einen Schlüssel, bei dem die Versorgungsempfänger den aktiven Beamten gegenübergestellt werden. Durch Verbeamtungen ist die Zahl der aktiven Beamten in diesem Produktbündel gestiegen und somit steigen auch, wie oben erläutert, die Versorgungsbezüge.

Bei den Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen resultiert die Steigerung von mehr als 115 T€ vom Rechnungsergebnis 2008 zum Ansatz 2009 aus den Kosten für Rückführung von Ausländer/innen".

Im Produktbündel stabilisiert sich das Produktsaldo ab 2009 bei -1,5 Mio. €, die Kostendeckung bei rund 15%.

3.1.5 Brandschutz - Gefahrenabwehr, Rettungsdienst

Hierzu gehören die Produkte:

02.03.01	Gefahrenabwehr
02.03.02	Gefahrenvorbeugung
02.03.03	Genehmigungen und Service für Dritte
02.04.01	Rettungsdienst

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	42.826	29.620	29.620	29.240	28.120	24.900
Gebühren	1.239.128	720.420	720.420	684.170	668.570	668.570
Kostenerstattung	216.112	222.510	255.510	255.510	232.400	232.400
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	36.204	58.000	58.000	58.000	58.000	58.000
Summe Erträge	1.534.270	1.030.550	1.063.550	1.026.920	987.090	983.870
Personalaufwand	-7.479.206	-7.504.720	-7.601.748	-7.601.748	-7.665.648	-7.665.648
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.104.323	-1.829.454	-931.796	-949.796	-1.136.796	-1.250.951
Zuschüsse, Umlagen	-208	-3.629	-3.629	-3.629	-3.629	-3.629
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-8.583.737	-9.337.803	-8.537.173	-8.555.173	-8.806.073	-8.920.228
Produktsaldo	-7.049.467	-8.307.253	-7.473.623	-7.528.253	-7.818.983	-7.936.358
Kostendeckungsgrad	17,9%	11,0%	12,5%	12,0%	11,2%	11,0%

Im Jahr 2008 konnten im Rechnungsergebnis aufgrund einiger Verkäufe um 14 T€ höhere privatrechtliche Erträge erwirtschaftet werden.

Die Personalkosten steigen in 2009 und 2010, da fünf KW-Stellen nicht abgebaut und wiederbesetzt wurden. Außerdem wurden fünf zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen.

Die hohen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dieser Pflichtaufgaben im Jahr 2009 in Höhe von mehr als 700 T€ im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2008 resultiert aus der Erfassung der laufenden Bauunterhaltungsaufwendungen. Aufgrund von Renovierungsprojekten bei der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr erhöht sich der Ansatz 2009 um mehr als 400 T€. Für die Folgejahre sinken die Aufwendungen unter das Niveau von 2008.

Das Produkt Rettungsdienst arbeitet mit 99,5 % kostendeckend, wobei neben der Einnahme für die Verwaltungsgebühr der Leitstelle das Land bei dieser Pflichtaufgabe einen Teil der Personalkosten erstattet. Die Verwaltungsgebühr der Leitstelle wurde im Rahmen der zweijährigen Überprüfung im Jahr 2007 angepasst. Im Jahr 2008 wurden hierfür überdurchschnittlich hohe Gebühren vereinnahmt, da der vorhandene Verlustvortrag aus den Vorjahren mit einer höheren Gebühr abgetragen wurde.

Die Gebühren für Brandverhütungsschauen sind durch Satzung der Stadt Offenbach geregelt und orientieren sich im Mittel der kreisfreien Städte Hessens. Für Rettungsdiensteinsätze wird ein Benutzungsentgelt erhoben, das durch

Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern (Krankenkassen) festgelegt wird. Durch verstärkte Brandverhütungsschauen konnten im Rechnungsergebnis 2008 höhere Gebühren eingenommen werden.

Ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts vom 22.08.2007 hat für erstattungsfähige Kosten eines Feuerwehreinsatzes gezeigt, dass Vorhaltungskosten nur anteilig einfließen dürfen. Aus diesem Grund muss die Feuerwehrgebührenordnung überarbeitet werden. Somit ist die Stadt Offenbach gezwungen, die Gebührensatzung anzupassen, weswegen mit deutlich geringeren Erträgen zu rechnen sein wird. Nach derzeitigem Stand der Novellierung des HBKG ist davon auszugehen, dass das Gebührenvolumen um ca. 20 % sinken wird. Zum Zeitpunkt der Planerstellung wurde noch von einer doppelt so hohen Reduzierung ausgegangen.

Aufgrund dieser Annahme sinkt der Kostendeckungsgrad von 17,9 % im Jahr 2008 auf noch 11,0 % bis zum Jahr 2013.

3.1.6 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.07 Ordnungswidrigkeitsverfahren
- 02.02.08 Personenstandsbeurkundungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	140.497	138.500	138.500	138.500	138.500	138.500
Gebühren	7.323	3.500	5.000	5.000	5.000	5.000
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	147.820	142.000	143.500	143.500	143.500	143.500
Personalaufwand	-490.650	-643.516	-603.200	-603.200	-611.000	-611.000
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-24.619	-147.075	-154.615	-57.615	-57.615	-57.615
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-515.268	-790.591	-757.815	-660.815	-668.615	-668.615
Produktsaldo	-367.449	-648.591	-614.315	-517.315	-525.115	-525.115
Kostendeckungsgrad	28,7%	18,0%	18,9%	21,7%	21,5%	21,5%

In diesem Pflichtaufgabenbereich sind die Aufgaben der Baustellengenehmigungen und Halteverbote, die Ordnungswidrigkeitsverfahren im Bereich des Wohnungsgeld- und Wirtschaftsstrafgesetzes sowie die Personenstandsbeurkundungen zusammengefasst.

Die vereinnahmten Beträge im Bereich der Ordnungswidrigkeitenverfahren im Wohnungsamt ergeben sich aus einer Vielzahl an ordnungsrechtlichen Verstößen, die im Einzelfall mit bis zu 2.000.-Euro Geldbuße geahndet werden können. Sämtliche Einnahmen aus diesen Ordnungswidrigkeitenverfahren fließen der Stadt Offenbach zu.

Auch die Erträge für die Personenstandsbeurkundungen im Standesamt sind durch landesrechtliche Vorschriften festgelegt. Hier konnte im Jahr 2008 eine etwas größere Einnahme verbucht werden. Die Sach- und Dienstleistungen steigen in 2009 und 2010 wegen der Einführung einer neuen Software zur gesetzlich ab 01.01.2009 vorgeschriebenen elektronischen Personenstandsbeurkundung um fast 100 T€. Hier werden von der e-kom 21 die Kosten für die Erweiterung der Speicherkapazität auf alle Kommunen umgelegt. Dadurch verschlechtert sich der Kostendeckungsgrad des Produkts von 28,7 % im Jahr 2008 auf 18,0 % im Jahr 2009.

Die Personalsteigerungen in 2009 resultieren aus zusätzlichen Stellen im Bereich des allgemeinen Ordnungsdienstes. Diese werden durch Minderausgaben und Mehreinnahmen im Sachhaushalt finanziert. Zusätzlich wurde eine Stelle aus dem Bereich des Stadtschulamtes zum Ordnungsamt verlagert.

Insgesamt sinkt der Kostendeckungsgrad dieses Produktbündels von 28,7 % im Rechnungsergebnis 2008 auf 21,5 % im Jahr 2013.

3.1.7 Zusammenfassung Produktbereich Sicherheit und Ordnung

Ertrags-/Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	191.342	172.660	173.160	172.780	171.660	143.540
Gebühren	7.612.076	7.005.399	7.212.129	7.175.879	6.878.629	6.491.709
Kostenerstattung	584.677	519.359	679.150	664.150	641.040	491.208
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	62.584	84.380	84.380	84.380	84.380	84.380
Summe Erträge	8.450.679	7.781.798	8.148.819	8.097.189	7.775.709	7.210.837
Personalaufwand	-14.202.848	-14.757.637	-15.036.342	-15.101.342	-15.175.242	-15.265.242
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-3.399.618	-4.595.588	-4.234.071	-4.214.971	-4.261.771	-4.413.216
Zuschüsse, Umlagen	-100.208	-113.629	-103.629	-103.629	-103.629	-103.629
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-173.723	-180.800	-180.800	-180.800	-180.800	-180.800
Summe Aufwendungen	-17.876.398	-19.647.654	-19.554.842	-19.600.742	-19.721.442	-19.962.887
Produktsaldo	-9.425.719	-11.865.856	-11.406.023	-11.503.553	-11.945.733	-12.752.050
Kostendeckungsgrad	47,3%	39,6%	41,7%	41,3%	39,4%	36,1%

Der Produktbereich Sicherheit und Ordnung besteht ausschließlich aus Pflichtaufgaben. Er weist im Vergleich zum Rechnungsergebnis insgesamt ein steigendes Defizit aus, von 9,4 Mio. € in 2008 auf 12,7 Mio. € in 2013. In den Fällen, in denen die Gebühren landes- oder bundesrechtlich fest vorgegeben sind, hat die Stadt keine Einflussmöglichkeit. Ist ein bestimmter Rahmen vorgegeben, orientiert sie sich an den Nachbarstädten und nimmt ein der Leistungsfähigkeit der Offenbacher Bevölkerung entsprechendes sozialverträgliches Mittelmaß ein.

Der Kostendeckungsgrad liegt mit geringen Schwankungen um 40 %.

3.2. Schulträgeraufgaben (Produktbereich 03)

3.2.1 Schulen

Hierzu gehören die Produkte:

03.01.01	Grundschulen
03.03.01	Grund-, Haupt- und Realschulen mit Förderstufe
03.06.01	Haupt- und Realschulen mit Förderstufe
03.07.01	Gymnasien
03.08.01	Gesamtschulen
03.09.01	Förderschulen
03.10.01	Berufliche Schulen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	136.545	99.020	99.020	99.020	99.020	99.020
Gebühren	6.120	8.300	8.300	8.300	8.300	8.300
Kostenerstattung	1.019.092	961.497	975.700	975.700	975.700	975.700
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.161.757	1.068.817	1.083.020	1.083.020	1.083.020	1.083.020
Personalaufwand	-2.079.537	-2.181.310	-2.194.300	-2.194.300	-2.225.100	-2.225.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-950.549	-2.665.967	-980.215	-980.215	-980.215	-969.928
Zuschüsse, Umlagen	-882.803	-1.093.327	-1.408.247	-1.333.247	-1.333.247	-1.333.247
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.912.889	-5.940.604	-4.582.762	-4.507.762	-4.538.562	-4.528.275
Produktsaldo	-2.751.132	-4.871.787	-3.499.742	-3.424.742	-3.455.542	-3.445.255
Kostendeckungsgrad	29,7%	18,0%	23,6%	24,0%	23,9%	23,9%

Das Produktbündel Schulen besteht aus Pflichtaufgaben. Die Summe der Erträge ist stabil, ebenso die Aufwendungen für das Personal, allerdings müssen durch die Abschreibungen auf Gebäude, technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Jahr 2009 höhere Kosten für Sachleistungen eingeplant werden. Aus diesem Grund ist die Kostendeckung in diesem Jahr deutlich niedriger.

Zur Finanzierung der Schulträgeraufgaben erhält die Stadt allgemeine Finanzausweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz. In ihrer Funktion als Oberzentrum erhält die Stadt Finanztransfers („Gastschulbeiträge“) nach dem Hessischen Schulgesetz (HSchG) für die Bereitstellung von Schulplätzen für die Schülerinnen und Schüler anderer Gebietskörperschaften ihres Einzugsbereichs. Die Kommune hat keinen Einfluss auf die Höhe dieser Gastschulbeiträge. Für die Beschulung Offenbacher Schülerinnen und Schüler an den Schulen der umgebenden Gebietskörperschaften und an Schulen in privater Trägerschaft ist die Stadt in der Zahlungspflicht gemäß dem HSchG und dem Ersatzschulfinanzierungsgesetz (EschFG). Diese Beträge werden als Zuschüsse gezahlt.

Während die Beruflichen Schulen aufgrund ihres Anteils an diesen Zuweisungen und ihrer Gastschulbeiträge mit 78 % einen guten Kostendeckungsgrad erreichen, reichen diese Erträge bei den anderen Schulformen bei weitem nicht, um annähernd kostendeckend zu arbeiten und liegen dort zwischen 3,2 % und 22,4 %.

In der Planung der Personalaufwendungen ab 2008 ist die Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase für 3 Stellen enthalten.

Auffallend sind im Jahr 2009 die hohen Sach- und Dienstleistungen, die sich durch die bereits eingangs erwähnten Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen ergeben. Im Jahr 2009 flossen in die Berechnung der Abschreibung Daten ein, die in 2008 noch nicht vorlagen. In den Folgejahren werden die Abschreibungen aufgrund technischer Erfordernisse auf dem neu eingerichteten Produkt Anlagenbuchhalterische Vorgänge beplant und bebucht.

Die Zuschüsse steigen aufgrund der Finanzierung für den Ganztagschulbetrieb.

Für das Produktbündel insgesamt wurde deshalb in 2008 noch ein Kostendeckungsgrad von 29,7 % erreicht, der auf 23,9 % im Jahr 2013 sinken wird.

3.2.2 Schülerbeförderung und sonstige schulische Aufgaben

Hierzu gehören die Produkte:

- 03.11.01 Schülerbeförderung
- 03.13.01 Sonstige schulische Aufgaben (Vergabe, Vermietung, Verpachtung schulischer Einrichtungen und Parkflächen, Medienzentrums, Lehrschwimmbad, Jugendverkehrsschule)

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	50.427	39.300	39.300	39.300	39.300	39.300
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	2.157.630	2.154.030	2.154.030	2.154.030	2.154.030	2.154.030
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250
Summe Erträge	2.219.307	2.204.580	2.204.580	2.204.580	2.204.580	2.204.580
Personalaufwand	0	-113.349	-123.800	-123.800	-125.600	-125.600
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.422.222	-1.348.560	-1.453.480	-1.453.480	-1.453.480	-1.453.480
Zuschüsse, Umlagen	-125.210	-143.090	-145.380	-145.380	-145.380	-145.380
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670
Summe Aufwendungen	-1.555.101	-1.612.669	-1.730.330	-1.730.330	-1.732.130	-1.732.130
Produktsaldo	664.206	591.911	474.250	474.250	472.450	472.450
Kostendeckungsgrad	142,7%	136,7%	127,4%	127,4%	127,3%	127,3%

Im Jahr 2008 wurden bei den privatrechtlichen Erträgen 10 T€ höhere Eintrittsgelder für das Marienbad erzielt. Allerdings stiegen für das Marienschulbad im vergangenen Jahr auch die Sachaufwendungen.

Für die Pflichtaufgaben wie die Gewährleistung der Schülerbeförderung nach dem Hessischen Schulgesetz erhält die Stadt eine Zuweisung nach dem Finanzausgleichsgesetz – im Jahr 2008 waren dies 2,1 Mio. €, für die Folgejahre wird eine ähnlich hohe Kostenerstattung erwartet.

Das höhere Rechnungsergebnis 2008 bei den Sach- und Dienstleistungen erklärt sich durch den Anstieg bei der Einzelschülerbeförderung, deren Entwicklung in dieser Höhe für das Jahr 2009 nicht prognostiziert wurde, jedoch nach Kenntnis des Rechnungsergebnisses 2008 für die Jahre ab 2010 entsprechend angepasst wurde.

Die Vergabe der schulischen Einrichtungen erfolgt für sportliche und kulturelle Zwecke kostenlos an Vereine, die im Landessportbund organisiert sind. Hierbei handelt es sich um eine weit verbreitete Praxis zur Förderung des Vereinswesens, da diese mit ihrem ehrenamtlichen Engagement wesentliche Beiträge zur Integration benachteiligter Bevölkerungsschichten leisten und somit im hohen Maße für die Stadtgesellschaft identitätsprägend und sozial stabilisierend wirken. Dies steht auch im Einklang mit der Leitlinie des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte vom 27.09.2005, wonach der Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für Sportvereine bei der Nutzung kommunaler Sportstätten nicht als freiwillige Leistung nachteilig angerechnet werden soll.

Auch in diesem Produkt wirkt sich ab dem Jahr 2008 die Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase für 3 Stellen aus.

Der Kostendeckungsgrad liegt stabil bei 3,4 %.

3.2.3 Zusammenfassung Schulträgeraufgaben

Ertrags-/Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	186.972	138.320	138.320	138.320	138.320	138.320
Gebühren	6.120	8.300	8.300	8.300	8.300	8.300
Kostenerstattung	3.176.722	3.115.527	3.129.730	3.129.730	3.129.730	3.129.730
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250
Summe Erträge	3.381.064	3.273.397	3.287.600	3.287.600	3.287.600	3.287.600
Personalaufwand	-2.079.537	-2.294.659	-2.318.100	-2.318.100	-2.350.700	-2.350.700
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-2.372.771	-4.014.527	-2.433.695	-2.433.695	-2.433.695	-2.423.408
Zuschüsse, Umlagen	-1.008.012	-1.236.417	-1.553.627	-1.478.627	-1.478.627	-1.478.627
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670
Summe Aufwendungen	-5.467.990	-7.553.273	-6.313.092	-6.238.092	-6.270.692	-6.260.405
Produktsaldo	-2.086.926	-4.279.876	-3.025.492	-2.950.492	-2.983.092	-2.972.805
Kostendeckungsgrad	61,8%	43,3%	52,1%	52,7%	52,4%	52,5%

Bis auf die kostenlose Vergabe schulischer Einrichtungen an Vereine, die im Landessportbund organisiert sind, handelt es sich um Pflichtaufgaben. Der

Kostendeckungsgrad beträgt im Jahr 2009 insgesamt 43,5 %. Einnahmesteigerungen bei den Pflichtaufgaben sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht möglich. In diesem Bereich wirken sich in den Folgejahren besonders die Abschreibungen aufgrund der notwendigen Investitionen zum Substanzerhalt der Schulen sowie die gesetzlich verpflichtende Übernahmeregulierung für die Kosten der Schülerbeförderung negativ auf den Produktsaldo aus, so dass sich der Kostendeckungsgrad von noch 61,8 % im Jahr 2008 auf 52,5 % im Jahr 2013 reduzieren wird.

3.3. Kultur und Wissenschaft (Produktbereich 04)

3.3.1 Museen und Archiv

Hierzu gehören die Produkte:

04.02.01	Museum für Schriftkunst
04.02.02	Stadtmuseum
04.02.03	Stadtarchiv

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	15.855	23.170	18.490	18.490	18.690	18.840
Gebühren	2.752	1.610	2.500	2.500	2.500	2.500
Kostenerstattung	21.200	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	39.807	24.780	20.990	20.990	21.190	21.340
Personalaufwand	-660.402	-693.585	-638.600	-638.600	-646.900	-646.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-90.484	-76.610	-79.140	-79.220	-82.070	-83.080
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-750.887	-770.195	-717.740	-717.820	-728.970	-729.980
Produktsaldo	-711.079	-745.415	-696.750	-696.830	-707.780	-708.640
Kostendeckungsgrad	5,3%	3,2%	2,9%	2,9%	2,9%	2,9%

Bei diesen Aufgaben handelt es sich um freiwillige Aufgaben.

Die Erträge aus den Eintrittsgeldern werden ab 2008 leicht ansteigen. Die Höhe der Eintrittspreise für das aus einer Stiftung hervorgegangene Museum für Schriftkunst und für das Stadtmuseum sind mit 2,50 € bezogen auf die Ausstellungsfläche angemessen und werden deshalb nicht erhöht.

Die Museen stellen jährlich projektbezogene Bezuschussungsanträge an die hessische Landesregierung. Diese werden vom Land in nicht vorausschaubarer Höhe gewährt und werden deshalb jeweils erst mit dem Nachtrag eingestellt. Im Jahr 2008 betragen die Zuwendungen des Landes 21 T€.

Der Planansatz der Einnahmen des Stadtarchivs für Fotokopien wird ab 2009 erheblich reduziert, da Kopien oder Abschriften inzwischen überwiegend auf elektronischem Wege gefertigt werden. Um diese Kosten zu erfassen, ist zurzeit eine Änderung der Gebührenordnung des Archivs in Vorbereitung.

Die Personalaufwendungen steigen in 2009 und sinken in 2010 wieder, da eine Doppelbesetzung in der Altersteilzeit eingeplant war, die jedoch nicht erfolgt ist. Das

voraussichtliche Rechnungsergebnis 2009 entspricht in etwa der Planung für 2010, da hier die Personalkosten wieder reduziert wurden.

Der Kostendeckungsgrad bei dieser freiwilligen Leistung bleibt im Großen und Ganzen konstant.

3.3.2 Kulturförderung

Hierzu gehören die Produkte:

- 04.05.01 Musikpflege
- 04.10.01 Kulturförderung und allgemeine Veranstaltungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	174.588	177.460	177.460	180.510	180.510	181.510
Gebühren	730	3.800	3.800	3.800	3.800	3.800
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	175.318	181.260	181.260	184.310	184.310	185.310
Personalaufwand	-543.790	-614.684	-602.799	-605.519	-614.999	-616.999
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-312.851	-377.628	-425.698	-430.113	-430.463	-453.565
Zuschüsse, Umlagen	-1.549.063	-1.567.200	-1.564.780	-1.562.280	-1.567.720	-1.572.220
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.405.704	-2.559.512	-2.593.277	-2.597.912	-2.613.182	-2.642.784
Produktsaldo	-2.230.386	-2.378.252	-2.412.017	-2.413.602	-2.428.872	-2.457.474
Kostendeckungsgrad	7,3%	7,1%	7,0%	7,1%	7,1%	7,0%

Der Produktsaldo ist in diesem freiwilligen Bereich im Rahmen der Ziel- und Budgetvereinbarungen seit 2008 im Saldo auf 2,4 Mio. € festgesetzt worden. Die Erträge sind in fast konstanter Höhe eingeplant, bei ebenfalls fast unveränderten Aufwendungen bleibt der Kostendeckungsgrad bei ca. 7 %.

Bei den fünf größten Ausgabeblöcken im Bereich der Zuschüsse mit allein 1,5 Mio. € handelt es sich im Einzelnen um die Zuschüsse für verschiedene Kulturvereinigungen, die Musikschule, für das nicht in kommunaler Trägerschaft befindliche Ledermuseum und um den Zuschuss für die originär staatliche Aufgabe der Förderung der Hochschule für Gestaltung.

Unter den 82 Großstädten der Bundesrepublik Deutschland (nicht berücksichtigt sind die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen) rangieren die kommunalen Kulturausgaben der Stadt Offenbach auf den untersten Plätzen, so lag die Stadt Offenbach bei der jüngsten ausgewerteten Vergleichsstudie der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder 2003 auf der 80. Position mit einer Summe von 32,0 € pro Einwohner. Bei den deutschen Großstädten sind innerhalb des Pro-Kopf-Vergleiches lediglich Siegen und Remscheid mit einem noch geringeren Betrag in der Finanzierung kommunaler Kulturangebote und –

förderungen beteiligt. Die durchschnittlichen Ausgaben der Städte von 100.000 - 200.000 Einwohnern lagen gleichzeitig bei einem Durchschnitt von 59,5 €, die Ausgaben von Wettbewerbern in der Region Rhein-Main liegen z.B. in Aschaffenburg bei 80,5 € oder bei Darmstadt (abzüglich der Landesmittel) bei 89,3 €. Städte in ähnlicher Situation wie Offenbach (keine am Ort bestehenden personalintensiven Kulturinstitutionen, unmittelbare geografische Nähe zu starken Wettbewerbern) geben in der Regel mindestens den doppelten Pro-Kopf-Betrag aus, so z.B. Mülheim an der Ruhr (73,4 €).

Damit wird deutlich, dass die Stadt Offenbach in ihrer Funktion als Großstadt für ihre Bürger und in der Funktion als Oberzentrum für die Bevölkerung der Region die Selbstverwaltungsaufgabe, die Kultur zu fördern, bereits jetzt nur mit einem sehr niedrigen Budget nachkommt.

Der Landesrechnungshof hatte bereits in seinem Prüfbericht aus dem Jahr 2004 festgestellt, dass Offenbach im Bereich der Kulturförderung und Kulturverwaltung im Vergleich mit den anderen hessischen Großstädten die geringsten Zuschüsse leistet. Dazu trägt bei, dass Offenbach kein Theater unterhält und auch keine Bürgerhäuser zur Verfügung stellt.

Die Personalkostenplanung 2008 lag deutlich über dem tatsächlichen Rechnungsergebnis 2008. Dies erklärt sich dadurch, dass die Besetzung vakanter Stellen eingeplant wurde aber nicht erfolgt ist. In 2009 wurden diese eventuellen Nachbesetzungen wieder eingeplant und sind zum Teil auch erfolgt. Aufgrund dessen wurden die Personalkosten in 2010 angepasst.

Insgesamt sinkt der Kostendeckungsgrad nur geringfügig vom Rechnungsergebnis 2008 in Höhe von 7,3 % auf 7,0 % in 2013.

3.3.3 VHS

Hierzu gehört das Produkt:

04.07.03 Veranstaltungen und sonstige Leistungen der VHS

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	870.024	983.110	886.500	886.500	886.500	886.500
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	685.601	525.000	669.000	669.000	669.000	669.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.555.624	1.508.110	1.555.500	1.555.500	1.555.500	1.555.500
Personalaufwand	-1.594.086	-1.667.200	-1.715.900	-1.715.900	-1.730.300	-1.730.300
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-522.058	-645.890	-634.000	-664.000	-664.000	-664.000
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.116.144	-2.313.090	-2.349.900	-2.379.900	-2.394.300	-2.394.300
Produktsaldo	-560.520	-804.980	-794.400	-824.400	-838.800	-838.800
Kostendeckungsgrad	73,5%	65,2%	66,2%	65,4%	65,0%	65,0%

Nach § 3 des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens im Lande Hessen (HWBG) ist die Sicherung eines bedarfsdeckenden Angebots an Lehrveranstaltungen zur Weiterbildung durch Einrichtungen der kreisfreien Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern zu gewährleisten. Es handelt sich somit um eine Pflichtaufgabe, für die die Stadt vom Land Hessen Zuweisungen erhält.

Die Arbeit der Volkshochschule basiert auf der durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Satzung über die Volkshochschule der Stadt Offenbach am Main. Die Höhe der Teilnahmeentgelte und Honorarsätze werden in einer Entgelt- und Honorarordnung festgesetzt.

Neben den tariflichen Steigerungen der Personalkosten für hauptamtliches Personal erhöht sich der Personalaufwand ab 2010, weil für die Durchführung von Sprach- und Integrationskursen für Mütter vor Ort „Mama lernt Deutsch“ (lt. Magistratsbeschluss v. 3.7.09) eine halbe Stelle geschaffen wird und die Ausgaben für externe Personalkosten um 96 T€ und für Lehr- und Lernmittel um 10 T€ erhöht werden. Per Änderungsliste Haushalt für 2010 wurden die Ansätze für Teilnehmerentgelte um 35 T€ und für sonstige Zuwendungen des Landes um 25 T€ erhöht. Außerdem ist gemäß Antrag zum Stellenplan vorgesehen, die seit Jahren befristete Stelle der Weiterbildungsberaterin in eine unbefristete Stelle umzuwandeln.

Das Rechnungsergebnis 2008 weicht hinsichtlich des Zuschussbedarfes wie schon in 2007 erfreulicherweise von der Haushaltsplanung nach unten ab. Dies liegt u. a. daran, dass es der Volkshochschule wieder gelungen ist, zusätzliche Aufträge und Projekte und darüber Drittmittel zu akquirieren, durch die vorher nicht planbare Deckungsbeiträge erzielt werden konnten. So lagen z.B. die Einnahmen für die Teilnahme an Integrationskursen, Kostenersatz durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und auch der ARGE MainArbeit bei fast 380 T€, während im Haushaltsplan 160 T€ eingestellt waren. Die relativ große Abweichung kommt deshalb zustande, weil nicht kalkulierbar ist, wie viele Menschen tatsächlich Integrationskurse mit dieser Förderung in Anspruch nehmen können. Bei der Planung für 2009 wurde dieser Entwicklung mit der Einstellung von 220 T€ Rechnung getragen. Für 2010 wurde der Ansatz nochmals auf 245 T€ erhöht, weil aufgrund der aktuellen Datenlage mit etwas höheren Zuwendungen gerechnet wird.

Grundsätzlich gilt für die Arbeit der Volkshochschule, dass zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen in der Regel zwar zusätzliche Honorarkosten verursachen, diese aber durch Teilnahmeentgelte wieder refinanziert werden. Je besser die Auslastung der Veranstaltungen, je geringer der städtische Zuschuss. Von daher können die Erträge und Aufwendungen nicht getrennt voneinander betrachtet und interpretiert werden.

Der Kostendeckungsgrad betrug deshalb im Jahr 2008 73,5 %, in den Folgejahren wird mit einer geringeren Kostendeckung gerechnet (65,0 % im Jahr 2013).

Umfang und Angebot der VHS sind auf die Sozialstruktur der Bevölkerung der Stadt Offenbach zugeschnitten, die Volkshochschule leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Bildungsniveaus in der Kommune. Ihre Aufgaben sind außer der Durchführung von Veranstaltungen auch Bildungs- und Weiterbildungsberatung. Sie leistet durch ihr Engagement in ämterübergreifenden Projekten sowie durch die Beteiligung an Bundes- und Landesprojekten einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung einer der zentralen Aufgaben in Offenbach, der Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Bei der Planung noch nicht bekannt: das unter Federführung der VHS entstandene Konzept „Lernen vor Ort“ wurde vom BMBF ausgewählt und wird zukünftig vom Bund mit knapp 1,3 Mio. € innerhalb von drei Jahren bezuschusst.

3.3.4 Bibliothek

Hierzu gehören die Produkte:

- 04.08.01 Programmarbeit und spezielle Dienstleistungen
- 04.08.02 Medien und Informationen (Bestand)

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	45.430	42.030	42.030	42.770	43.460	44.460
Gebühren	28.399	33.100	33.100	33.100	33.100	34.100
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	73.829	75.130	75.130	75.870	76.560	78.560
Personalaufwand	-1.167.205	-1.200.890	-1.039.400	-1.039.400	-1.054.900	-1.054.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-103.204	-125.799	-98.330	-99.560	-101.610	-100.800
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.270.409	-1.326.689	-1.137.730	-1.138.960	-1.156.510	-1.155.700
Produktsaldo	-1.196.580	-1.251.559	-1.062.600	-1.063.090	-1.079.950	-1.077.140
Kostendeckungsgrad	5,8%	5,7%	6,6%	6,7%	6,6%	6,8%

Bei der Bibliothek handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die die Stadt als kommunaler Bildungsträger wahrnimmt.

Die Mehreinnahmen an Eintrittsgeldern resultieren aus den Rahmenveranstaltungen anlässlich des Hessischen Autorentages, der 2008 in Offenbach stattfand. Hierfür waren einmalig im Haushaltsjahr 2008 rd. 20 T€ für literarische Veranstaltungen eingeplant (ab 2009 5 T€).

Die Reduzierung der Personalkosten ab 2010 kommt unter anderem durch die Nachbesetzung einer TVöD 15-Stelle in 2009 mit einer niedrigeren Entgeltgruppe zustande. Zum anderen wurden bei der Bildung neuer Unterabschnitte die Personalkosten entsprechend auf die Produkte verteilt. Aufgrund der Umstrukturierung der Produkte wurde 2008 unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Unterkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt.

Die Sach- und Dienstleistungen sinken ab 2009, da die in 2008 im Bereich der Literarischen Veranstaltungen angefallenen Mehrausgaben wieder reduziert werden.

Offenbach ist die einzige der kreisfreien Städte Hessens, die nur eine Bibliothek für das gesamte Stadtgebiet besitzt. Um die Öffnungszeiten und die Zuverlässigkeit in der Ausleihe zu gewährleisten, übernehmen auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Verwaltungsbereich der Stadtbibliothek entsprechende Tätigkeiten im Kundendienst.

Im Rahmen einer Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt werden die jeweiligen Bibliotheksausweise gegenseitig anerkannt, so dass ohne zusätzliche Kosten ein Mehrwert für Bürger beider Städte entstanden ist.

Die Kostendeckung steigt vom Rechnungsergebnis 2008 mit 5,8 % auf 6,8 % im Jahr 2013.

3.3.5 Sonstige Aufgaben im Bereich Kultur und Wissenschaft

Hierzu gehört das Produkt:

04.09.01 Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	91.560	235.000	235.000	235.000	235.000	235.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	91.560	235.000	235.000	235.000	235.000	235.000
Personalaufwand	0	0	0	0	0	0
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	0	-3.960	-3.960	-3.960	-3.960	-3.960
Zuschüsse, Umlagen	748	-381.781	-381.781	-381.781	-381.781	-381.781
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	748	-385.741	-385.741	-385.741	-385.741	-385.741
Produktsaldo	92.307	-150.741	-150.741	-150.741	-150.741	-150.741
Kostendeckungsgrad	12248,6%	60,9%	60,9%	60,9%	60,9%	60,9%

Es handelt sich um die verschiedensten, zum Teil innovativen Projekte zur Förderung von Beschäftigung in Offenbach, zur Schaffung von Angeboten des offenen Lernens (z. B. Selbstlernzentrum Offenbach) sowie zur Beratung für Weiterbildungsinteressierte (Weiterbildungsberatungsstelle, Bildungsnetz Rhein-Main). Für die verschiedenen Angebote in diesem Bereich werden teilweise Zuschüsse des Landes, aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und Entgelte von Seiten der MainArbeit genutzt.

Im Jahr 2008 erhielt die Stadt Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds in Höhe von mehr als 91 T€. Die geringeren Einnahmen im Jahr 2008 resultieren daraus, dass verschiedene Projekte ausgelaufen sind. Beim Projekt "Lernende Region" ist die mittelbewirtschaftende Stelle jetzt die VHS. Andere Projekte wurden über Verwahrgeld-Haushaltsstellen abgewickelt, die ab 2009 dieser Haushaltsstelle/Produkt zugeordnet werden.

Auch die Zuschüsse für z.B. die Projekte Kompetenzagentur und Quit wurden im Jahr 2008 zunächst über Verwahrgeldkonten verausgabt. Im Jahr 2009 erfolgte die Umstellung.

Insofern ist das Rechnungsergebnis 2008 für dieses Produkt nicht aussagekräftig. Ab 2009 wird mit einem gleichbleibenden Kostendeckungsgrad von 61 % gerechnet.

3.3.6 Zusammenfassung Kultur und Wissenschaft

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.105.898	1.225.770	1.124.480	1.128.270	1.129.160	1.131.310
Gebühren	31.881	38.510	39.400	39.400	39.400	40.400
Kostenerstattung	798.361	760.000	904.000	904.000	904.000	904.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.936.139	2.024.280	2.067.880	2.071.670	2.072.560	2.075.710
Personalaufwand	-3.965.484	-4.176.359	-3.996.699	-3.999.419	-4.047.099	-4.049.099
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.028.597	-1.229.887	-1.241.128	-1.276.853	-1.282.103	-1.305.405
Zuschüsse, Umlagen	-1.548.315	-1.948.981	-1.946.561	-1.944.061	-1.949.501	-1.954.001
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-6.542.396	-7.355.227	-7.184.388	-7.220.333	-7.278.703	-7.308.505
Produktsaldo	-4.606.257	-5.330.947	-5.116.508	-5.148.663	-5.206.143	-5.232.795
Kostendeckungsgrad	29,6%	27,5%	28,8%	28,7%	28,5%	28,4%

Insgesamt erhöhen sich die Aufwendungen im Bereich Kultur und Wissenschaft, bei denen es sich bis auf das Angebot der VHS um freiwillige Leistungen handelt, um langfristig 600 T€. Der Kostendeckungsgrad sinkt von 29,6 % im Jahr 2008 auf 28,4 % im Jahr 2013.

Mit 7,2 Mio. € im Jahr 2010 betragen diese jedoch lediglich 2,3 % an der Summe der ordentlichen Aufwendungen von 320 Mio. € (siehe 3.16).

Die Stadt Offenbach hat als Oberzentrum die Aufgabe, im Rahmen der Daseinsvorsorge auch Angebote in den Bereichen der Bildung und Kultur vorzuhalten bzw. zu unterstützen. In der Vergangenheit wurden bereits zur Haushaltssanierung gerade in diesem Bereich Leistungen gekürzt (Schließung des Theaters, Schließung von drei Schwimmbädern: Tambour-, Park- und Stadtbad sowie Übergabe des Schwimmbads Rosenhöhe in die Trägerschaft eines Vereins). Ein minimales Angebot muss jedoch aufrechterhalten werden, weswegen von weiteren Kürzungen abgesehen werden muss.

3.4. Soziale Leistungen (Produktbereich 05)

3.4.1 Hilfe nach Kapitel 5 – 9 SGB XII außerhalb von Einrichtungen

Hierzu gehört das Produkt:

05.01.01 Hilfe nach Kapitel 5 – 9 SGB XII a.v.E.

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.105	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	810.002	657.500	57.500	57.500	57.500	57.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	811.107	658.800	58.800	58.800	58.800	58.800
Personalaufwand	-103	-1.036.553	-1.026.400	-1.026.400	-1.039.500	-1.039.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-119.465	-59.642	-59.642	-59.375	-59.375	-59.375
Zuschüsse, Umlagen	-11.106.156	-11.094.300	-11.727.300	-11.727.300	-11.727.300	-11.727.300
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-11.225.724	-12.190.495	-12.813.342	-12.813.075	-12.826.175	-12.826.175
Produktsaldo	-10.414.617	-11.531.695	-12.754.542	-12.754.275	-12.767.375	-12.767.375
Kostendeckungsgrad	7,2%	5,4%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%

Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Sozialgesetzbuch XII. Zu diesem Produkt zählen die Eingliederungshilfe und Hilfen zur Gesundheit, ambulante Hilfe zur Pflege und Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen. In diesem Bereich werden die hohen Kosten für Fälle der Eingliederungshilfe (z.B. Integrierte Schwerstbehindertenbetreuung) und Hilfe zur Pflege (z. B. 24-Std.-Betreuung zu Hause) gebucht.

Der ab dem Jahr 2010 niedrigere Planungsansatz bei den Erträgen, bei denen es sich vor allem um Kostenersatz des Landeswohlfahrtsverbandes handelt, erklärt sich daraus, dass seit dem 07.10.2008 der überörtliche Träger der Sozialhilfe in Hessen für die Leistungen des Betreuten Wohnens sachlich zuständig ist. Da ab dem 01.02.2009 eine Antragsaufnahme und Bearbeitung der Einzelfälle direkt durch den zuständigen Fachbereich des LWV erfolgt, ist eine Vorleistung mit anschließender Kostenerstattung durch das Sozialamt Offenbach nicht mehr erforderlich. Bei der Planung des Haushalts 2009 stand der Zuständigkeitswechsel für das Betreute Wohnen noch nicht fest. Dies wurde jedoch bei der Nachtragsplanung 2009 bereits korrigiert. Da die Abrechnung mit dem LWV für das vierte Quartal 2008 im Haushaltsjahr 2009 erfolgt ist, liegt der Haushaltsansatz 2009 inkl. Nachtrag über den Ansätzen der Folgejahre.

Das fehlende Rechnungsergebnis Personalaufwand lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Unterkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz.

Durch die oben genannte Änderung des HAG im Oktober 2008 fallen zwar weniger Ausgaben beim Betreuten Wohnen und der damit verbundenen Leistungen an, gleichzeitig sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Kosten aus den Kap. 3 + 4 SGB XII allein zuständig (bisher wurden sie auf freiwilliger Basis durch Rahmenvereinbarung vom LWV erstattet).

Dadurch erklärt sich auch der geringere Kostendeckungsgrad, der von 2009 mit 5,4 % auf 0,5 % ab 2010 sinkt.

3.4.2 Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Hierzu gehört das Produkt:

05.01.02 Grundversorgung nach dem SGB XII außerhalb von Einrichtungen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	32.239	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Gebühren	5.693	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
Kostenerstattung	5.039.359	1.948.000	1.921.000	1.921.000	1.921.000	1.921.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	5.077.291	1.959.200	1.932.200	1.932.200	1.932.200	1.932.200
Personalaufwand	-3.859.502	-1.606.367	-1.593.100	-1.593.100	-1.613.600	-1.613.600
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-45.152	-93.749	-125.550	-125.550	-125.550	-125.550
Zuschüsse, Umlagen	-13.159.381	-12.920.000	-14.530.000	-14.530.000	-14.530.000	-14.530.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-17.064.035	-14.620.116	-16.248.650	-16.248.650	-16.269.150	-16.269.150
Produktsaldo	-11.986.744	-12.660.916	-14.316.450	-14.316.450	-14.336.950	-14.336.950
Kostendeckungsgrad	29,8%	13,4%	11,9%	11,9%	11,9%	11,9%

Zur Hilfe zum Lebensunterhalt und zu der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zählen die Hilfe zum Lebensunterhalt für Kontingentflüchtlinge und die Wohnraumhilfe. Diese Leistungen sind Pflichtleistungen und werden nach dem Sozialgesetzbuch XII gewährt.

Das Rechnungsergebnis 2008 beinhaltet auf der Seite der Einnahmen die Zuweisung für Grundsicherung für Arbeitssuchende nach § 23 a FAG in Höhe von 4,5 Mio. Euro. Diese werden ab 2009 dem Produkt 16.02.02 zugeordnet und führen deshalb zu erheblichen Mindereinnahmen im Produkt 05.01.02.

Die starke Reduzierung der Personalkosten in 2009 lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. Bis dahin waren dem in diesem Fall betroffenen Unterabschnitt mehrere Produkte zugeordnet. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Untersachkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz.

Dies erklärt im Umkehrschluss auch die fehlenden Rechnungsergebnisse 2008 in den folgenden Produktbündeln.

Bei der durch Bundesgesetz auf die Kommunen delegierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind die Fallzahlen steigend, so dass sich Kostenersatz und Sozialhilfeleistungen erhöhen und die Aufwendungen auf hohem Niveau im besten Fall verharren werden. Die Steigerung bei den Hilfeleistungen, die sich bereits im Rechnungsergebnis 2008 zeigt, war zum Planungszeitraum für 2009 nicht absehbar.

Die Kosten eines Falles werden aufgrund der gesetzlichen Ansprüche der Hilfebedürftigen durch die Regelsatzerhöhung sowie der gestiegenen und weiterhin steigenden Energiekosten und Kosten im Bereich der Unterkunft und Heizung eine steigende Tendenz aufweisen. Hinzu kommt der verstärkte Übergang der Zuständigkeit von SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) zu SGB XII aufgrund fehlender Erwerbsfähigkeit und der städtischen Altersstruktur.

Deshalb sinkt der Kostendeckungsgrad von 29,8 % in 2008 auf 11,9 % ab 2010.

Auch bei dieser Pflichtaufgabe hat die Stadt nur einen geringen Einfluss auf eine Erhöhung der Erträge.

3.4.3 Hilfe in Einrichtungen

Hierzu gehört das Produkt:
05.01.03 Hilfe in Einrichtungen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	204.641	221.500	206.500	206.500	206.500	206.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	204.641	221.500	206.500	206.500	206.500	206.500
Personalaufwand	0	-455.003	-450.600	-450.600	-456.300	-456.300
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	0	-11.057	-11.057	-10.950	-10.950	-10.950
Zuschüsse, Umlagen	-5.231.555	-5.520.000	-5.360.000	-5.360.000	-5.360.000	-5.360.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-5.231.555	-5.986.060	-5.821.657	-5.821.550	-5.827.250	-5.827.250
Produktsaldo	-5.026.914	-5.764.560	-5.615.157	-5.615.050	-5.620.750	-5.620.750
Kostendeckungsgrad	3,9%	3,7%	3,5%	3,5%	3,5%	3,5%

Bei dem Produkt Hilfe in Einrichtungen handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Sozialgesetzbuch XII.

Die Zahl der Hilfebedürftigen, die Anspruch auf Hilfe in Einrichtungen haben, ist leicht zurückgegangen. Aktuell stagniert die Fallzahlenentwicklung bei geringer Schwankung innerhalb einer kleinen Bandbreite.

Trotzdem hat sich jedoch die Höhe der Bezuschussung stark nach oben verändert, da immer mehr Pflegebedürftige in die höchste Pflegestufe 3 eingestuft werden. Durch das Pflegeversicherungsweiterentwicklungsgesetz wird die Leistung der Pflegestufe III zwar gering erhöht, dies hat jedoch aufgrund der steigenden Tendenz letztendlich nicht die Auswirkung der Kosteneinsparung.

Ab 2010 wird aufgrund der leicht rückgängigen Fallzahl, die nach dem Planungszeitpunkt für 2009 bekannt wurde, wieder mit etwas geringeren Zuschüssen gerechnet.

Im Rechnungsergebnis 2008 sind aufgrund der Bildung neuer Unterabschnitte im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Produkte keine Personalkosten ausgewiesen. (Nähere Begründung siehe bitte 3.4.2.)

Die Möglichkeiten der Beteiligung der Unterhaltspflichtigen, anderer Sozialleistungsträger und die Kostenbeiträge der Hilfebedürftigen werden wie in allen Bereichen der Sozialhilfe ausgeschöpft. Trotzdem lässt sich dadurch dauerhaft nur ein Kostendeckungsgrad von 3,5 % erreichen.

3.4.4 Grundsicherung für Arbeitsuchende

Hierzu gehört das Produkt:

05.02.01 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	12.095.316	10.600.000	14.473.000	14.473.000	14.473.000	14.473.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	12.095.316	10.600.000	14.473.000	14.473.000	14.473.000	14.473.000
Personalaufwand	-419.299	-714.909	-4.105.828	-4.105.828	-4.166.928	-4.166.928
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-15.316	-6.800	-6.800	-6.800	-6.800	-6.800
Zuschüsse, Umlagen	-44.465.866	-45.450.000	-46.750.000	-46.750.000	-46.750.000	-46.750.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-44.900.481	-46.171.709	-50.862.628	-50.862.628	-50.923.728	-50.923.728
Produktsaldo	-32.805.165	-35.571.709	-36.389.628	-36.389.628	-36.450.728	-36.450.728
Kostendeckungsgrad	26,9%	23,0%	28,5%	28,5%	28,4%	28,4%

Dieses Produkt beinhaltet die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, bei denen es sich um Pflichtaufgaben handelt.

Durch die Tätigkeit eines Ermittlungsdienstes, das Verfolgen von Ansprüchen bei Unterhaltspflichtigen und die konsequente Umsetzung von Rückforderungen bei zu Unrecht bezogenen Leistungen werden die Erträge optimiert. Der gesetzlich vorgesehene Kostenersatz, die Leistungsbeteiligung des Bundes für die Unterkunft und Heizung, reduzierte sich ab 01.01.2008 von vorher 31,2 % auf 28,6%, im Jahr 2009 auf 25,4 %. Die in obiger Tabelle sichtbar steigende Höhe der Kostenerstattung ab 2010 insgesamt wird durch die Personalkostenerstattung des Bundes für die kommunalen ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen in Höhe von 3,6 Mio. € verursacht.

Deren Bezüge und Entgelte werden ab dem Haushaltsjahr 2010 direkt diesem Produkt als Personalaufwand zugeordnet.

Obwohl die Zahl der Hilfebedürftigen deutlich gesunken war, blieben die nicht im gleichen Ausmaß gesunkenen und im Zuständigkeitsbereich der Kommune liegenden Aufwendungen für Unterkunft und Heizung auf hohem Niveau. Die strikte Anwendung von Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen, die Einhaltung von Angemessenheitsgrenzen bei der Übernahme von Mietkosten sowie die gute Konjunkturlage hatte in 2008 eine leichte Entspannung zur Folge.

Durch die Wirtschaftskrise ist wieder mit einem wachsenden Anteil von Erwerbssuchenden bzw. Aufstockern zu rechnen, vor allem ab 2010, weswegen für die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Vergleich zur Haushaltsplanung 2009 1,0 Mio. € mehr eingeplant werden müssen.

Kritisch ist weiterhin die Berechnungsmethode für den Finanzierungsanteil des Bundes, die sog. Anpassungsformel, zu sehen, die die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zugrunde legt und nicht die tatsächlichen Aufwendungen. Hierdurch wird Offenbach im Bundesvergleich etwas benachteiligt, da in Offenbach die Bedarfsgemeinschaften überdurchschnittlich groß sind, dies aber außer Betracht bleibt. Zudem folgt die Anpassung des Finanzierungsanteils einer gewissen antizyklischen Logik. Trotz erwartbaren deutlichen Mehrbelastungen (aus steigenden Fallzahlen und Regelsatzerhöhungen, die indirekt kostentreibend auch auf die KdU wirken), beabsichtigt der Bund die Erstattungsquote für 2010 ev. auf 23,2 % abzusenken.

In die Planung wurde bereits die beschlossene Änderung des Wohngeldgesetzes, die sich auf den kommunalen Haushalt entlastend auswirkt, eingerechnet (siehe auch Anmerkung zu 3.4.8).

Aufgrund der Kostenbeteiligung des Bundes beim kommunalen Personalaufwand steigt der Kostendeckungsgrad von 26,9 % im Jahr 2008 ab 2010 auf 28,5 %.

3.4.5 Leistungen für Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt

Hierzu gehört das Produkt:

05.03.01 Leistungen zum Lebensunterhalt und sonstige Leistungen für Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	457.981	94.000	88.000	88.000	88.000	88.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	457.981	94.000	88.000	88.000	88.000	88.000
Personalaufwand	0	-227.966	-225.100	-225.100	-228.000	-228.000
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	0	-20.357	-20.357	-20.250	-20.250	-20.250
Zuschüsse, Umlagen	-1.178.065	-1.104.500	-960.000	-960.000	-960.000	-960.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.178.065	-1.352.823	-1.205.457	-1.205.350	-1.208.250	-1.208.250
Produktsaldo	-720.084	-1.258.823	-1.117.457	-1.117.350	-1.120.250	-1.120.250
Kostendeckungsgrad	38,9%	6,9%	7,3%	7,3%	7,3%	7,3%

Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe, deren Erledigung vom Land auf die Kommune übertragen worden ist. Bei der Ausführung ist die Stadt an die Weisungen des Landes und des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde gebunden. Die Zahl der Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt ist kontinuierlich gesunken, was im Planungszeitraum für 2008 in diesem Ausmaß nicht voraussehbar war. Entsprechend sinkt

auch die Kostenbeteiligung des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz. Die Zuweisung von Asylbewerbern erfolgt zentral durch das Regierungspräsidium / Landeszuweisungsstelle.

Im Rechnungsergebnis 2008 sind aufgrund der Bildung neuer Unterabschnitte im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Produkte keine Personalkosten ausgewiesen. (Nähere Begründung siehe bitte 3.4.2.)

Aufgrund der in der Regel pro Fall auf 2 Jahre befristeten und nicht bedarfsdeckenden pauschalen Kostenerstattung des Landes ist zukünftig nur ein Kostendeckungsgrad von 7,3 % zu erwarten. Die hohe Kostendeckung in 2008 mit 38,9 % resultiert aus einmaligen Kostenerstattungen: durch Schlussabrechnung älterer Fälle nach dem Landesaufnahmegesetz, durch eine Rückforderung zu Unrecht erhaltener Leistungen sowie durch die Abrechnung nach § 10 B AsylbewLG mit einem eigentlich zuständigen Sozialleistungsträger.

Die Stadt hat keinen Einfluss auf die Zuweisungen bzw. auf die entsprechende Kostenbeteiligung nach dem Landesaufnahmegesetz.

3.4.6 Soziale Einrichtungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 05.04.01 Soziale Einrichtungen
- 05.06.01 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	41.746	27.420	27.420	27.420	27.420	27.420
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	41.746	27.420	27.420	27.420	27.420	27.420
Personalaufwand	0	-284.436	-281.100	-281.100	-284.600	-284.600
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-17.154	-31.796	-15.846	-15.740	-15.740	-15.740
Zuschüsse, Umlagen	-1.690.296	-1.904.150	-1.719.650	-1.719.650	-1.719.650	-1.719.650
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-78.510	-78.510	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.785.961	-2.298.892	-2.016.596	-2.016.490	-2.019.990	-2.019.990
Produktsaldo	-1.744.214	-2.271.472	-1.989.176	-1.989.070	-1.992.570	-1.992.570
Kostendeckungsgrad	2,3%	1,2%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%

Die Stadt ist nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII verpflichtet, soziale Einrichtungen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Gemäß § 5 SGB XII sollen die Träger der Sozialhilfe u. a. mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten und diese in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe angemessen unterstützen, wozu auch finanzielle Unterstützung zählt. Somit handelt es sich um eine Pflichtaufgabe, bei der die Höhe der Unterstützung durch ein angemessenes Maß gekennzeichnet ist. Die Stadt hat

hierzu begonnen, ein einheitliches Zuwendungsvertragswesen mit einer ausführlichen Leistungsbeschreibung und entsprechenden Evaluierungsmöglichkeiten aufzubauen. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege erledigen die Aufgaben professionell und effizient, zusätzlich unterstützt durch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement. Ohne diesen Beitrag wären übertragene Aufgaben durch den kommunalen Träger kostenintensiv zu erbringen.

Die privatrechtlichen Entgelte sinken ab 2009, da im Jahr 2008 die letzte Umlagenabrechnung für die Karlstraße bezahlt wurde. Ab 2008 hat die Diakonie die Räume der Obdachlosenunterbringung selbst angemietet.

Im Rechnungsergebnis 2008 sind aufgrund der Bildung neuer Unterabschnitte im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Produkte keine Personalkosten ausgewiesen. (Nähere Begründung siehe bitte 3.4.2.)

Die Verzinsung und Abschreibung für die Altenwohnanlage Hessenring 61 wurde in 2009 einmalig durch das Sozialamt auf diesem Produkt gebucht. Ab 2010 erfolgt dies über das allgemeine Verrechnungsprodukt.

Der erhöhte Ansatz für die Zuschüsse für 2009 wurde bereits mit dem Nachtrag um 250 T€ nach unten korrigiert (es war noch der Verlustausgleich Karlstraße enthalten). Die einzelnen Verlustausgleiche unterliegen teilweise starken Schwankungen. Die Haushaltsansätze können deshalb anhand der Vorjahresergebnisse nur geschätzt werden.

Die Kostendeckung sinkt aus den genannten Gründen von 2008 mit 2,3 % in 2009 auf 1,2 %, ab 2010 ist sie wieder geringfügig höher (1,4%).

3.4.7 Unterhaltsvorschuss

Hierzu gehört das Produkt:
05.07.01 UVG-Leistung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	1.349.889	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.349.889	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
Personalaufwand	-8.897	-658.207	-666.884	-666.884	-676.484	-676.484
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	0	-5.598	-5.598	-5.598	-5.598	-5.598
Zuschüsse, Umlagen	-1.840.000	-1.940.000	-1.940.000	-1.940.000	-1.940.000	-1.940.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.848.897	-2.603.805	-2.612.482	-2.612.482	-2.622.082	-2.622.082
Produktsaldo	-499.008	-1.253.805	-1.262.482	-1.262.482	-1.272.082	-1.272.082
Kostendeckungsgrad	73,0%	51,8%	51,7%	51,7%	51,5%	51,5%

Bis 01.01.2000 wurde der Unterhaltsvorschuss hälftig vom Bund und Land gezahlt, bis der Bund beschloss, lediglich ein Drittel zu übernehmen und dem Land die Möglichkeit eröffnete, das 2. Drittel auf die Kommunen zu verlagern.

Bei dieser Pflichtaufgabe decken die Erstattungsleistungen vom Land sowie die Erträge aufgrund der Ersatzleistungen durch die Unterhaltspflichtigen zur Hälfte die Aufwendungen. Ersatzleistungen von Unterhaltspflichtigen können nur dann realisiert werden, wenn diese leistungsfähig sind und somit tatsächlich unterhaltspflichtig sind.

Die Zahl der UVG-Empfängerinnen hat sich in der Zeit von 2008 auf 2009 um ca. 100 Fälle auf ca. 1000 Zahlfälle je Monat erhöht. Hieraus resultiert die Steigerung auf der Ausgabenseite. Durch die Anrechnung des Kindergeldes reduzierte sich die Anspruchshöhe geringfügig.

Die Kostenerstattung wurde in Höhe des Rechnungsergebnisses eingeplant, da krisenbedingt die Zahl der leistungsfähigen Unterhaltsschuldner rückläufig ist.

Die starke Reduzierung der Personalkosten in 2008 lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. Bis dahin waren dem in diesem Fall betroffenen Unterabschnitt mehrere Produkte zugeordnet. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Untersachkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz.

Bei den Sach- und Dienstleistungen handelt es sich um Telefonkosten, die in 2008 ebenfalls nicht auf diesem Untersachkonto gebucht worden sind.

Der Kostendeckungsgrad sinkt vom Rechnungsergebnis 2008 mit 73 % auf 51,5 % im Jahr 2013.

3.4.8 Wohngeld und sonstige delegierte Aufgaben

Hierzu gehören die Produkte:

- 05.10.01 Wohngeld
- 05.10.02 Sozialversicherungsrecht
- 05.10.03 Delegierte Aufgaben und sonstige Hilfen
- 05.10.04 Flüchtlingsdienst
- 05.10.05 Abwicklung des Lastenausgleichs

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	20	20	20	20	20
Gebühren	140	140	140	140	140	140
Kostenerstattung	5.841	226.860	226.860	226.860	226.860	226.860
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	5.981	227.020	227.020	227.020	227.020	227.020
Personalaufwand	-910.138	-913.450	-879.400	-879.400	-891.000	-891.000
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-20.197	-52.418	-60.943	-60.890	-59.890	-56.285
Zuschüsse, Umlagen	-107.963	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.038.298	-1.075.868	-1.050.343	-1.050.290	-1.060.890	-1.057.285
Produktsaldo	-1.032.317	-848.848	-823.323	-823.270	-833.870	-830.265
Kostendeckungsgrad	0,6%	21,1%	21,6%	21,6%	21,4%	21,5%

Im Bereich der Produkte Wohngeld und Sozialversicherungsrecht bearbeitet die Stadt die Anträge im Auftrag des Bundes. Das Wohngeld wird von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen und direkt vom Land Hessen an die Wohngeldberechtigten gezahlt, die Renten direkt von den gesetzlichen Rentenversicherungsträgern. Eine Kostenerstattung für die Personal- und Sachaufwendungen ist bei dieser Pflichtaufgabe in beiden Fällen nicht vorgesehen.

Die Sachleistungen werden ab 2009 steigen, da beim Produkt der delegierten Aufgaben und sonstigen Hilfen des Sozialamtes diesem Produkt ab 2009 die Wartungskosten der Software und Bürobedarf zugeordnet werden. In 2010 steigen die Kosten vor allem im Bereich des Wohnungs- und Versicherungsamtes für die Datenübertragungskosten dort. Aufgrund höherer Fallzahlen wird mehr Bürobedarf benötigt werden.

Durch die Gesetzesänderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009 hat sich die Anzahl der berechtigten Personen aufgrund höher anerkannter Miethöchstbeträge, der Steigerung der Tabellenwerte um 8 % und der Berücksichtigung einer Heizkostenkomponente erhöht. Es wird mit einer Verdopplung der Wohngeldempfänger gerechnet.

In einem Vertrag aus 1978 wurde vereinbart, dass die beiden Pflichtaufgaben Flüchtlingsdienst für Deutschstämmige aus den Vertreibungsgebieten (z.B. Polen, Rumänien, ehemalige Tschechoslowakei, ehemalige Sowjetunion) und Lastenausgleich zur Schadensfeststellung für Kriegssachschäden für Anspruchsberechtigte des Kreises und der

Stadt Offenbach von der Stadt Offenbach erledigt werden. Dazu hat der Kreis Offenbach Mitarbeiter an die Stadt Offenbach abgeordnet, letztendlich trägt der Kreis rd. 66 % der Gesamtkosten. Im Jahr 2008 erfolgte zwar eine gekürzte Erstattungsleistung, nach Klärung diverser Details ist jedoch nunmehr die Schlusszahlung fällig. Im Jahr 2009 ist mit einer ungekürzten Kostenerstattung (rd. 51 T€) zu rechnen.

Aufgrund der erwarteten Erstattungen steigt der Kostendeckungsgrad des Produktbündels insgesamt von nur 0,6% im Jahr 2008 auf 21,5 % im Jahr 2013.

3.4.9 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Soziale Leistungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 05.08.01 Vollzug des Betreuungsgesetzes
- 05.10.06 Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktintegration

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	1.123.285	1.000.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.123.285	1.000.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
Personalaufwand	-251.283	-363.389	-328.800	-328.800	-333.400	-333.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-4.080	-6.958	-6.958	-6.905	-6.905	-6.905
Zuschüsse, Umlagen	-975.887	-1.307.529	-1.507.529	-1.507.529	-1.507.529	-1.507.529
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.231.250	-1.677.876	-1.843.287	-1.843.234	-1.847.834	-1.847.834
Produktsaldo	-107.964	-677.876	-643.287	-643.234	-647.834	-647.834
Kostendeckungsgrad	91,2%	59,6%	65,1%	65,1%	64,9%	64,9%

Beim Betreuungsbehördengesetz (BtBG) handelt es sich um ein Bundesgesetz. Im BtBG ist geregelt, dass die Länder diese Pflichtaufgabe delegieren können. In der Regel sind die Landkreise bzw. die kreisfreien Städte zur Erfüllung von behördlichen Aufgaben im Bereich des Betreuungsrechtes vom Land bestimmt. Die zu betreuenden Fälle werden in der Regel von den Amtsgerichten zugewiesen. Aufgrund der Zunahme von Fällen musste mehr Personalkapazität in die Betreuungsbehörde gegeben werden. In wenigen Fällen können im Rahmen von Schadensersatzleistungen Erträge verbucht werden, so dass praktisch keine Kostendeckung vorhanden ist.

Bei den Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung handelt es sich um Eingliederungsmaßnahmen in Arbeit für Arbeitsuchende, für die nach dem SGB II die Zuständigkeit des kommunalen Trägers gegeben ist, z. B. Schuldnerberatung, psychosoziale Hilfen, sowie sonstige Maßnahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung. Es werden

entsprechende Maßnahmen mit örtlichen Trägern und sonstigen externen Anbietern gefördert. Ergänzend zu Mitteln aus dem Haushalt der Kommune werden Mittel des Europäischen Sozialfonds eingeworben. Im Jahr 2008 hatte die Kostenerstattung aus diesem Bereich die Aufwendungen decken können. Der Kostendeckungsgrad wird auch im Jahr 2010 fast 80 % erreichen.

Der Kostendeckungsgrad des Produktbündels sinkt von 2008 mit 91,2 % auf 65,1 % ab 2010.

3.4.10 Zusammenfassung Soziale Leistungen

Ertrags-/Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	75.089	38.740	38.740	38.740	38.740	38.740
Gebühren	5.833	1.340	1.340	1.340	1.340	1.340
Kostenerstattung	21.086.315	16.097.860	19.522.860	19.522.860	19.522.860	19.272.860
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	21.167.238	16.137.940	19.562.940	19.562.940	19.562.940	19.312.940
Personalaufwand	-5.449.222	-6.260.280	-9.557.212	-9.557.212	-9.689.812	-9.689.812
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-221.364	-288.375	-312.751	-312.058	-311.058	-301.855
Zuschüsse, Umlagen	-79.755.169	-81.350.479	-84.604.479	-84.604.479	-84.604.479	-84.604.479
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-78.510	-78.510	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-85.504.265	-87.977.644	-94.474.442	-94.473.749	-94.605.349	-94.596.146
Produktsaldo	-64.337.027	-71.839.704	-74.911.502	-74.910.809	-75.042.409	-75.283.206
Kostendeckungsgrad	24,8%	18,3%	20,7%	20,7%	20,7%	20,4%

Die Entwicklung des Saldos zeigt, dass der Fehlbetrag von 2008 bis 2013 aus den bereits genannten Gründen um fast 11 Mio. € wächst und der Kostendeckungsgrad von 24,8 % im Jahr 2008 auf 20,4 % im Jahr 2013 sinkt.

Es gibt in diesem Pflichtleistungsbereich wenige Einflussmöglichkeiten, die eine signifikante Ertragssteigerung zur Folge haben könnten. Der hohe Ausgabebedarf in Offenbach hat seine Ursachen in den bekannten Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels, aber auch in den Folgen der Immigration und einer nach wie vor unausgewogenen Sozialstruktur.

Der Personalaufwand erhöht sich in diesem Bereich ab 2010 drastisch von 5,5 Mio. € in 2008 auf 9,6 Mio., da ab 2010 das Bruttoprinzip im Personalkostenetat Anwendung findet. Dies bedeutet, dass die Personaleinnahmen separat geplant und dargestellt werden. Dem entsprechend werden die Einnahmen nicht mehr direkt bei den Ausgaben abgesetzt. Dies führt dazu, dass sich die Personalausgaben zwar erhöhen, dem aber die Einnahmen gegenüber stehen.

3.5. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 06)

3.5.1 Kinder in Tageseinrichtungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 06.01.02 Tagespflege
- 06.01.05 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	2.376.862	2.321.000	2.658.850	2.658.850	2.658.850	540.850
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	2.376.862	2.321.000	2.658.850	2.658.850	2.658.850	540.850
Personalaufwand	0	-222.664	-138.600	-138.600	-140.500	-140.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	0	-459.084	-1.384	-1.384	-1.384	-300
Zuschüsse, Umlagen	-25.448.609	-29.957.050	-34.465.040	-35.472.230	-35.472.230	-83.910
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-25.448.609	-30.638.798	-34.605.024	-35.612.214	-35.614.114	-224.710
Produktsaldo	-23.071.747	-28.317.798	-31.946.174	-32.953.364	-32.955.264	316.140
Kostendeckungsgrad	9,3%	7,6%	7,7%	7,5%	7,5%	240,7%

Diese Pflichtaufgabe beinhaltet neben der Erziehung, Bildung und Betreuung junger Menschen auch die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Produkt umfasst alle Aufwendungen des dritten Abschnitts SGB VIII.

Gemäß einstimmigem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.6.08 sollen die Rechtsansprüche dieser Produktgruppen in den nächsten Jahren wie folgt realisiert werden:

1. Der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes gemäß § 24a SGB VIII Abs. 2 Nummer 1 i.V.m. den §§ 24a Abs. 1 und 24 Abs. 2 erfolgt in den nach Anlage 1 festgelegten Ausbaustufen bis 2010.
2. Der Ausbau an U3-Plätzen zur Sicherung des in 2013 eintretenden Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz erfolgt in den nach Anlage 1 festgelegten Ausbaustufen U3 bis 2013 für 35% der Population.
3. Der aktuelle Bedarf und der erreichte Ausbaustand zum 15.03.2008 wird gem. § 24a Abs. 2 Nummer 2 wie in Anlage 1 unter „Plätze zum 15.3.08“ - für U3 aus 22% und für Hortplätze aus 22% der Population aufgeführt - festgestellt.
4. Die notwendigen Haushaltsmittel für den nach Punkt 1 bis 3 beschlossenen Ausbau sind durch den Magistrat in den jeweiligen Haushaltsplanentwürfen vorzusehen.
5. Die Ausbauplanung ist durch den Magistrat jährlich hinsichtlich Population und Bedarf zu überprüfen. Die daraus folgende Fortschreibung der Ausbauplanung ist den Ergebnissen der Überprüfung anzupassen und der Stadtverordnetenversammlung

rechtzeitig vorzulegen, damit bis spätestens 15. Juni des jeweiligen Jahres hierüber beschlossen werden kann.

Mit der Änderung des SGB VIII durch das Kinderförderungsgesetz vom 10.12.08 (BGBl I S. 2403; Bundesrats-Drucksache 730/08) wurde der Stichtag des § 24a auf den 31.12.2009 verlegt. Daher liegt eine Fortschreibung der Ausbauplanung derzeit noch nicht vor.

Ausbaustufen U3 bis 2010 (gem. §24a SGBVIII) / 2013 (Eintritt Rechtsanspruch)								
	Plätze U3 zum 15.3.08		Ausbau 08	Ausbau 09	Ausbau 10	Ausbau 11	Ausbau 12	Ausbau 13
In Einrichtungen	313		10	130	90	150	150	176
Tagepflege	157		60	30	30			
Gesamt	470		70	160	120	150	150	176
Population U3 in OF	3703	am 15.3.08						
Davon sind:	sind:	Fehlbedarf 08	Fehlbed. 08	Fehlbed. 09	Fehlbed. 10	Fehlbed. 11	Fehlbed. 12	Fehlbed. 13
22%	815	-345	-275	-115	5			
35%	1296	-826	-756	-596	-476	-326	-176	0

Ausbaustufen Hort gem. §24a SGB VIII					
	Plätze zum 15.3.08		Ausbau 08	Ausbau 09	Ausbau 10
Hort	690		125	125	150
		am 15.3.08			
Population 6-10 Jahre	4992	Fehlbedarf 08	Fehlbed. 08	Fehlbed. 09	Fehlbed. 10
Davon sind:	sind:				
22%	1098	-408	-283	-158	-8

Die Bedarfsdeckung für 22% der betroffenen Jahrgänge U3 bis 2010 in Offenbach ergibt sich aus der Novellierung des SGB VIII. Nach der Vereinbarung zwischen Bund und den Ländern zum Ausbau von Kindertagesplätzen bis 2013 soll der Bedarf für 35 % der entsprechenden Population gedeckt werden. Als Grundlage für die Ausbaustufen im Hort wurden die Bedarfsdeckung U3 analog angewendet.

Der mit der Novellierung des SGB VIII in 2005 definierte Bildungsauftrag an den öffentlichen Träger der Jugendhilfe bezogen auf die Kinder von 0 bis 6 Jahren und die Hortkinder lässt eine Kostensenkung zulasten der Angebotsqualität nicht zu. Es steht daher nicht zu erwarten, dass die Ausgaben in diesem Leistungsbereich gesenkt werden können. Im Gegenteil, die gesetzliche Verpflichtung zum bedarfsdeckenden Ausbau der Betreuung und Bildung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren bis zum Jahre 2013 lässt in erheblichem Umfang weitere Haushaltsbelastungen durch die Jugendhilfe erwarten. Hinzu kommt, dass diese Plätze wesentlich kostenintensiver als Kindergarten- oder Hortplätze sind.

Das Land beteiligt sich mit den Förderprogrammen „Knirps/Bambini“ zu einem geringen Teil an den Kosten. Die Elternbeiträge sind im Haushalt nicht verbucht, da diese dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten bzw. den freien Trägern zufließen.

Bei der Tagespflege, die die Beratung der Eltern, die Erteilung der Pflegeerlaubnis an qualifizierte Tagespflegepersonen sowie die Auszahlung der Tagessätze umfasst, beträgt durch Elternbeiträge und Zuweisungen des Landes der Kostendeckungsgrad 43 %. Der Ausbau der Kindertagespflege wird durch die Stadt Offenbach forciert, da es sich bei dieser Form der Tagesbetreuung um die günstigste zur Erfüllung des Rechtsanspruches handelt. Seit 2005 wurde die Anzahl der Kinder in Tagespflege von ca. 50 auf ca. 300 gesteigert. Damit wurde die Zahl der in Tagespflege betreuten Kinder von 2008 auf 2009 um 100 erhöht.

Je mehr Kinder die Einrichtungen in Anspruch nehmen, desto größer wird in Offenbach zudem die Summe der benötigten Kostenbeteiligung für Kinder aus Haushalten mit niedrigen Einkommen. Zusätzlich zu dieser Elternentlastung nach § 90 SGB VIII werden aufgrund des vom Land Hessen festgesetzten letzten freien Kindergartenjahres zusätzlich alle Eltern von Kindergartenkindern die Beitragskosten der Halbtagsbetreuung erlassen. Diese Kosten werden durch Landesmittel zu 100% gedeckt.

Die Höhe der Beiträge für Kindertagesstättenplätze ist von der Stadt Offenbach beeinflussbar. Aus diesem Grund wurde bereits 2008 eine Beitragserhöhung in Erwägung gezogen.

Für eine unterstellte Beitragserhöhung im Jahr 2008 von 10 % wurden die damals eintretenden Haushaltseffekte errechnet. Unter Berücksichtigung der Elternentlastung gem. § 90 SGB VIII ergab dies lediglich eine Nettoentlastung im Haushalt von ca. 82 T€.

Der bildungspolitische Schaden für die Offenbacher Familien sowie die standortpolitischen Folgen wiegt angesichts dieser Summe schwerer. Von einer Beitragserhöhung wurde und wird deshalb abgesehen.

Im Jahr 2009 flossen in die Berechnung der Abschreibung Daten ein, die in 2008 noch nicht vorlagen. In den Folgejahren werden die Abschreibungen aufgrund technischer Erfordernisse auf dem neu eingerichteten Produkt Anlagenbuchhalterische Vorgänge beplant und bebucht. Aus diesem Grund betragen die Sach- und Dienstleistungen im Rechnungsergebnis 2008 0 € und sind im Jahr 2009 entsprechend erhöht.

Die Kostendeckung sinkt von 9,3 % im Rechnungsjahr 2008 auf durchschnittlich 7,6 % ab dem Jahr 2009.

3.5.2 Jugendarbeit

Hierzu gehört das Produkt:

06.02.01 Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	83.673	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	325.907	314.720	414.720	414.720	414.720	414.720
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	409.580	314.720	414.720	414.720	414.720	414.720
Personalaufwand	-2.577.209	-3.027.907	-3.168.600	-3.169.000	-3.211.400	-3.211.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-405.482	-393.684	-323.786	-323.786	-323.696	-321.640
Zuschüsse, Umlagen	-829.152	-957.300	-1.140.300	-1.140.300	-1.140.300	-1.140.300
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.811.842	-4.378.891	-4.632.686	-4.633.086	-4.675.396	-4.673.340
Produktsaldo	-3.402.262	-4.064.171	-4.217.966	-4.218.366	-4.260.676	-4.258.620
Kostendeckungsgrad	10,7%	7,2%	9,0%	9,0%	8,9%	8,9%

In dem Produkt werden folgende Leistungen angeboten:

- Jugendsozialarbeit
- Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit
- Drittmittelfinanzierte Projekte
- Genderprojekte in der Jugendhilfe
- Freizeiten
- Schulsozialarbeit
- Bildung, Kooperation, Schulen

Neben Zuschüssen, die an Vereine und Verbände für deren Jugendarbeit gezahlt werden, wird im Bereich der Jugendsozialarbeit vor allem auch die Ganztagsbetreuung gefördert sowie die Zuschüsse zur Stadtranderholung an bedürftige Eltern gezahlt. Diese Ausgaben werden von der Stadt stabil gehalten. Aufgrund der Zuweisungen des Landes wird ein Kostendeckungsgrad von knapp 14 % erreicht.

Der Abschlussbericht zur 91. Vergleichenden Prüfung "Konsolidierung der Großstädte" des Landesrechnungshofes (im Folgenden VPKG genannt) stellte fest, dass in diesem Leistungsbereich der Stadt Offenbach kein Konsolidierungspotential festzustellen ist.

Hintergrund hierfür war ein erheblicher Stellenabbau in diesem Leistungsbereich seit Beginn der Haushaltssanierung und die umgesetzten Optimierungsprozesse für die gesamte Jugendarbeit im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses während der 90er Jahre.

Leistungserweiterungen wurden im Wesentlichen durch die Akquise von Drittmitteln ermöglicht, wobei ab dem Jahr 2010 die Zuschüsse vor allem für das Förderprogramm Stärken vor Ort auf 250 T€ verdoppelt und das Modell Ganztagschule um 30 T€ erhöht wird.

Für diese Aufgaben, die nach dem Sozialgesetzbuch VIII in den Zuständigkeitsbereich der Kommune fallen, die jedoch in ihrem Umfang und ihrer Ausgabenhöhe dem Bedarf in der Stadt angepasst werden müssen, erhält die Stadt Zuweisungen des Landes und der EU, die in 2009 11,3 % der Kosten decken. In diesem Produkt sind deshalb als freiwillig definierte Leistungen enthalten, die am Ende des 3. Kapitels noch einmal im Zusammenhang thematisiert werden. Insgesamt steigt der Kostendeckungsgrad von 7,2 % im Jahr 2009 auf 9,2 % im Jahr 2012, das Rechnungsergebnis 2008 wies eine Kostendeckung von fast 11 % aus.

3.5.3 Erzieherische und allgemeine Hilfen

Hierzu gehört das Produkt:

06.03.03 Erzieherische Hilfen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	6.945	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	3.343.039	2.723.950	3.062.200	3.062.200	3.062.200	3.062.200
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	3.349.984	2.723.950	3.062.200	3.062.200	3.062.200	3.062.200
Personalaufwand	-4.073.476	-2.448.526	-2.179.450	-2.179.450	-2.210.650	-2.210.650
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-171.151	-176.975	-210.171	-206.781	-210.171	-181.100
Zuschüsse, Umlagen	-12.159.728	-13.343.680	-14.504.680	-14.504.680	-14.504.680	-14.440.590
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-16.404.355	-15.969.181	-16.894.301	-16.890.911	-16.925.501	-16.832.340
Produktsaldo	-13.054.371	-13.245.231	-13.832.101	-13.828.711	-13.863.301	-13.770.140
Kostendeckungsgrad	20,4%	17,1%	18,1%	18,1%	18,1%	18,2%

Das Produkt beinhaltet die Leistungen

Hilfen zur Erziehung

Allgemeine Hilfen

Landesaufgaben Heimaufsicht

§ 27 Hifen zur Erziehung (Allgemein)

§ 42 Inohutnahme von Kindern und Jugendlichen

In diesem Bereich geht es u.a. um das Einleiten von Maßnahmen bei der Gefährdung des Kindeswohls. Die Hilfe zur Erziehung wird weiter ansteigen, da vor allem mehr Kinder in Obhut genommen werden mussten und voraussichtlich müssen. Grund hierfür ist die erhöhte

Sensibilität in der Bevölkerung und bei den Kinder betreuenden Berufsgruppen und der damit verbundenen höheren Quote von aufgedeckten Hilfebedarfen. Das im Mai 2008 beschlossene „Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei der Gefährdung des Kindeswohls“ wird die Einleitung von Hilfemaßnahmen beschleunigen und bei Bedarf unter Umständen deren Umsetzung erleichtern. In Offenbach werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Jahresdurchschnitt Januar bis August 2009) insgesamt 304 Kinder stationär oder teilstationär betreut. Es handelt sich also um eine kleine Population, die mit großem pädagogischen Aufwand betreut werden muss.

Die starke Reduzierung der Personalkosten in 2009 lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. Bis dahin waren dem in diesem Fall betroffenen Unterabschnitt mehrere Produkte zugeordnet. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Unterkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz. Dies erklärt im Umkehrschluss auch die vermeintlich gestiegenen Personalkosten im folgenden Produktbündel.

Im Rahmen des Kommunalen Lastenausgleichs werden von den Aufwendungen dieser Pflichtaufgabe in Höhe von 13,8 Mio. € knapp 2,1 Mio. € ersetzt. Der Kostendeckungsgrad verändert sich ab 2010 nur unwesentlich um 1 % auf insgesamt 18 %.

Die VPKG stellte fest, dass die Stadt Offenbach die niedrigste Zahl an Fällen der Hilfen zur Erziehung pro 1000 junge Menschen im Städtevergleich aufzuweisen hatte. Im Städtevergleich lag der nächstgünstigste Wert circa 80% über dem der Stadt Offenbach. Dies, obwohl die Stadt Offenbach sozialstrukturell im interkommunalen Vergleich quantitativ und qualitativ in überdurchschnittlichem Ausmaß Problemlagen zu bewältigen hat.

Entscheidend für das Aufkommen bei den Hilfen zur Erziehung sind die Fälle im System. Von daher kann festgestellt werden, dass unter Ausgabegesichtspunkten das Jugendhilfesystem in Offenbach effizient und effektiv funktioniert.

Die Tatsache, dass die Hilfen zur Erziehung subjektive Rechtsansprüche sind und nicht zu erwarten ist, dass die sozialen Problemlagen der Stadt Offenbach sich kurz- oder mittelfristig reduzieren lassen, schließt in diesem Geschäftsfeld der Jugendhilfe weitere Ausgabenreduktionen aus. Geringfügige Steigerungen in diesem Leistungsbereich wären angesichts der Ausgangslage bereits als Erfolg der Konsolidierungsanstrengungen in der Jugendhilfe anzusehen.

3.5.4 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Hierzu gehören die Produkte:

- 06.03.01. Allgemeine Förderung von Erziehung in der Familie (§§ 17, 28 und 52)
- 06.03.04. Kindschaftsrechtsangelegenheiten
- 06.06.01 Start-Projekt (Produktionsschule)

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	289.700	360.000	730.000	730.000	730.000	730.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	289.700	360.000	730.000	730.000	730.000	730.000
Personalaufwand	-38.223	-858.340	-1.346.000	-1.346.000	-1.365.200	-1.365.200
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-5.324	-18.762	-18.762	-18.762	-18.762	-13.025
Zuschüsse, Umlagen	-383.072	-679.570	-679.570	-679.570	-679.570	-679.570
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-426.618	-1.556.672	-2.044.332	-2.044.332	-2.063.532	-2.057.795
Produktsaldo	-136.918	-1.196.672	-1.314.332	-1.314.332	-1.333.532	-1.327.795
Kostendeckungsgrad	67,9%	23,1%	35,7%	35,7%	35,4%	35,5%

Die Personalkosten 2009 steigen im Vergleich zu 2008. Begründung siehe 3.5.3.

Für die Aufgabe der Unterstützung in Kindschaftsrechtsangelegenheiten gibt es keinen Kostenersatz. Eltern und Kinder sind bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen und Vaterschaftsfeststellungen zu unterstützen. Diese Leistungen sind per Gesetz ohne Gebührenerhebung bereitzustellen. Die Personalkosten haben die Kommunen zu tragen.

Diesem Produktbündel wurde auch das Start-Projekt zugeordnet. Es handelt sich um eine Produktionsschule für Jugendliche/junge Menschen, bei dem praktisches und theoretisches Lernen verzahnt wird (Produkt aus dem Bereich der Arbeitsförderung). Durch die Zuweisungen wird dort ein Kostendeckungsgrad von 86% erreicht.

Insgesamt sinkt der Kostendeckungsgrad des Rechnungsergebnisses 2008 von 67,9 % auf 35,7 % im Jahr 2010 aufgrund des stark gestiegenen Personalaufwands trotz der höheren Kostenerstattung im Bereich des Start-Projekts.

3.5.5 Zusammenfassung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	90.618	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	6.335.507	5.719.670	6.865.770	6.865.770	6.865.770	4.747.770
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	6.426.126	5.719.670	6.865.770	6.865.770	6.865.770	4.747.770
Personalaufwand	-6.688.908	-6.557.437	-6.832.650	-6.833.050	-6.927.750	-6.927.750
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-581.957	-1.048.505	-554.103	-550.713	-554.013	-516.065
Zuschüsse, Umlagen	-38.820.560	-44.937.600	-50.789.590	-51.796.780	-51.796.780	-16.344.370
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-46.091.425	-52.543.542	-58.176.343	-59.180.543	-59.278.543	-23.788.185
Produktsaldo	-39.665.299	-46.823.872	-51.310.573	-52.314.773	-52.412.773	-19.040.415
Kostendeckungsgrad	13,9%	10,9%	11,8%	11,6%	11,6%	20,0%

Dieser Bereich wird dominiert von den Zuschüssen an Träger zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Hierbei spielt die Erfüllung des bedarfsgerechten Angebots an Krabbel-, Hort- und Kindertagesplätzen eine zentrale Rolle.

Die Summe der Aufwendungen steigt im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe vom Rechnungsergebnis 2008 zum Haushaltsansatz 2010 um fast 13 Mio. €, die Erträge lediglich um 440 T€, so dass eine Saldendifferenz in Höhe von ca. 11,6 Mio. € entsteht. Der Anstieg resultiert vor allem aus dem Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, bei denen die Stadt Offenbach aufgrund gesetzlicher Vorgaben den Betreuungsanspruch sicherstellen muss. Auch bei dem zweiten großen Kostenfaktor, den erzieherischen Hilfen, hat die Stadt keinen Handlungsspielraum. Die Personensorgeberechtigten haben einen subjektiven Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn Sie von der Aufgabe eine dem Wohl ihrer Kinder gerecht werdenden Erziehung überfordert sind. Im akuten Gefährdungsfall muss das Jugendamt entsprechend handeln und teilweise Kinder auch entgegen dem Willen ihrer Erziehungsberechtigten in Obhut nehmen. Die in den letzten Jahren in der Presse kommunizierten Todesfälle von vernachlässigten Kindern und nicht rechtzeitig einsetzender Hilfe zeigen, dass in diesem Bereich keine 'falschen', d.h. der Aufgabe nicht angemessene, Mittelrestriktionen Platz greifen dürfen.

Der Kostendeckungsgrad bei diesen Leistungen, bei denen es sich überwiegend um Pflichtleistungen handelt, sinkt von 13,9 % im Jahr 2008 auf 10,5 % im Jahr 2013.

3.6. Gesundheitsdienste (Produktbereich 07)

3.6.1 Gesundheit und Veterinäraufsicht

Hierzu gehören die Produkte:

07.02.01	Überwachung von Lebensmittelbetrieben u. Erzeugnissen
07.02.02	Veterinäraufsicht: Tierschutz (tierschutzrechtliche Erlaubnisse, Überwachungen von Tierhaltungen und Tiertransporten)
07.02.03	Veterinäraufsicht: Tierseuchenbekämpfung
07.03.01	Begutachtung und gesundheitliche Belange
07.03.02	Gesundheitsförderung und Prävention
07.03.03	Gesundheitsschutz

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	358	100	100	100	0	0
Gebühren	287.131	238.000	250.500	250.500	241.500	227.500
Kostenerstattung	449.168	448.000	448.300	448.300	448.300	1.300
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	736.657	686.100	698.900	698.900	689.800	228.800
Personalaufwand	-1.909.182	-2.187.569	-2.181.200	-2.181.200	-2.211.100	-2.211.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-80.098	-106.843	-124.642	-121.102	-119.852	-96.315
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-551	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
Summe Aufwendungen	-1.989.831	-2.299.412	-2.310.842	-2.307.302	-2.335.952	-2.312.415
Produktsaldo	-1.253.175	-1.613.312	-1.611.942	-1.608.402	-1.646.152	-2.083.615
Kostendeckungsgrad	37,0%	29,8%	30,2%	30,3%	29,5%	9,9%

In dieser Tabelle sind die Pflichtaufgaben des Staatlichen Veterinäramtes und des Gesundheitsamtes gemeinsam dargestellt. Das Staatliche Veterinäramt ist seit 2005 kommunalisiert und in die Organisation der Stadt Offenbach eingebunden. Das Land stellt hierfür die erforderlichen Verwaltungskosten zur Verfügung, so dass die Organisationseinheit bei konstanten Erträgen und Aufwendungen kostendeckend arbeiten kann.

Die Gebühren, die als Gefahrenabwehrbehörde im Rahmen des Veterinärwesens gefordert werden, sind bei der hauptsächlichen Einnahmequelle, den Zweit/Nachkontrollen im Lebensmittelbereich, vorgegeben und von der Stadt in der Höhe nicht beeinflussbar. Andere Genehmigungen richten sich nach dem Aufwand und sind in einem bestimmten Rahmen vorgegeben. Da in Offenbach keine großen Betriebe zugelassen sind, von denen hohe Gebühren zu bezahlen wären (z.B. Geflügelzucht, Fleischgroßhandel), sind keine Einnahmesprünge zu erwarten.

Die Aufgaben in den Produkten Begutachtung gesundheitlicher Belange, Gesundheitsförderung und Prävention sowie Gesundheitsschutz finanzieren sich durch

Verwaltungsgebühren nach der Trinkwasserverordnung und aus den Gebühren für Untersuchungen. Diese Gebühren sind in der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministeriums vorgegeben und können von der Stadt Offenbach nicht verändert werden. In einigen Fällen gibt es einen vorgegebenen Rahmen, in dem die Gebühren nach Art und Umfang der Untersuchung variieren können. In halbjährlichen Treffen der Verwaltungsleiter werden u.a. auch diesbezüglich entsprechende Verfahrensgrundsätze besprochen. Während die Begutachtungen einen Kostendeckungsgrad von 45,7 % produzieren, liegt der Kostendeckungsgrad beim Gesundheitsschutz bei 3 % und bei der Gesundheitsvorsorge bei 2 %.

Die Kostenerstattung sinkt dramatisch in 2013, da die Kostenpauschale nach Art. 1 Abs. 5 Kommunalisierungsgesetz eine letzte Ausgleichszahlung im Jahr 2012 vorsieht.

Die Aufwendungen für Personal steigen im Jahr 2009, da mehrere Doppelbesetzungen höher dotierter Stellen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase erfolgt sind.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich aufgrund eines weiter steigenden Bedarfs bzw. aufgrund höherer Preise für Praxis- und Laborbedarf sowie der Instandhaltung von Büromaschinen und Einrichtungen. Dies ist auch künftig planerisch und faktisch nicht auszuschalten, da bestimmte Ereignisse nicht steuerbar sind (z. B. Anzahl der Laboruntersuchungen, Anzahl der Tbc-Umgebungsuntersuchungen). Auch Preissteigerungen sind schlecht kalkulierbar.

Der Kostendeckungsgrad insgesamt sinkt dementsprechend von 37,0% im Rechnungsergebnis 2008 auf 9,9% im Jahr 2013.

In diesem sensiblen Bereich der Gefahrenabwehr können die Aufwendungen, vor allem im Personalbereich nicht mehr nach unten reduziert werden, ohne den Auftrag, die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten, zu gefährden. Das Stadtgesundheitsamt kann mit dem vorhandenen Personal generell nur versuchen, die gesetzlich vorgegebenen Pflichtaufgaben zu erledigen. Viele dieser Aufgaben können nicht in dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfang wahrgenommen werden, so dass in beiden Bereichen eine Erledigung nur durch Setzen von Prioritäten möglich ist.

3.7. Sportförderung (Produktbereich 08)

3.7.1 Sportförderung

Hierzu gehört das Produkt:

08.01.01 Sportförderung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	21.305	37.550	36.000	36.000	38.000	38.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	28.842	34.000	34.000	34.000	37.000	37.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670
Summe Erträge	57.817	79.220	77.670	77.670	82.670	82.670
Personalaufwand	-304.283	-171.541	-169.900	-169.900	-172.300	-172.300
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-266.671	-250.710	-250.570	-251.828	-251.968	-267.404
Zuschüsse, Umlagen	-967.402	-832.190	-871.830	-845.560	-845.560	-850.860
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250
Summe Aufwendungen	-1.549.606	-1.265.691	-1.303.550	-1.278.538	-1.281.078	-1.301.814
Produktsaldo	-1.491.789	-1.186.471	-1.225.880	-1.200.868	-1.198.408	-1.219.144
Kostendeckungsgrad	3,7%	6,3%	6,0%	6,1%	6,5%	6,4%

Die Aufgaben in diesem Bereich werden den freiwilligen Aufgaben zugeordnet.

Ab 2009 wird mit höheren privatrechtlichen Entgelten für TeilnehmerInnen der von der Stadt finanzierten Sportkurse gerechnet. Diese variieren je nach Teilnehmerzahl und angebotener Dauer. Die Kursgebühren wurden im Jahr 2008 angehoben, um eine bessere Kostendeckung zu erreichen.

Das niedrige Rechnungsergebnis 2008 ergibt sich aus rückläufigen sportärztlichen Untersuchungen, somit reduziert sich der Zuschuss vom Landessportbund.

Die Personalaufwendungen müssen hier im Kontext zu Produkt 08.02.01 gesehen werden. Hier gab es eine Umstrukturierung der Kosten auf diese zwei Produkte. In der Gesamtsumme beider Produkte erklärt sich die Erhöhung der Personalausgaben im Jahr 2008, da eine Beurlaubungsrückkehr eingeplant war. Die Reduzierung erklärt sich durch die Stellenverlagerung zu einem anderen Amt.

Ab dem Jahr 2009 ist bei den Sach- und Dienstleistungen mit reduziertem Aufwand zu rechnen, da geringere Hallenmieten anfallen, z.B. durch Verlegung von Veranstaltungen aus der Stadthalle in die Mathildenschule und keine Mittel für Sportveranstaltungen mit den Partnerstädten vorgesehen sind.

Das Rechnungsergebnis 2008 bei den Zuschüssen war bezogen auf die Haushaltsplanung um 91 T€ erhöht. Grund hierfür waren noch offene Rechnungen für Platzwarte und Hausmeisterdienste. Die Zuschüsse an Sportvereinigungen entsprechen in 2010 den bereits in 2008 eingeplanten Beträgen.

Grundsätzlich erfolgt die Auszahlung nach den städtischen Sportförderrichtlinien auf Antrag.

Ab dem Haushaltsjahr 2009 werden die städtischen Aufwendungen für die Sportförderung im Rahmen der Budgetvereinbarungen auf ca. 1,2 Mio. € fixiert. Ziel ist es, noch verstärkter private Gelder im Rahmen des Fundraisings zu akquirieren. Die Kostendeckung dieser freiwilligen Aufgabe erhöht sich somit auf über 6 %.

3.7.2 Sportstätten und Badesees

Hierzu gehört das Produkt:

08.02.01 Sportstätten und Badesees

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	23.057	19.660	19.660	19.660	19.660	19.700
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	23.421	30.640	27.460	27.460	27.500	27.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	46.478	50.300	47.120	47.120	47.160	47.200
Personalaufwand	-30.682	-194.754	-193.600	-194.200	-197.200	-197.200
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.433.681	-1.604.859	-1.442.484	-1.556.876	-1.616.986	-1.627.126
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.464.363	-1.799.613	-1.636.084	-1.751.076	-1.814.186	-1.824.326
Produktsaldo	-1.417.885	-1.749.313	-1.588.964	-1.703.956	-1.767.026	-1.777.126
Kostendeckungsgrad	3,2%	2,8%	2,9%	2,7%	2,6%	2,6%

Auch hier handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, deren Saldo ab 2009 auf ca. 1,7 Mio. € stabilisiert ist, im Jahr 2010 lediglich 1,6 Mio. €, so dass auch die Kostendeckung bei durchschnittlich 2,7 % eingeplant ist. Im Jahr 2008 konnten 3,2 % erreicht werden.

Bei den privatrechtlichen Entgelten handelt es sich um Dienstwohnungen, für deren Erträge in der Haushaltsplanung Durchschnittswerte inklusive möglicher Leerstände eingeplant sind.

Die Kostenerstattung für 2009 wurde positiver als in den Folgejahren geplant, aufgrund höherer Beiträge der Vereine durch gestiegene Energiekosten.

Die Personalaufwendungen müssen im Kontext zu Produkt 08.01.01 gesehen werden. Hier gab es eine Umstrukturierung der Kosten auf diese zwei Produkte. In der Gesamtsumme beider Produkte erklärt sich die Erhöhung der Personalausgaben im Jahr 2008, da eine

Beurlaubungsrückkehr eingeplant war. Die Reduzierung erklärt sich durch die Stellenverlagerung zu einem anderen Amt.

Die Sach- und Dienstleistungen wurden bei der Planung 2010 dem Rechnungsergebnis 2008 angepasst. In den Folgejahren muss jedoch mit steigenden Kosten gerechnet werden. Grund sind höhere Aufwendungen bei der Instandhaltung und Pflege der Sportanlagen und Lohnerhöhungen bei Platzwarten und Hausmeisterdiensten.

3.7.3 Zusammenfassung Sportförderung

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	44.362	57.210	55.660	55.660	57.660	57.700
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	52.263	64.640	61.460	61.460	64.500	64.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670
Summe Erträge	104.295	129.520	124.790	124.790	129.830	129.870
Personalaufwand	-334.964	-366.295	-363.500	-364.100	-369.500	-369.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.700.352	-1.855.569	-1.693.054	-1.808.704	-1.868.954	-1.894.530
Zuschüsse, Umlagen	-967.402	-832.190	-871.830	-845.560	-845.560	-850.860
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250
Summe Aufwendungen	-3.013.969	-3.065.304	-2.939.634	-3.029.614	-3.095.264	-3.126.140
Produktsaldo	-2.909.673	-2.935.784	-2.814.844	-2.904.824	-2.965.434	-2.996.270
Kostendeckungsgrad	3,5%	4,2%	4,2%	4,1%	4,2%	4,2%

Die freiwilligen Maßnahmen der Sportförderung liegen konstant bei ca. 2,9 Mio. € und einem Kostendeckungsgrad von etwas mehr als 4 %.

Die Zuschüsse an Vereine und Verbände betragen weniger als 900 T€ und sind so festgesetzt, dass eine sinnvolle Betätigung noch möglich ist. Die Vereine leisten einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag zur sozial- und sportpolitischen Gestaltung in Offenbach, auch gerade in der Arbeit mit Senioren, Migranten und insbesondere Kindern und Jugendlichen.

3.8. Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen (Produktbereich 09)

3.8.1 Stadterneuerung

Hierzu gehört das Produkt:

09.01.01 Aktivierung und Neuordnung von Bauland
09.01.06 Räumliche Planung

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	8.415	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
Kostenerstattung	201.495	299.770	135.000	135.000	135.000	135.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	209.910	306.270	141.500	141.500	141.500	141.500
Personalaufwand	-1.928.991	-1.938.072	-2.029.800	-2.029.800	-2.057.400	-2.057.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-425.719	-844.083	-623.897	-624.417	-624.517	-614.764
Zuschüsse, Umlagen	-75.613	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.430.323	-2.865.355	-2.736.897	-2.737.417	-2.765.117	-2.755.364
Produktsaldo	-2.220.413	-2.559.085	-2.595.397	-2.595.917	-2.623.617	-2.613.864
Kostendeckungsgrad	8,6%	10,7%	5,2%	5,2%	5,1%	5,1%

In diesem Produktbündel sind zwei Produkte zur Stadtplanung zusammengefasst.

Das Produkt der Aktivierung und Neuordnung von Bauland beinhaltet u.a. die Prüfung von Vorkaufsrechten sowie die Durchführung von Bebauungsplan- und Umlegungsverfahren. Für das Vorkaufsrecht kann eine Schreibgebühr erhoben werden, die sich nach dem Wert des Grundstücks staffelt. Nach vorsichtiger Schätzung ist ab 2009 mit geringeren Verwaltungsgebühren zu rechnen.

Diese beiden Aufgaben gehören zu den Pflichtaufgaben, wobei die Stadt Handlungsspielraum bei der Ausweisung der Baulandflächen hat. Da sie der dringend benötigten Strukturverbesserung und Einnahmeentwicklung der Stadt dienen, besteht in Offenbach entsprechender Handlungsbedarf.

Für die Stadtentwicklungsplanungen mit mittel- / langfristiger Perspektive sowie konzeptionelle Planungen (z.B. Verkehrsmanagement), die das Produkt Räumliche Planung ausmachen, gibt es keine monetär messbaren Ertragspositionen. Auch bei der Beratung von Investoren, Architekten, Bauherrn und Bürgern sowie der Stellungnahme aus planungsrechtlicher Sicht im Baugenehmigungsverfahren können keine Gebühren erhoben werden, so dass hier keinerlei Kostendeckung vorhanden ist. Zum Aufgabengebiet gehören außerdem die Mitwirkung am Flächennutzungsplan, Stellungnahmen zu Bauvorhaben Dritter und die Verhandlungen bei städtebaulichen Verträgen. Für diese kommunalen Pflichtaufgaben können ebenfalls keine Gebühren verlangt werden.

Im Produkt Räumliche Planung werden allerdings die Zuweisungen des Landes im Rahmen von Hegiss (Hessische Gemeinschaftsinitiative soziale Stadt) gebucht. Hier wird bei der Kostenerstattung im Jahr 2009 ein höherer Zuschuss aus diesem Projekt erwartet. Außerdem wird Offenbach für das Projekt Aktive Kernbereiche 94 T€ aus den Zuwendungen des Landes erhalten.

Die Sach- und Dienstleistungen steigen in 2009 um 440 T€, davon allein 200 T€ aufgrund der Ausgaben für das Projekt Aktive Kernbereiche für die ab 2010 100 T€ eingeplant sind. Die restliche Erhöhung im Jahr 2009 erklärt sich aus Umbuchungen im Bereich der EDV-wartungs- und Telekomkosten sowie aus technischem Verbrauchsmaterial, das im Jahr 2008 an anderer Stelle gebucht wurde.

Der Kostendeckungsgrad wird ab 2010 konstant 5 % betragen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die zu erwartenden Zuwendungen aus den Zuwendungsbescheiden für "Aktive Kernbereiche" ab 2010 in der Planung noch keinen Niederschlag gefunden haben.

3.8.2 Grundstückswertermittlung

Hierzu gehören die Produkte:

09.01.03 Grundstückswertermittlung

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	37.038	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	37.038	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Personalaufwand	-8.230	-171.289	-169.900	-169.900	-172.200	-172.200
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-3.379	-13.242	-13.110	-13.210	-13.260	-12.710
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-11.608	-184.531	-183.010	-183.110	-185.460	-184.910
Produktsaldo	25.429	-144.531	-143.010	-143.110	-145.460	-144.910
Kostendeckungsgrad	319,1%	21,7%	21,9%	21,8%	21,6%	21,6%

Bei der Grundstückswertermittlung, einer Pflichtaufgabe, werden Gutachtergebühren fällig, die sich nach der Landesdurchführungsverordnung zum Baugesetzbuch richten. Sie sind somit von der Stadt Offenbach nicht beeinflussbar. Im Jahr 2008 wurden weniger Grundstücke bewertet. Für die Folgejahre wird jedoch wieder mit einem etwas höheren Ertrag gerechnet. Der Kostendeckungsgrad ist in diesem Jahr so hoch, da der tatsächliche Personalaufwand anderen Unterabschnitten zugeordnet worden war.

Aufgrund der Umstrukturierung der Produkte wurden ab dem Jahr 2009 neue Unterabschnitte gebildet, so dass die Personalaufwendungen für dieses Produkt steigen. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Untersachkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten.

Die Sach- und Dienstleistungen steigen in 2009 um 10 T€ aufgrund von Umbuchungen im Bereich der EDV-Wartungs- und Telekomkosten sowie der im Durchschnitt höher einzuplanenden Umsatzsteuer des Gutachterausschusses Hessen.

Der Saldo dieses Produktbündels erhöht sich aufgrund der neu zugeordneten Personalaufwendungen um 163 T€. Der Kostendeckungsgrad wird ab 2009 und in den Folgejahren 22 % betragen.

Einflussmöglichkeiten auf höhere Erträge hat die Stadt in diesem Bereich nicht.

3.8.3 Raumbezogene Informationssysteme, Flughafenausbau

Hierzu gehören die Produkte:

- 09.01.02 Erhebung und Bereitstellung von Geobasisdaten
- 09.01.04 Raumbezogene Informationssysteme und kartografische Produkte
- 09.01.05 Projekt „HEGISS“
- 09.01.09 Integrierte Handlungskonzepte zum /gegen Flughafenausbau Frankfurt/Main

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	18.397	50.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Gebühren	129.277	100.000	100.000	60.000	60.000	60.000
Kostenerstattung	0	0	250	250	250	250
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	147.674	150.000	130.250	90.250	90.250	90.250
Personalaufwand	-1.183.720	-1.166.199	-1.158.800	-1.158.800	-1.175.100	-1.175.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-364.021	-80.699	-84.251	-84.481	-84.681	-82.460
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.547.741	-1.246.898	-1.243.051	-1.243.281	-1.259.781	-1.257.560
Produktsaldo	-1.400.067	-1.096.898	-1.112.801	-1.153.031	-1.169.531	-1.167.310
Kostendeckungsgrad	9,5%	12,0%	10,5%	7,3%	7,2%	7,2%

Das Produkt 09.01.02 beinhaltet die Bereitstellung von digitalen Geobasisdaten. Die hierfür nach Satzung erhobenen Vermessungsgebühren sind dynamisch an die Erhöhungen der Verwaltungskostenordnung des Landes Hessen angepasst. Durch diese Erträge wird ein Kostenbeitrag geleistet, so dass sich der Kostendeckungsgrad stabil auf 20,7 % beläuft.

Beim Produkt 09.01.04 - Raumbezogene Informationssysteme und kartografische Produkte - werden durch den Verkauf von Karten, Plänen und sonstigen Geobasisdaten (z. B. Koordinaten von Grenz-, Gebäude- und sonstigen topografischen Punkten) im Rahmen des Ausbaus des Geografischen Informationssystems (GIS) in digitaler und analoger Form an private und städtische Gesellschaften im Jahr 2010 6,7 % Kostendeckung erzielt. Die oben genannten Erträge resultieren ausschließlich aus dem Erlös der Pläne. Die bereitgehaltenen Geobasisdaten werden aber nicht zu diesem Zwecke erhoben, sondern werden für städtische Vorhaben benötigt. Durch den Verkauf an Dritte wird eine zusätzliche Einnahmemöglichkeit erschlossen.

Diese beiden Aufgaben lassen sich nicht direkt aus dem Baugesetzbuch ableiten, doch sind diese Leistungen erforderlich, um z. B. Bebauungspläne aufstellen oder Baulandumlegungen abwickeln zu können. So kann ein Bebauungsplan nur auf der Basis einer aktuellen Karte erstellt werden. Um eine aktuelle Karte vorzuhalten, sind Bestandsaufnahmen durch Vermessungen oder Luftbildauswertungen erforderlich, so dass diese Aufgaben nicht als freiwillige Leistungen definiert werden können.

Beim Projekt „HEGISS“ (Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt) handelt es sich um ein vom Land gefördertes Projekt zur sozialen Stadtentwicklung, das zu den freiwilligen Leistungen gehört. Für die Teilnahme hat sich die Stadt Offenbach entschieden, da die Aufwendungen zu 70 % durch Fördermittel gedeckt werden. Die Zuwendungen werden im Produkt 09.01.06 Räumliche Planung aufgeführt.

Auch bei dem Produkt Integrierte Handlungskonzepte zum/gegen den Flughafen ausbau Frankfurt/Main handelt es sich um eine freiwillige Aufwendung. Die Mittel müssen zur Wahrung der Offenbacher Rechtsposition u.a. durch Stellungnahmen und Klageverfahren zur Verfügung gestellt werden. Eine Ertragsposition ist nicht vorhanden. Die Aufwendungen in diesem Bereich betragen für das Rechnungsjahr 2008 fast 300 T€. Ab 2009 sind Kosten in Höhe von 300 T€ im Produkt 01.01.09 Rechtsangelegenheiten eingestellt.

Der Kostendeckungsgrad schwankt abhängig von den vereinnahmten Vermessungsgebühren zwischen 9,5 % in 2008 und 7,2 % in 2013.

3.8.4 Zusammenfassung Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	18.397	50.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Gebühren	174.730	146.500	146.500	106.500	106.500	106.500
Kostenerstattung	201.495	299.770	135.250	135.250	135.250	135.250
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	394.622	496.270	311.750	271.750	271.750	271.750
Personalaufwand	-3.120.941	-3.275.560	-3.358.500	-3.358.500	-3.404.700	-3.404.700
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-793.119	-938.024	-721.258	-722.108	-722.458	-709.934
Zuschüsse, Umlagen	-75.613	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.989.672	-4.296.784	-4.162.958	-4.163.808	-4.210.358	-4.197.834
Produktsaldo	-3.595.051	-3.800.514	-3.851.208	-3.892.058	-3.938.608	-3.926.084
Kostendeckungsgrad	9,9%	11,5%	7,5%	6,5%	6,5%	6,5%

Die Steigerung bei den Aufwendungen im Jahr 2009 ist vor allem auf die Erhöhung der Personalaufwendungen und auf die beschriebenen höheren Aufwendungen für Dienst- und Sachleistungen zurückzuführen.

Da es sich fast ausschließlich um Pflichtleistungen mit Erträgen handelt, bei denen die Gebühren vorgegeben sind, hat die Stadt keinen spürbaren Einfluss auf eine Ertragssteigerung und damit auf eine Erhöhung der Kostendeckung, die von 9,9 % im Rechnungsergebnis 2008 auf 6,5 % im Jahr 2013 sinkt - allerdings noch ohne die erwarteten Zuwendungen aus den Zuwendungsbescheiden für "Aktive Kernbereiche".

3.9. Bauen und Wohnen (Produktbereich 10)

3.9.1 Bauaufsicht

Hierzu gehört das Produkt:

10.01.01 Bauaufsicht

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	19.260	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Gebühren	2.530.970	1.292.190	1.292.190	1.292.190	1.292.190	1.292.190
Kostenerstattung	-3.583	47.630	48.310	48.310	48.310	48.310
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	2.546.647	1.359.820	1.360.500	1.360.500	1.360.500	1.360.500
Personalaufwand	-1.202.915	-1.103.231	-1.029.100	-1.029.100	-1.043.500	-1.043.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-38.730	-90.030	-91.380	-91.380	-91.380	-91.380
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-67.780	-67.780	-67.780	-67.780	-67.780	-67.780
Summe Aufwendungen	-1.309.425	-1.261.041	-1.188.260	-1.188.260	-1.202.660	-1.202.660
Produktsaldo	1.237.223	98.779	172.240	172.240	157.840	157.840
Kostendeckungsgrad	194,5%	107,8%	114,5%	114,5%	113,1%	113,1%

Bei dem Produkt Bauaufsicht handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Baugesetzbuch. Die dort erhobenen Gebühren (gilt auch für Abweichungs- und Befreiungsgebühren) werden auf der Grundlage der Bauaufsichtsgebührensatzung der Stadt Offenbach a.M. vom 03.05.1988, die Stellplatzabgabe wird auf der Grundlage der Stellplatzsatzung vom 30.10.1997 erhoben. Im Bedarfsfall wird die Verwaltungskostenordnung des Landes Hessen herangezogen. Die Höhe der jeweiligen Gebührentatbestände ist seit dem Inkrafttreten der Satzung unverändert geblieben. Das Ersetzen der Satzung durch das Übernehmen der entsprechenden Tatbestände aus der Verwaltungskostenordnung des Landes würde nach Einschätzung des Bauaufsichtsamtes zu einer Senkung der Gebühreneinnahmen und damit zu Einnahmeverlusten führen.

Die prognostizierten Mehreinnahmen im Jahr 2008 gehen überwiegend auf höhere Gebühren im Zusammenhang mit der Genehmigung eines großen Bauprojekts zurück. Deshalb wird in diesem Jahr das Bauaufsichtsamt mit einem größeren Überschuss arbeiten, aber auch in den Folgejahren beträgt die Kostendeckung mehr als 100 %.

Bei dem im Rechnungsergebnis 2008 geringeren Aufwand im Bereich der Sach- und Dienstleistungen handelt es sich vor allem um nicht benötigte Mittel für die Beseitigung ordnungswidriger Zustände und für die Auslagen für Statiker-/ Prüfgebühren. Bei den Mitteln für die Beseitigung ordnungswidriger Zustände werden Missstände, die durch Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen, im Wege der Ersatzvornahme von der Stadt Offenbach beseitigt, sofern die verantwortlichen Bürger den Missstand nicht selbst

beheben. Die Bürger sind dann zur Erstattung der Aufwendungen verpflichtet. Bei den Auslagen für Statiker-/ Prüfgebühren ist die Stadt, die den Prüfauftrag erteilt hat, gehalten, die entsprechenden Gebühren, die der Bauherr wegen Zahlungsunfähigkeit etc. nicht zahlen kann, vorzufinanzieren. (Hier kann Gefahr im Verzug sein oder es ist ein Grundstück von Schutt oder Müll zu räumen.) Diese Kosten werden über die Vollstreckungsstelle beigetrieben.

Dieser Bereich kann auf Dauer jedoch nur dann einen ausgeglichenen Produktsaldo aufweisen, wenn größere Bauvorhaben für entsprechende Gebühreneinnahmen sorgen.

3.9.2 Grundstücksgeschäfte und Erbbaurechte

Hierzu gehört das Produkt:

10.01.02 Abwicklung von Grundstücksgeschäften sowie Bereitstellung und Verwaltung von Erbbaurechten

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	5.345.126	9.150.000	7.790.000	7.790.000	7.790.000	3.040.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	5.345.126	9.150.000	7.790.000	7.790.000	7.790.000	3.040.000
Personalaufwand	-398.529	-293.741	-335.800	-335.800	-340.100	-340.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-17.790	-7.705	-9.695	-9.695	-9.695	-9.695
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-416.319	-301.446	-345.495	-345.495	-349.795	-349.795
Produktsaldo	4.928.807	8.848.554	7.444.505	7.444.505	7.440.205	2.690.205
Kostendeckungsgrad	1283,9%	3035,4%	2254,7%	2254,7%	2227,0%	869,1%

Im Jahr 2009 wird mit besonders hohen Erträgen bei den Grundstücksverkäufen gerechnet. Die eingenommenen Mittel dienen der Finanzierung des Schulbauprojekts. (siehe auch Kapitel 6.)

Die Personalkosten sinken im Jahr 2009 um 100 T€, weil zunächst eine Stelle dort nicht mehr besetzt war. Im Laufe des Jahres wurde dafür eine andere höher dotierte Stelle der Organisationseinheit zugeordnet. Dies hatte dann Auswirkungen auf die Planung 2010.

Die höheren Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2008 erklären sich aus letztmalig benötigten Gerichtskosten für ein seit mehreren Jahren laufendes gerichtliches Streitverfahren wegen einer Schadenersatzforderung aus einem Grundstücksverkauf.

3.9.3 Verwaltung von Grundstücken, Wohnungsbau, Landwirtschaft

Hierzu gehört das Produkt:

10.01.03 Verwaltung und Bewirtschaftung bebauter und unbebauter Grundstücke (Wohn- und Gewerbeliegenschaften, Wohnungsbau, Landwirtschaft, Kleingärten) für externe Nutzer

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.654.770	1.514.070	1.558.720	1.478.720	1.478.720	1.478.720
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.654.770	1.514.070	1.558.720	1.478.720	1.478.720	1.478.720
Personalaufwand	0	-83.229	-94.300	-94.300	-95.500	-95.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-747.905	-1.040.818	-907.909	-768.055	-768.055	-768.055
Zuschüsse, Umlagen	-39.279	-46.920	-47.200	-47.200	-46.470	-46.470
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-256.960	-255.730	-44.580	-44.580	-44.580	-44.580
Summe Aufwendungen	-1.044.145	-1.426.697	-1.093.989	-954.135	-954.605	-954.605
Produktsaldo	610.625	87.373	464.731	524.585	524.115	524.115
Kostendeckungsgrad	158,5%	106,1%	142,5%	155,0%	154,9%	154,9%

Ab 2009 sinken die Erträge für die Miete von Verwaltungs- und Gewerberäumen durch den Verkauf von Gebäuden.

Das fehlende Rechnungsergebnis beim Personalaufwand lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Untersachkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich im Jahr 2009 signifikant vor allem aufgrund einmaliger Abschreibungen in Höhe von fast 310 T€. Im Jahr 2010 werden diese aufgrund technischer Erfordernisse auf dem neu eingerichteten Produkt Anlagenbuchhalterische Vorgänge beplant und bebucht.

Beim inneren und kalkulatorischen Aufwand werden aus dem gleichen Grund in 2008 und 2009 50 T€ Abschreibungen und die Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe von 155 T€ verbucht.

Dieses Produkt arbeitet kostendeckend, allerdings wirkt sich hier die Abschreibung im Jahr 2009 negativ auf den Produktsaldo aus.

3.9.4 Fehlbelegungsabgabe

Hierzu gehört das Produkt:
10.02.02 Fehlbelegungsabgabe

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	876.155	685.000	685.000	685.000	685.000	685.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	227	1.000	1.000	300	300	300
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	876.381	686.000	686.000	685.300	685.300	685.300
Personalaufwand	0	-77.217	-78.000	-78.000	-78.900	-78.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	0	-12.840	-12.840	-12.090	-12.090	-10.960
Zuschüsse, Umlagen	-72.351	-90.000	-90.000	-75.000	-75.000	-75.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-72.351	-180.057	-180.840	-165.090	-165.990	-164.860
Produktsaldo	804.031	505.943	505.160	520.210	519.310	520.440
Kostendeckungsgrad	1211,3%	381,0%	379,3%	415,1%	412,9%	415,7%

Die von Mietern in Sozialwohnungen aufgrund von Einkommensüberschreitung erhobene Fehlbelegungsabgabe bemisst sich nach einem vom Land vorgeschriebenen Schlüssel.

Die im Rechnungsergebnis 2008 erreichten Erträge werden zukünftig so nicht erwartet, weil die Zahl der Sozialwohnungen in den nächsten Jahren abnehmen wird. Außerdem ist bei vielen Haushalten durch die Wirtschaftskrise Einkommen entfallen (z.B. durch Kurzarbeit).

Das fehlende Rechnungsergebnis Personalaufwand lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Untersachkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz.

Die Einnahmen werden im Finanzhaushalt zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verausgabt, wobei 10 % als Bearbeitungspauschale bei der Stadt Offenbach verbleiben.

Die Beratung der Bürger wird über das nachfolgende Produkt Wohnbauförderung dargestellt.

3.9.5 Wohnbauförderung

Hierzu gehört das Produkt:

10.02.03 Wohnbauförderung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	315.636	586.000	586.000	526.000	511.000	486.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	315.636	586.000	586.000	526.000	511.000	486.000
Personalaufwand	0	-90.243	-83.300	-83.300	-84.600	-84.600
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-210	-610	-610	-610	-400	-400
Zuschüsse, Umlagen	-63.441	-190.000	-190.000	-190.000	-190.000	-190.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-63.651	-280.853	-273.910	-273.910	-275.000	-275.000
Produktsaldo	251.986	305.147	312.090	252.090	236.000	211.000
Kostendeckungsgrad	495,9%	208,7%	213,9%	192,0%	185,8%	176,7%

Im Rahmen der Beratung und Prüfung von Wohnungsbauprojekten werden nach bestimmten Kriterien Zuschüsse / Darlehen des Bundes / Landes und der Stadt vergeben.

Die Mehreinnahmen aufgrund privatrechtlicher Entgelte ergeben sich aus der vertraglichen Rückzahlungspflicht der Bezuschussten.

Bei der Wohnbauförderung handelt es sich um eine Pflichtaufgabe aufgrund des Hessischen Gesetzes zur Ausführung des Wohnraumförderungsgesetzes, für die die Stadt keine Personalkostenerstattung erhält.

Im Rechnungsergebnis 2008 sind aufgrund der Bildung neuer Unterabschnitte im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Produkte nur geringe Personalkosten ausgewiesen. (Nähere Begründung siehe bitte 3.9.4)

Die Zuschüsse an die GBO werden ab 2009 geringer ausfallen als in obenstehender Tabelle noch dargestellt. Zu dem Zeitpunkt als die Planung erfolgte, musste noch von einem wesentlich höheren Zuschussbedarf seitens der GBO ausgegangen werden. Die Beträge werden über den Nachtragshaushalt 2009 und die Planung 2010 entsprechend angepasst.

Die Einnahmen der damit verbundenen Fehlbelegungsabgabe werden im Finanzhaushalt, abzüglich der Einnahmen aus Wohnungen der Landesbediensteten, zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verausgabt. Die Wohnbauförderung arbeitet kostendeckend.

3.9.6 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Bauen und Wohnen

Hierzu gehören die Produkte:

10.02.01	Wohnberechtigung
10.03.01	Denkmalschutz

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	30	30	30	30	30
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	0	30	30	30	30	30
Personalaufwand	0	-188.210	-185.800	-185.800	-187.900	-187.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-9.000	-12.400	-13.150	-13.150	-13.150	-10.670
Zuschüsse, Umlagen	-848	-1.060	-1.060	-1.060	-1.060	-1.060
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-9.848	-201.670	-200.010	-200.010	-202.110	-199.630
Produktsaldo	-9.848	-201.640	-199.980	-199.980	-202.080	-199.600
Kostendeckungsgrad	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%

Die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen für öffentlich geförderte Wohnungen an Anspruchsberechtigte ist laut Gesetz gebührenfrei zu erstellen. Aus diesem Grund können für die Erstellung dieses Produkts keine Erträge generiert werden. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe.

Im Rechnungsergebnis 2008 sind aufgrund der Bildung neuer Unterabschnitte im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Produkte nur geringe Personalkosten ausgewiesen. (Nähere Begründung siehe bitte 3.9.4)

Die Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich aufgrund der neuen Verbuchung von Telefonkosten im Bereich Denkmalschutz.

In diesem Produkt, Denkmalschutz ist ebenfalls eine Pflichtaufgabe, dürfen keine Gebühren erhoben werden. Dies entspricht der Regelung in ganz Hessen.

3.9.7 Zusammenfassung Bauen und Wohnen

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	8.210.947	11.955.100	10.639.750	10.499.750	10.484.750	5.709.750
Gebühren	2.530.970	1.292.190	1.292.190	1.292.190	1.292.190	1.292.190
Kostenerstattung	-3.356	48.630	49.310	48.610	48.610	48.610
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	10.738.561	13.295.920	11.981.250	11.840.550	11.825.550	7.050.550
Personalaufwand	-1.601.444	-1.835.871	-1.806.300	-1.806.300	-1.830.500	-1.830.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-813.635	-1.164.403	-1.035.584	-894.980	-894.770	-891.160
Zuschüsse, Umlagen	-175.919	-327.980	-328.260	-313.260	-312.530	-312.530
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-324.740	-323.510	-112.360	-112.360	-112.360	-112.360
Summe Aufwendungen	-2.915.737	-3.651.764	-3.282.504	-3.126.900	-3.150.160	-3.146.550
Produktsaldo	7.822.823	9.644.156	8.698.746	8.713.650	8.675.390	3.904.000
Kostendeckungsgrad	368,3%	364,1%	365,0%	378,7%	375,4%	224,1%

Der Produktbereich weist aufgrund der Einnahmeerlöse durch den Grundstücks- und Gebäudeverkauf insgesamt beachtliche Erträge mit einer hohen Kostendeckung auf. Dabei sind die mit der Erzielung von Verkäufen vereinnahmten Erträge für die Investitionen des Schulbauprogramms vorgesehen. Hier gibt es entsprechende Schwankungsbreiten, die von der tatsächlichen Verkaufsreife abhängen. Die Einnahmen der Fehlbelegungsabgabe werden im Finanzhaushalt zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verausgabt.

Die Aufwendungen steigen vor allem im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2008 aufgrund der Umbuchungen bei den Personalaufwendungen und der erwähnten Erhöhungen bei den Sach- und Dienstleistungen.

3.10. Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV (Produktbereich 12)

3.10.1 Gemeinde- und Kreisstraßen

Hierzu gehören die Produkte:

- 12.01.01 Gemeindestraßen – Planung und Bau von Verkehrsanlagen
- 12.02.01 Kreisstraßen – Planung und Bau von Verkehrsanlagen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	93.116	50.200	75.200	75.200	75.200	75.200
Gebühren	41.940	50.700	50.700	50.700	50.700	50.700
Kostenerstattung	29.630	12.439.592	41.230	41.230	41.230	41.230
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	1.020	0	0	0	0	0
Summe Erträge	165.706	12.540.492	167.130	167.130	167.130	167.130
Personalaufwand	-120.984	-687.198	-749.400	-749.400	-759.400	-759.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-6.888.103	-20.233.205	-7.045.716	-7.045.716	-7.045.716	-7.043.027
Zuschüsse, Umlagen	-2.711.152	-3.137.725	-3.544.300	-3.544.300	-3.544.300	-3.544.300
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-25.600	-32.725	-32.720	-32.720	-32.720	-32.720
Summe Aufwendungen	-9.745.839	-24.090.853	-11.372.136	-11.372.136	-11.382.136	-11.379.447
Produktsaldo	-9.580.133	-11.550.361	-11.205.006	-11.205.006	-11.215.006	-11.212.317
Kostendeckungsgrad	1,7%	52,1%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%

Bei beiden Produkten handelt es sich um Pflichtaufgaben nach dem Hessischen Straßengesetz. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit sind in diesem Produkt die Bereitstellung und Erhaltung der Straßen sowie die Planung und Unterhaltung von Verkehrsanlagen gebündelt. Beim Straßenneubau (Erschließungssatzung) der Gemeindestraßen sind 90,0 % der abschreibungsfähigen Sachaufwendungen von Dritten finanziert (Anlieger, Landeszuschüsse), bei grundhaften Erneuerungen greift die Straßenbeitragsatzung – dort werden in der Regel 50-75 % durch Dritte finanziert.

Bei den Kreisstraßen ist der Anteil der Zuwendungen wesentlich geringer. Hier erhält die Stadt geringfügige Mittel vom Land Hessen, die einen Kostendeckungsgrad von weniger als 5 % verursachen.

Bei den privatrechtlichen Erträgen konnte im Jahr 2008 vor allem ein größerer Kostenersatz für Unfallschäden verzeichnet werden, der sich in den Planungen ab 2010 niederschlägt.

In den Folgejahren werden die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie die Abschreibungen aufgrund technischer Erfordernisse auf dem neu eingerichteten Produkt Anlagenbuchhalterische Vorgänge geplant und bebucht.

Die Erhöhung beim Personalaufwand ab 2009 lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Unterkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten. Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz. 2010 resultiert aus Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

In diesem Produktbündel verschlechtert sich der Saldo insgesamt vom Rechnungsergebnis 2008 zum Haushaltsansatz 2009 um 2 Mio. €. Neben den erwähnten Erhöhungen bei den Personalkosten ist zum Einen eine Reduzierung der Sach- und Dienstleistungen in 2008 durch die witterungsbedingt verzögerte Fertigstellung der Fahrbahnheizung der S-Bahn Unterführung Bieber verantwortlich. Zum Anderen erhöhen sich die Stromkosten bei den Betriebskosten der S-Bahnunterführung, den Verkehrssignalanlagen und der Beleuchtung, deren Instandhaltung sowie den Aufwendungen für die Wegesicherung –und beschilderung. Außerdem betragen die Abschreibungen im Jahr 2009 13,9 Mio. €, während die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit 12,2 Mio. € veranschlagt sind.

Insgesamt liegt der Kostendeckungsgrad unter Berücksichtigung der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten sowie der Abschreibungen bei 53%. Für die Folgejahre erklärt sich deshalb der Kostendeckungsgrad mit 1,5 % ohne Berücksichtigung dieser beiden Positionen.

3.10.2 Landes- und Bundesstraßen

Hierzu gehören die Produkte:

- 12.03.01 Landesstraßen – Planung und Bau von Verkehrsanlagen
- 12.04.01 Bundesstraßen – Planung und Bau von Verkehrsanlagen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	-3	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	42.800	60.146	39.500	39.500	39.500	39.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	42.797	60.146	39.500	39.500	39.500	39.500
Personalaufwand	0	-313.595	-330.600	-330.600	-334.800	-334.800
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-907.545	-1.371.406	-1.488.118	-1.488.118	-1.488.118	-1.484.663
Zuschüsse, Umlagen	-248.848	-197.275	-225.600	-225.600	-225.600	-225.600
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-150	-2.275	-2.280	-2.280	-2.280	-2.280
Summe Aufwendungen	-1.156.543	-1.884.551	-2.046.598	-2.046.598	-2.050.798	-2.047.343
Produktsaldo	-1.113.746	-1.824.405	-2.007.098	-2.007.098	-2.011.298	-2.007.843
Kostendeckungsgrad	3,7%	3,2%	1,9%	1,9%	1,9%	1,9%

Auch bei diesen Produkten handelt es sich um Pflichtaufgaben zur Verkehrssicherheit. Den jährlichen Abschreibungen sind die jährlichen Auflösungen aus den Sonderposten gegenübergestellt. Letztere betragen bei den Landes- und Bundesstraßen knapp die Hälfte der Abschreibungen.

Die Personalaufwendungen sind ab 2009 erhöht, weil sich auch hier anteilig die Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase bemerkbar machen.

Die Kostendeckung insgesamt sinkt mit den entsprechenden Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz von 3,7 % in 2008 auf 1,9 % im Jahr 2013, da auch hier die Auflösung aus Sonderposten sowie die Abschreibungen lediglich für 2009 eingeplant sind.

3.10.3 Zusammenfassung Verkehrsflächen und –anlagen

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	93.116	50.200	75.200	75.200	75.200	75.200
Gebühren	41.937	50.700	50.700	50.700	50.700	50.700
Kostenerstattung	72.430	12.499.738	80.730	80.730	80.730	80.730
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	1.020	0	0	0	0	0
Summe Erträge	208.503	12.600.638	206.630	206.630	206.630	206.630
Personalaufwand	-120.984	-1.000.793	-1.080.000	-1.080.000	-1.094.200	-1.094.200
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-7.795.648	-21.604.611	-8.533.834	-8.533.834	-8.533.834	-8.527.690
Zuschüsse, Umlagen	-2.960.000	-3.335.000	-3.769.900	-3.769.900	-3.769.900	-3.769.900
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-25.750	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000
Summe Aufwendungen	-10.902.382	-25.975.404	-13.418.734	-13.418.734	-13.432.934	-13.426.790
Produktsaldo	-10.693.879	-13.374.766	-13.212.104	-13.212.104	-13.226.304	-13.220.160
Kostendeckungsgrad	1,9%	48,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%

Der Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen verschlechtert sich vor allem aufgrund der Differenz bei den Personalkosten um 900 T€ und des Deltas zwischen Abschreibung und Auflösung der Sonderposten in Höhe von 1,7 Mio. € um 2,7 Mio. €.

Es ist festzustellen, dass, soweit keine erhöhten Mittel für den Unterhalt der Straßen zur Verfügung gestellt werden, eine kurz- und mittelfristige Verschlechterung der Straßenqualität (auch Geh- und Radwege) zu erwarten ist. In diesem Bereich erhält die Stadt Investitionsbeiträge, die zu einer Kostendeckung von ca. 50 % führen.

3.11. Natur- und Landschaftspflege (Produktbereich 13)

3.11.1 Freiflächen und Gewässerschutz

Hierzu gehören die Produkte:

- 13.01.01 Freiflächenplanung, -entwicklung und –unterhaltung
- 13.02.01 Ausbau und Unterhaltung von Fließgewässern, wasserbaulichen Anlagen und Hochwasserschutzanlagen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	300	300	300	300	300
Kostenerstattung	0	145.300	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	0	145.600	300	300	300	300
Personalaufwand	-251.918	-252.327	-284.300	-284.300	-288.100	-288.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-4.512.455	-5.482.945	-5.220.437	-5.220.437	-5.220.437	-5.217.843
Zuschüsse, Umlagen	-174.455	-190.000	-201.000	-201.000	-201.000	-201.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-4.938.828	-5.925.272	-5.705.737	-5.705.737	-5.709.537	-5.706.943
Produktsaldo	-4.938.828	-5.779.672	-5.705.437	-5.705.437	-5.709.237	-5.706.643
Kostendeckungsgrad	0,0%	2,5%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%

Dieses Produktbündel fasst die Erneuerung bzw. Erhaltung von Freiflächen (Grünpflege) sowie die Gewässerunterhaltung und den Hochwasserschutz zusammen. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 0 %, lediglich im Jahr 2009 wird eine Kostendeckung von 2,5 % erwartet.

Beim Produkt 13.02.01 handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Hessischen Wassergesetz. Für die Aufwendungen der Stadt ist kein Kostenersatz des Landes vorgesehen, die Einnahmemöglichkeit über Beiträge existiert nicht. Bei der minimalen Gebühr handelt es sich um Entgelte aus Ausschreibungsverfahren, bei der Kostenerstattung im Jahr 2009 um Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen vom öffentlichen Bereich, ein Untersachkonto, das im Rahmen des teilhaushaltsbezogenen Ressourcenverbrauchs gebildet wurde und ab 2010 genau wie die Abschreibungen aufgrund technischer Erfordernisse auf dem neu eingerichteten Produkt Anlagenbuchhalterische Vorgänge beplant und bebucht werden.

Aufgrund einer Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase erhöhen sich die Personalaufwendungen ab 2010. Die Sach- und Dienstleistungen sind in 2009 im Vergleich zu den Folgejahren um mehr als 200 T€ höher. Dies erklärt sich insbesondere durch Abschreibungen auf Gebäude und andere Anlagen in diesem Bereich.

Die Differenz zwischen dem Rechnungsergebnis 2008 und Planung 2009 resultiert zum Einen aus höheren Kosten bei der Instandhaltung, Unterhaltung und Ersatz von Beleuchtungseinrichtungen. Dies wird zum Einen verursacht durch vermehrte Sachschäden durch unbekannte Dritte, zum Anderen ist mit einer altersbedingt verstärkten Einzelmasterneuerung zu rechnen. Weitere Erhöhungen ergeben sich im Bereich der Grünpflege vor allem aus der Anwendung der Preisgleitklausel aus dem Vertrag zwischen ESO Eigenbetrieb und ESO GmbH, hier insbesondere der Erhöhung der Personalkosten und der Betriebskosten der Fahrzeuge. Zu berücksichtigen ist hier, dass bei der Inventarisierung für die Doppik neue städtische Pflegeflächen identifiziert wurden und zur Erhöhung der Sauberkeit in Offenbach höhere Reinigungsintervalle vereinbart wurden.

3.11.2 Bewirtschaftung des Stadtwaldes

Hierzu gehört das Produkt:

13.05.01 Bewirtschaftung des Stadtwaldes

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	250.315	219.210	219.210	150.750	150.750	150.750
Gebühren	10.859	12.670	11.100	11.100	11.100	11.100
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	261.174	231.880	230.310	161.850	161.850	161.850
Personalaufwand	-152.334	-216.437	-214.100	-214.100	-217.000	-217.000
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-72.815	-92.432	-90.558	-98.262	-98.262	-98.262
Zuschüsse, Umlagen	-60.062	-60.600	-60.600	-60.600	-60.600	-60.600
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320
Summe Aufwendungen	-305.531	-389.789	-385.578	-393.282	-396.182	-396.182
Produktsaldo	-44.358	-157.909	-155.268	-231.432	-234.332	-234.332
Kostendeckungsgrad	85,5%	59,5%	59,7%	41,2%	40,9%	40,9%

Die Bewirtschaftung des Stadtwaldes erfolgt nach den Maßgaben des Hessischen Forstgesetzes.

Der Holzverkauf im Jahr 2008 war wie im Jahr 2007 durch eine besonders positive Lage auf dem Holzmarkt, bedingt durch eine hohe Nachfrage und den hieraus resultierenden hohen Verkaufspreisen, gekennzeichnet. Die gute Marktlage wurde insofern dazu genutzt, Defizite beim Holzeinschlag der vergangenen Jahre auszugleichen. Eine zukünftige Erhöhung des Holzeinschlages im Stadtwald Offenbach ist vor dem Hintergrund der Maßgabe einer nachhaltigen Bewirtschaftung nicht vorgesehen. Insofern kann in den Folgejahren vor allem ab 2011 nicht mit der gleichen Summe an Einnahmen gerechnet werden. Grundsätzlich kann die Entwicklung der Holzpreise nur schwer eingeschätzt werden.

Eine weitere Einnahmequelle sind die Pächterlöse für Fischerei- und Jagdberechtigungen. Aufgrund mangelnder Nachfrage von Interessenten in den vergangenen Jahren sind für

diesen Bereich keine höheren Pachtpreise durchsetzbar. Der Ansatz ab 2010 wurde deshalb an das Rechnungsergebnis 2008 angepasst.

Die Personalkosten erhöhen sich, weil ab 2009 die Personalausgaben des Amtes auf die Produkte entsprechend - und zum Teil neu - verteilt wurden.

Ab diesem Jahr erhöhen sich auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, da neben den Betriebsstoffen vor allem bei Arbeitsspitzen mit einem steigenden Einsatz von Fremdunternehmen zu rechnen ist.

Die Erhöhung der Zuschüsse ist durch einen größeren Verwaltungskostenanteil gekennzeichnet, den die Stadt an das Land für die Bewirtschaftung des Offenbacher Stadtwaldes zahlt. Die Bewirtschaftung umfasst die komplette Palette der notwendigen forstfachlichen Betreuung (Erstellung Waldwirtschaftspläne und Forsteinrichtungswerke, komplette Abwicklung des Holzverkaufes etc.) und die Personalstellung.

In Abstimmung mit dem Forstamt Langen wird der Stadtwald unter dem Gesichtspunkt der Naherholung und der Freizeitnutzung im Ballungsraum Rhein-Main nachhaltig bewirtschaftet, d.h. dass entsprechend dem Holzeinschlag Neuanpflanzungen vorgenommen werden. Da auf großflächige Rodungen verzichtet wird, sinkt der Kostendeckungsgrad ab 2009 von 85,5 % im Jahr 2008 auf 40,9 % im Jahr 2013.

3.11.3 Zusammenfassung Natur- und Landschaftspflege

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	250.315	219.210	219.210	150.750	150.750	150.750
Gebühren	10.859	12.970	11.400	11.400	11.400	11.400
Kostenerstattung	0	145.300	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	261.174	377.480	230.610	162.150	162.150	162.150
Personalaufwand	-404.252	-468.764	-498.400	-498.400	-505.100	-505.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-4.585.270	-5.575.377	-5.310.995	-5.318.699	-5.318.699	-5.316.105
Zuschüsse, Umlagen	-234.517	-250.600	-261.600	-261.600	-261.600	-261.600
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320
Summe Aufwendungen	-5.244.359	-6.315.061	-6.091.315	-6.099.019	-6.105.719	-6.103.125
Produktsaldo	-4.983.186	-5.937.581	-5.860.705	-5.936.869	-5.943.569	-5.940.975
Kostendeckungsgrad	5,0%	6,0%	3,8%	2,7%	2,7%	2,7%

In diesem Produktbündel sind Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben zusammengefasst.

Die Kostendeckung ist mit geringen Schwankungsbreiten konstant.

Bei der Abwägung zur Ertragssteigerung durch großflächige Abholzungen wurde aufgrund des Erholungswertes und der Funktion des Stadtwalds zur Verbesserung der Luftqualität im Ballungsraum Rhein-Main von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

3.12. Umweltschutz (Produktbereich 14)

3.12.1 Umweltdienstleistungen

Hierzu gehört das Produkt:

14.01.01 Umweltdienstleistungen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	16.851	19.530	11.000	11.000	11.000	11.000
Kostenerstattung	20.134	6.230	24.190	20.220	17.230	17.230
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	36.984	25.760	35.190	31.220	28.230	28.230
Personalaufwand	-780.738	-968.786	-1.063.800	-1.063.800	-1.077.700	-1.077.700
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-339.861	-418.610	-698.470	-578.470	-578.470	-578.470
Zuschüsse, Umlagen	-400	-500	-500	-500	-500	-500
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.121.000	-1.387.896	-1.762.770	-1.642.770	-1.656.670	-1.656.670
Produktsaldo	-1.084.015	-1.362.136	-1.727.580	-1.611.550	-1.628.440	-1.628.440
Kostendeckungsgrad	3,3%	1,9%	2,0%	1,9%	1,7%	1,7%

Die Stadt handelt in Umsetzung dieser Pflichtaufgabe nach umweltrechtlichen Landes- und Bundesvorschriften. Die Erträge resultieren aus Verwaltungsgebühren, die abhängig von der Anzahl und Größe der Vorhaben erhoben werden. Grundlagen sind insbesondere das Hessische Naturschutzgesetz, das Hessische Wassergesetz und das Hessische Altlasten- und Bodenschutzgesetz. Abhängig von der Fallgestaltung werden dann Forderungen aufgrund der Gebührenordnung für den Geschäftsbereich des Umweltministeriums erstellt.

Im Jahr 2010 und den Folgejahren muss aufgrund der zu erwartenden Konjunkturkrise mit rückläufiger Bautätigkeit gerechnet werden. In diesem Zusammenhang wird die Anzahl zu genehmigender Vorgänge und der daraus resultierenden Gebühreneinnahmen unter das Niveau der Vorjahre absinken.

Die Personalaufwendungen werden in den Jahren 2010 und in den folgenden Jahren ansteigen, da neue Aufgaben wie u.a. Elektromobilität und Umsetzungsmaßnahmen des beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes zu leisten sind. Dem folgend werden auch die Sachkosten steigen.

So sind im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2008 im Jahr 2010 mehr als 50 T€ für verschiedene Maßnahmen und Projekte vorgesehen. Im Jahr 2010 schlägt das Ausgleichsflächenkonzept noch einmal mit 120 T€ zu Buche (85 T€ mehr als in den Vorjahren). Dies liegt daran, dass sogenannte Ökokontomaßnahmen umgesetzt werden. Investoren, die aufgrund von Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsbedarfe haben, bekommen damit die Möglichkeit diesen durch Erwerb von Ökopunkten zu decken. Damit werden die Investitionskosten der Stadt refinanziert und mit der Maßnahme steht auch ein

hochwertiger ökologischer Ausgleich zur Verfügung, der in dieser Qualität bei Inanspruchnahme anderer Ausgleichsflächen nicht hergestellt werden kann.

Das Thema erneuerbare Energien wird aufgrund der finanziellen und organisatorischen Einbindung der unabhängigen privaten Energiesparinitiative ohne zusätzliche Aufwendungen betreut.

Der Kostendeckungsgrad sinkt vom Rechnungsergebnis 2008 mit 3,3 % auf 1,7 % in 2013.

3.13. Wirtschaft und Tourismus (Produktbereich 15)

3.13.1 Wirtschaftsförderung, Europaangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

15.01.01	Wirtschaftsförderung
15.01.02	Existenzgründungsförderung
15.02.01	Wochenmarkt
15.02.02	Europareferat

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	208.050	210.000	210.000	220.000	220.000	220.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	19.697	249.000	249.000	249.000	249.000	249.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	227.746	459.000	459.000	469.000	469.000	469.000
Personalaufwand	-423.455	-418.079	-500.500	-500.500	-507.300	-507.300
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-263.426	-242.528	-241.526	-241.517	-241.517	-191.272
Zuschüsse, Umlagen	-213.686	-536.100	-511.100	-516.100	-511.100	-516.100
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-9.030	-9.030	-9.030	-9.030	-9.030	-9.030
Summe Aufwendungen	-909.598	-1.205.737	-1.262.156	-1.267.147	-1.268.947	-1.223.702
Produktsaldo	-681.851	-746.737	-803.156	-798.147	-799.947	-754.702
Kostendeckungsgrad	25,0%	38,1%	36,4%	37,0%	37,0%	38,3%

In diesem Produktbündel sind verschiedene freiwillige Maßnahmen zusammengefasst: Der Kostendeckungsgrad verbessert sich seit dem Rechnungsergebnis 2008 mit 25,0 % auf 38,3 % im Jahr 2013.

Bei den privatrechtlichen Erträgen handelt es sich um die Miete für die Standplätze des Wochenmarktes. Nach Erneuerung des Wilhelmsplatzes wird mit einer besseren Auslastung gerechnet, so dass höhere Erträge eingeplant sind. Die Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich bei diesem Produkt aufgrund der Verteuerung der Energie- und Wasserkosten. Es wird nicht wie noch im Vorjahr ein Überschuss, sondern lediglich ein Kostendeckungsgrad von 91 % erwirtschaftet.

Der Kostenersatz im Produkt der Existenzförderung für das Jahr 2008 fiel wesentlich geringer aus, als in 2009 und den Folgejahren eingeplant, da im Jahr 2008 noch keine Erstattung der Arbeitsverwaltung sowie des EFS (Europäischen Sozialfonds) stattfand. Aufgrund der Förderung mit EU-Geldern wird bei den verschiedenen Projekten (u.a. Gründerstadt Offenbach) ein Kostendeckungsgrad von 62 % erreicht.

Im Produkt Europareferat sind die Erschließung von EU-Förderprogrammen sowie die Durchführung von EU-geförderten Projekten zusammengefasst. Hauptsächlich werden

Projekte zur schulischen und beruflichen Bildung durchgeführt. Die Erstattung der EU beträgt 62 %. Mit diesen Projekten wird ein wichtiger Beitrag zur städtischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie der Stadtentwicklung geleistet.

Eine Reduzierung der Aufwendungen in beiden letztgenannten Produkten ist nicht angezeigt, da mit Hilfe des hohen Förderanteils der EU, Projekte mit einem großen Wirkungsbereich durchgeführt werden können, die sonst nicht möglich wären.

3.14. Allgemeine Finanzwirtschaft (Produktbereich 16)

3.14.1 Steuern und Finanzwirtschaft

Hierzu gehören die Produkte:

16.01.01	Kommunale Steuern
16.01.02	Steuern im Rahmen des Finanzausgleichs
16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
16.02.02	Weiterleitung der Wohngeldentlastung des Landes

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	3.460.281	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	105.584.968	87.694.010	67.500.000	65.760.000	65.760.000	63.260.000
Steuern	147.984.020	121.415.000	112.065.000	111.915.000	111.915.000	69.915.000
innere und kalkulatorische Erträge	312.880	310.880	0	0	0	0
Summe Erträge	257.342.149	211.419.890	181.565.000	179.675.000	179.675.000	135.175.000
Personalaufwand	0	0	0	0	0	0
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-18.603.874	-20.334.800	-20.334.800	-20.334.500	-20.334.000	-20.333.800
Zuschüsse, Umlagen	-39.950.286	-28.760.000	-28.760.000	-28.760.000	-28.760.000	-19.800.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-58.554.160	-49.094.800	-49.094.800	-49.094.500	-49.094.000	-40.133.800
Produktsaldo	198.787.989	162.325.090	132.470.200	130.580.500	130.581.000	95.041.200
Kostendeckungsgrad	439,5%	430,6%	369,8%	366,0%	366,0%	336,8%

In diesem Produktbündel sind verschiedene Pflichtaufgaben zusammengefasst worden.

Bei den privatrechtlichen und sonstigen Erträgen handelt es sich um Nachzahlungszinsen aus Gewerbesteueranlagen. Hierbei werden Liquiditätsvorteile abgeschöpft, die sich daraus ergeben, dass Gewerbesteueranlagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten von den Finanzämtern festgesetzt werden. Zweiter Faktor ist die Höhe der Nachforderungen, d.h. je geringer die Differenz von Vorauszahlungen zu den endgültigen Veranlagungen ausfällt, desto niedriger fallen die Zinsen aus. Auf diesen Verfahrensablauf hat die Kommune keinen Einfluss. Die Entwicklung der Folgejahre ist daher auch schwer abschätzbar und bleibt risikobehaftet.

Der Kostenersatz umfasst zum Großteil die Schlüsselzuweisungen des Landes, also unseren Anteil an den Landessteuern nach dem Hessischen Finanzausgleichsgesetz, den Anteil der Grunderwerbsteuer sowie anderen Zuweisungen des Landes. Hier ist aufgrund der Wirtschaftskrise mit einem massiven Einbruch zu rechnen, wenngleich das Hessische Finanzministerium für 2009 bisher noch von Zuweisungen in Höhe von 71,3 Mio. € ausgeht. Nachdem im Jahr 2008 mehr als 76,1 Mio. € eingenommen wurden, rechnet die Stadt Offenbach mit einer Schlüsselzuweisung in Höhe von 60 Mio. € ab 2010. Im Jahr 2008 hatte

Offenbach zudem 20 Mio. € Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock erhalten. Dies ist auch in 2009 der Fall gewesen, zum Planungszeitraum jedoch war das noch nicht bekannt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Steuerarten, die zu obiger Ertragsposition führen. Insgesamt wird mit einer Stabilisierung auf leicht erhöhtem Niveau gerechnet.

Steuerart	RE 08	Ans 09	Ans 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
Grundsteuer A	22.881	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Grundsteuer B	17.846.776	17.700.000	17.700.000	17.700.000	17.700.000	17.700.000
Gewerbsteuer	61.859.134	54.000.000	45.000.000	45.000.000	45.000.000	45.000.000
Spielapparatesteuer	333.140	370.000	370.000	370.000	370.000	370.000
Hundesteuer	228.134	225.000	225.000	225.000	225.000	225.000
Getränkesteuer	598.188	450.000	150.000	0	0	0
Gaststättenenerlaubnissteuer	96.158	150.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	49.279.598	42.000.000	42.000.000	42.000.000	42.000.000	42.000.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7.433.505	6.500.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000

Die Gewerbesteuereinnahmen werden ab 2010 nur noch mit 45 Mio. € veranschlagt. Da in Offenbach jedoch nur wenige Großunternehmen für über 80% des Gewerbesteueraufkommens stehen, wirken sich singuläre Veränderungen in diesem Bereich überproportional auf das Gesamtaufkommen aus. Das Ergebnis der letzten aktuellen Veröffentlichung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 14. Mai 2009 geht von einem durchschnittlichen bundesweiten Rückgang der kommunalen Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2009 von 14,7% aus. Eine positive Veränderung der Konjunkturlage macht sich bei der Gewerbesteuer oft erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 2 Jahren und mehr bemerkbar. Erst ab diesem Zeitpunkt liegen endgültige Veranlagungen vor. Die jetzige dramatische konjunkturelle Abschwächung dagegen schlägt zeitnah durch, da gerade die großen Steuerzahler sofort begründete Herabsetzungsanträge für die laufenden Vorauszahlungen stellen.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ist beschäftigungs- und damit ebenfalls konjunkturabhängig. Daneben ist beachtlich, dass die Schlüsselzahlen zur Verteilung des Aufkommens des Gemeindeanteils turnusmäßig umdatiert werden. Ab 2009 wird ein geänderter Prozentsatz auf Basis der Einkommensteuerstatistik 2004 angesetzt. Nach neuem Erkenntnisstand wird damit gerechnet, dass der vorsichtige Planwert der Stadt Offenbach auch im Jahr 2010 erreicht wird. Für die Folgejahre wird der Wert bei der Haushaltsplanung situativ angepasst.

Allgemeine Orientierungsdaten des Hessischen Ministeriums der Finanzen (HMdF) oder des BMF bzw. der Wirtschaftsforschungsinstitute sind aus den bereits genannten Gründen nur sehr eingeschränkt auf die Offenbacher Verhältnisse anwendbar. Hier spielt die Abhängigkeit von den wenigen großen Steuerzahlern eine entscheidende Rolle.

Ab 2011 entfällt aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung die Getränkesteuer.

Diesem Produktbündel sind keine Personalkosten zugeordnet, da hier vor allem die Einnahmen der Kommune dargestellt werden. Die Personalkosten werden unter dem Produktbereich 01 Innere Verwaltung ausgewiesen.

In diesem Produktbündel steigen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Vergleich zu 2008 im Jahr 2009 um 1,7 Mio. €. Verantwortlich hierfür sind steigende Zinsausgaben auf dem Kreditmarkt.

Der Kostendeckungsgrad sinkt demzufolge von 2008 in Höhe von 439,5 % auf 336,8 % im Jahr 2013.

3.15. Innere Verwaltung (Produktbereich 01)

3.15.1 Stadtverordnetenversammlung und Magistrat

Hierzu gehören die Produkte:

01.01.01	Stadtverordnetenversammlung und Ausländerbeirat
01.01.12	Magistrat

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	2.867	2.300	1.350	1.350	1.350	1.350
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	21.707	27.760	73.500	73.500	73.500	73.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	55.220	51.865	51.865	51.865	51.865	51.865
Summe Erträge	79.795	81.925	126.715	126.715	126.715	126.715
Personalaufwand	-1.967.858	-2.117.160	-2.043.090	-2.042.970	-2.065.560	-2.065.560
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-151.234	-194.030	-202.400	-199.700	-204.700	-199.700
Zuschüsse, Umlagen	-650.355	-694.250	-717.310	-736.170	-745.640	-755.140
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.769.447	-3.005.440	-2.962.800	-2.978.840	-3.015.900	-3.020.400
Produktsaldo	-2.689.653	-2.923.515	-2.836.085	-2.852.125	-2.889.185	-2.893.685
Kostendeckungsgrad	2,9%	2,7%	4,3%	4,3%	4,2%	4,2%

In diesem Produktbündel sind die Erträge und Aufwendungen der Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats zusammen dargestellt. Es handelt sich um die mit der Organisation der politischen Entscheidungsträger und städtischen Verwaltungsspitze verbundenen erforderlichen Aufgaben.

Bei den privatrechtlichen Erträgen handelt es sich um Miete für den Stadtverordnetensitzungssaal sowie um Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Getränken für Veranstaltungen, die im Rathaus stattfinden.

Die Kostenerstattungen resultieren hauptsächlich aus der Verwaltungskostenerstattung der Eigenbetriebe ESO und EKO. Sie steigen, da die Abrechnung der Unfallkasse nicht mehr als Absetzung bei dem Ausgabeuntersachkonto erfolgt, sondern diese Erstattung separat geplant wird.

Die Personalkosten liegen konstant bei ca. 2 Mio. €.

Die Aufwendungen erhöhen sich vor allem im Jahr 2009. Dies liegt vor allem an steigenden Zuschüssen an die Fraktionen im Bereich der Stadtverordnetenversammlung. Aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses werden Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst mit

zweijähriger Verzögerung umgesetzt und an die Fraktionen ausgezahlt. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe nach § 36 a (4) HGO.

Der Kostendeckungsgrad verbessert sich vom Rechnungsergebnis 2008 von 2,9 % auf 4,2 % im Jahr 2013.

3.15.2 Personalsteuerung

Hierzu gehört das Produkt:

01.01.02 Personalsteuerung und –service

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	5.274	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	517.400	428.390	1.333.390	1.333.140	1.333.200	1.333.200
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	48.910	48.910	48.910	48.910	48.910	48.910
Summe Erträge	571.584	478.400	1.383.400	1.383.150	1.383.210	1.383.210
Personalaufwand	-1.987.723	-2.036.340	-2.090.040	-2.090.040	-2.115.640	-2.115.640
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.124.971	-1.254.530	-1.208.720	-1.211.650	-1.211.930	-477.090
Zuschüsse, Umlagen	-198.135	-151.700	-151.700	-152.400	-152.400	-153.600
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.310.828	-3.442.570	-3.450.460	-3.454.090	-3.479.970	-2.746.330
Produktsaldo	-2.739.245	-2.964.170	-2.067.060	-2.070.940	-2.096.760	-1.363.120
Kostendeckungsgrad	17,3%	13,9%	40,1%	40,0%	39,7%	50,4%

Der Bereich der Personalentwicklung gehört zu den freiwilligen Aufgaben, die restliche Personalbetreuung ist aufgrund der bestehenden Vertrags- und Beschäftigungsverhältnisse eine Pflichtaufgabe. Der Kostendeckungsgrad erhöht sich von 2008 bis 2013 von 17,3 % auf 50,4 %.

Der Kostenersatz in Form von Verwaltungskostenerstattungen der Kindertagesstätten und der Arbeitsgemeinschaft SGB II MainArbeit fiel im Rechnungsergebnis 2008 höher als erwartet aus und war bei Planung des Haushaltsansatzes 2009 nicht bekannt. Ab 2010 steigert sich die Kostenerstattung um 900 T€, da die Erstattung der Unfallkasse Hessen - Umlage als Einnahme erstmals in diesem Unterabschnitt geplant wurde.

3.15.3 Personalvertretung, Gleichstellung, Prüfungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 01.01.04 Gesetzliche und übertragene Prüfungen
- 01.01.05 Personalvertretung
- 01.01.06 Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	16.868	13.390	13.390	13.520	13.520	13.520
Kostenerstattung	35.340	24.830	24.830	24.830	24.830	24.830
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	24.440	24.440	24.440	24.440	24.440	24.440
Summe Erträge	76.648	62.660	62.660	62.790	62.790	62.790
Personalaufwand	-1.311.584	-1.287.300	-1.372.000	-1.372.000	-1.390.700	-1.390.700
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-40.789	-44.650	-44.650	-45.450	-45.450	-41.810
Zuschüsse, Umlagen	-83.889	-85.280	-85.280	-85.280	-85.280	-85.280
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.436.262	-1.417.230	-1.501.930	-1.502.730	-1.521.430	-1.517.790
Produktsaldo	-1.359.614	-1.354.570	-1.439.270	-1.439.940	-1.458.640	1.455.000
Kostendeckungsgrad	5,3%	4,4%	4,2%	4,2%	4,1%	4,1%

Bei diesen drei Produkten handelt es sich um Pflichtaufgaben.

Das Revisionsamt erhält teilweise für die Durchführung von Pflichtprüfungen und übertragenen Prüfungen Gebühren. Die Mehreinnahmen im Jahr 2008 gegenüber den Folgejahren resultieren aus einer einmaligen, nicht geplanten Sonderprüfung.

Der Kostenersatz, bei dem es sich um Personalkostenerstattung im Bereich der Gleichberechtigung von Frauen handelt, reduziert sich ab 2009 aufgrund der Kündigung der Geschäftsbesorgungsverträge für ESO GmbH und der GBM GmbH im Jahresverlauf 2008.

Die Verringerung des Ansatzes bei den Personalkosten im Jahr 2009 und deren Erhöhung ab 2010 erklärt sich durch eine zusätzliche TVöD 10 – Stelle im Frauenbüro. Diese wurde in 2008 besetzt, nachdem die Planung 2009 schon abgeschlossen war. In 2010 wurde der Planansatz entsprechend korrigiert.

Der Kostendeckungsgrad verschlechtert sich von 2008 von 5,3 % auf 3,2 % im Jahr 2013.

3.15.4 Gebäudeverwaltung

Hierzu gehört das Produkt:

01.01.08 Gebäudeverwaltung und Gebäudeunterhaltung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	2.020.167	1.921.900	1.854.900	1.854.900	1.854.900	1.854.900
Gebühren	0	11.500	11.500	11.500	11.500	11.500
Kostenerstattung	12.245	9.200	65.520	65.520	65.520	65.520
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	37.490	37.490	37.490	37.490	37.490	37.490
Summe Erträge	2.069.902	1.980.090	1.969.410	1.969.410	1.969.410	1.969.410
Personalaufwand	-1.226.332	-378.819	-451.500	-451.500	-457.600	-457.600
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-26.223.441	-26.686.919	-23.844.004	-27.144.004	-27.144.004	-27.128.834
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-32.450	-31.680	-10.460	-10.460	-10.460	-10.460
Summe Aufwendungen	-27.482.223	-27.097.418	-24.305.964	-27.605.964	-27.612.064	-27.596.894
Produktsaldo	-25.412.321	-25.117.328	-22.336.554	-25.636.554	-25.642.654	-25.627.484
Kostendeckungsgrad	7,5%	7,3%	8,1%	7,1%	7,1%	7,1%

In diesem Bereich werden öffentliche Liegenschaften und Gebäude verwaltet und unterhalten sowie deren Bau geplant. Es handelt sich somit um eine mit der Leistungserbringung der öffentlichen Verwaltung erforderliche Aufgabe und kann nicht als freiwillige Aufgabe definiert werden. Das Produkt hat einen konstanten Kostendeckungsgrad von rund 7,0 %.

Bei den privatrechtlichen Erträgen handelt es sich zum Großteil um die Gebäudeunterhaltungskosten der Kindertagesstätten, die im Jahr 2008 gestiegen sind. Außerdem verringern sich die Einnahmen durch die Auflösung der bisher mit dem Kreis Offenbach betriebenen Bildstelle und durch die Anpassung der Mietzahlung des Kreises Offenbach für das Ausgleichsamt (zukünftig ohne Investitionsanteil). Der Kostenersatz für die Betriebskosten der Tiefgarage stabilisiert sich ab dem Jahr 2008 auf einem höheren Niveau. Die Betriebskosten, die dem Pächter in Rechnung gestellt werden, richten sich nach den Aufwendungen: Daher sind erhebliche Jahresabweichungen möglich. Ab 2009 werden die von den Bediensteten zu zahlenden Gebühren für eine Codekarte der Rathaustiefgarage auf ein eigenes Unterkonto in diesem Bereich gebucht.

Insgesamt sind die Erträge stabil.

Die starke Reduzierung der Personalkosten in 2009 lässt sich auf die Bildung neuer Unterabschnitte aufgrund der Umstrukturierung der Produkte zurückführen. Bis dahin waren dem in diesem Fall betroffenen Unterabschnitt mehrere Produkt zugeordnet. 2008 wurde unterjährig eine Neugliederung durchgeführt: jedes Produkt erhielt ein separates Unterkonto. Hierfür mussten neue Unterabschnitte gebildet werden. Die Planansätze wurden entsprechend verteilt, allerdings erfolgen die Buchungen im Personalkostenbereich, bis auch dort eine adäquate Verteilung möglich ist, auf den bisherigen Unterabschnitten.

Deshalb entsteht bis auf weiteres eine Differenz des Rechnungsergebnisses zum Planansatz.

Die Sach- und Dienstleistungen werden für 2010 um mehr als 3 Mio. € niedriger angesetzt. Der Ansatz bei den größeren Unterhaltungskosten wurde in 2010 einmalig reduziert, damit die kurzfristig anstehenden Maßnahmen aus dem Sonder- /Zukunftsinvestitionsprogramm (Land/Bund) umgesetzt werden können.

Um die Aufwendungen im Bereich der Gebäudeunterhaltung möglichst niedrig zu halten, wurde diese Aufgabe im Rahmen der Ausgliederung städtischer Mitarbeiter an die gegründete Tochtergesellschaft GBM ausgelagert. Diese Kostenreduzierung, ausschließlich im Bereich der anteiligen Personalkosten, lief im Jahr 2008 aus. Zukünftig ist auch in diesem Bereich aufgrund gegebener Tarifanpassungen und Preissteigerungen für fremdvergebene Dienstleistungen mit einem höheren Kostenaufwand für die laufende Unterhaltung der Gebäude zu rechnen.

3.15.5 Zentrale Dienste

Hierzu gehören die Produkte:

- 01.01.13 Zentrale Dienste
- 01.01.14 Post- und Telekommunikation
- 01.01.15 Informationstechnologie

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	133.467	143.140	143.140	143.140	143.140	143.140
Gebühren	1.400	1.450	1.450	1.450	1.450	1.450
Kostenerstattung	611.266	751.270	743.100	743.520	743.000	743.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	50.030	53.385	53.385	53.385	53.385	53.385
Summe Erträge	796.163	949.245	941.075	941.495	939.525	939.525
Personalaufwand	-1.651.069	-1.779.705	-1.929.080	-1.929.080	-1.948.900	-1.948.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-2.194.809	-3.579.280	-3.053.980	-2.998.980	-2.998.980	-2.996.040
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.845.879	-5.358.985	-4.983.060	-4.928.060	-4.947.880	-4.944.940
Produktsaldo	-3.049.716	-4.409.740	-4.041.985	-3.986.565	-4.008.355	-4.005.415
Kostendeckungsgrad	20,7%	17,7%	18,9%	19,1%	19,0%	19,0%

Bei diesen Produkten handelt es sich wiederum um notwendige Aufgaben, die die Verwaltungsarbeit möglich machen.

Im Rechnungsjahr 2008 wurde u.a. die Ansatzhöhe für die Verrechnung von Fotokopien nicht erreicht, so dass sich die privatrechtlichen Entgelte reduzierten. Im Gegenzug verringerten sich auch die Aufwendungen im Sachleistungsbereich.

Der geringere Kostenersatz im Rechnungsergebnis 2008 ergibt sich aus dem niedrigeren Telefongebührenersatz durch günstigere Tarifierung. Aufgrund von verstärkten Anrufen über mobile Geräte (z.B. Außendienst) wird damit gerechnet, dass die Kosten auch zukünftig dem ursprünglichen Ansatz entsprechen.

Die Personalkosten steigen deutlich, weil eine Stelle A 13 gD und eine Stelle A 12 bislang in einer anderen Organisationseinheit angesiedelt und verrechnet wurden. Ab 2009 wurden die Personalkosten entsprechend veranschlagt.

Zu den Sach- und Dienstleistungen gehören u.a. die Postgebühren. Diese fielen aufgrund des Großkundenrabatts im Jahr 2008 wieder niedriger als geplant aus. Wegen der Europa- und Bundestagswahlen im Jahr 2009 muss jedoch mit höheren Portokosten gerechnet werden. Bei der Miete der Telekommunikationsanlage, ein weiterer Ausgabenfaktor im Bereich der Sach- und Dienstleistungen, ist vertraglich eine jährliche Preissteigerung vereinbart. Zudem variiert die Höhe der externen Dienstleistung für die Informationstechnologie, abhängig von Baumaßnahmen, Auslieferung neuer Hardware und dem Austausch von Systemkomponenten. Letztere mussten ebenfalls nicht in veranschlagter Höhe ausgegeben werden.

Durch neue Vertragsverhandlungen bzw. Ausschreibungen im Fall der Kündigungsmöglichkeit sowie durch Vereinbarungen über Großkundenrabatte wird höheren Steigerungen entgegengewirkt. Der Kostendeckungsgrad sinkt leicht von 20,7 % im Jahr 2008 auf 19,0 % im Jahr 2013.

3.15.6 Sonstige Aufgaben im Bereich Innere Verwaltung

Hierzu gehören die Produkte:

- 01.01.03 Öffentlichkeitsarbeit
- 01.01.07 Rechnungswesen und Controlling
- 01.01.09 Rechtsangelegenheiten
- 01.01.10 Zwangsweise Einziehung von Geldforderungen
- 01.01.11 Kassenmanagement
- 01.01.16 Festsetzung und Erhebung von Steuern und steuerlichen Nebenleistungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	12.678.730	8.950.970	8.788.970	8.767.970	8.743.680	7.438.840
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	10.617.147	7.006.860	9.409.790	8.205.840	8.205.890	8.205.940
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	72.500	72.500	72.500	72.500	72.500	72.500
Summe Erträge	23.368.377	16.030.330	18.271.260	17.046.310	17.022.070	15.717.280
Personalaufwand	-4.027.166	-4.207.959	-4.404.580	-4.404.580	-4.462.780	-4.462.710
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-3.367.392	-2.525.020	-2.661.140	-2.701.270	-2.710.036	-2.560.220
Zuschüsse, Umlagen	-3.960.012	-5.741.410	-5.741.410	-5.445.210	-5.445.210	-2.726.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-11.354.569	-12.474.389	-12.807.130	-12.551.060	-12.618.026	-9.748.930
Produktsaldo	12.013.807	3.555.941	5.464.130	4.495.250	4.404.044	5.968.350
Kostendeckungsgrad	205,8%	128,5%	142,7%	135,8%	134,9%	161,2%

In diesem Produktbündel ist eine Vielzahl von verschiedenen Aufgaben zusammengefasst, von denen lediglich die Öffentlichkeitsarbeit zu den freiwilligen Leistungen zählt.

Die Summe der privatrechtlichen Erträge ergibt sich zum Großteil aus den Konzessionsabgaben für Gas, Strom und Wasser, die die Stadt von der EVO erhält. Diese werden weiterhin aufgrund ihrer verbrauchsabhängigen Festlegung und der geänderten Rahmenbedingungen durch die modifizierte Konzessionsabgabenverordnung (KAV) sinken. Außerdem wird hier auch die Gewinnausschüttung der SOH verbucht, die aufgrund der Übernahme von Aufgaben für die Daseinsvorsorge wesentlich geringer eingeplant ist. In der Kassenverwaltung war das Ergebnis 2008 durch höhere Niederschlagungen, Mahngebühren und Guthabenzinsen von der Sparkasse gekennzeichnet. Im Rechnungsergebnis 2008 sind außerdem durch Umbuchung bzw. Schließung von Vor- und Treuhandkonten bei einmaligen Sachverhalten 2,2 Mio. € mehr verbucht worden.

Die Reduzierung der Kostenerstattung vor allem in 2009 resultiert hauptsächlich aus der Verringerung der Landeszuweisungen im Bereich des Sozialhilfelastenausgleichs und des ab 2009 nicht mehr eingeplanten Härteausgleichs für Minderzuweisungen beim Wohngeld.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben sich im Rechnungsjahr 2008 erhöht: im Referat Recht verteuern sich die veranschlagten Rechts- und Gerichtskosten, da, um Personalkosten einzusparen, in größerem Umfang Rechtsangelegenheiten an

Rechtsanwälte vergeben werden; im Kassen- und Steueramt wurde im Jahr 2008 eine neue Software im Steuerbereich eingeführt. Die Reduzierung ab 2009 begründet sich darin, dass aufgrund einer Betriebsprüfung bei ESO und SOH die Umsatzsteuer mit 1,4 Mio. € im Jahr 2008 einmalig angefallen war. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit muss mit einem Mehraufwand bei den Öffentlichen Bekanntmachungen, den Kosten für den Internetauftritt und dem Leitsystem, städtische Hinweistafeln, gerechnet werden.

Die Zuschüsse im Rechnungsergebnis 2008 erhöhen sich ab 2009 signifikant aufgrund der um mehr als 1 Mio. € höheren Krankenkassenumlage, der um knapp 340 T€ gestiegenen Aufwandsübernahme der LNO durch höhere Anforderungen des RMV sowie der um 100 T€ höher veranschlagten Abdeckung der Verluste zum Jahresabschluss des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (EKO). Zudem fiel der Zuschuss für die Stadthalle im Jahr 2008 wegen guter Buchungslage niedriger als geplant aus.

In diesem Bereich werden Zuschüsse für die gesamte Stadtverwaltung vereinnahmt, weswegen die Kostendeckung mehr als 100 % beträgt.

3.15.7 Zusammenfassung Innere Verwaltung

Ertrags- /Aufwandsgruppe	RE 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12	Ans. 13
privatrechtliche und sonstige Erträge	14.840.506	11.019.410	10.789.460	10.768.460	10.744.170	9.439.330
Gebühren	18.268	26.340	26.340	26.470	25.020	25.020
Kostenerstattung	11.815.105	8.248.310	11.650.130	10.446.350	10.445.940	10.445.990
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	288.590	288.590	288.590	288.590	288.590	288.590
Summe Erträge	26.962.468	19.582.650	22.754.520	21.529.870	21.503.720	20.198.930
Personalaufwand	-12.171.732	-11.807.283	-12.290.290	-12.290.170	-12.441.180	-12.441.110
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-33.102.636	-34.284.429	-31.014.894	-34.301.054	-34.315.100	-33.403.694
Zuschüsse, Umlagen	-4.892.391	-6.672.640	-6.695.700	-6.419.060	-6.428.530	-3.720.020
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-32.450	-31.680	-10.460	-10.460	-10.460	-10.460
Summe Aufwendungen	-50.199.209	-52.796.032	-50.011.344	-53.020.744	-53.195.270	-49.575.284
Produktsaldo	-23.236.741	-33.213.382	-27.256.824	-31.490.874	-31.691.550	-29.376.354
Kostendeckungsgrad	53,7%	37,1%	45,5%	40,6%	40,4%	40,7%

Bei den Produkten der Inneren Verwaltung handelt es sich um Aufgaben, die zur Sicherstellung der Verwaltungsprozesse erforderlich sind oder die in der Regel aufgrund gesetzlicher Grundlagen zu den Pflichtaufgaben zählen. Die negative Entwicklung im Periodensaldo resultiert vor allem aus sinkenden Zuschüssen des Landes und sinkenden Erträgen aus Konzessionsabgaben. Bei den Landeszuschüssen ist die Kommune von der Landesgesetzgebung sowie den Steuereinnahmen abhängig, die Höhe der Konzessionsabgaben ist ebenfalls nicht beeinflussbar. Die Höhe der Gewinnausschüttung ist abhängig von der Dividende der EVO und dem Verlustausgleich für die OVB. Aufgrund der Übernahme städtischer Aufgaben wird der Ausschüttungsbetrag des SOH-Gewinns in reduzierter Größe festgesetzt. Die geringeren Aufwendungen im Sach- und Dienstleistungsbereich in 2010 ergeben sich aus den reduzierten Instandhaltungsarbeiten. Die Personal- und Verwaltungsstrukturen sind so angelegt, dass die Aufgabenerfüllung, die sich aus der Offenbacher Bevölkerungsstruktur ergibt, möglichst effizient erfolgt.

3.16. Zusammenfassung: Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach

Der Ergebnishaushalt 2010 zeigt unter Einbeziehung der oben im Einzelnen dargestellten Produktkosten und –erträgen folgendes Bild:

Stadt Offenbach Der Magistrat der Stadt Offenbach							
Ergebnisplan 2010							
Bezeichnung	Ergebnis 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	
Ordentliche Erträge							
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.124.607,26	8.098.660	6.579.370	6.513.860	6.516.250	1.766.900
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.164.253,61	8.839.779	9.049.799	8.973.679	8.665.979	8.241.039
03	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.162.005,91	4.219.489	11.191.550	11.168.100	11.149.740	10.999.958
04	Bestandsveränderungen u. a. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
05	Steuern und ähnliche Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	138.905.806,46	121.415.000	112.065.000	111.915.000	111.915.000	69.915.000
06	Erträge aus Transferleistungen	30.070.698,81	24.140.100	23.982.450	23.982.450	23.982.450	23.732.450
07	Zuwendungen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	113.872.466,81	90.777.560	76.125.880	73.185.880	73.180.770	68.115.770
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	12.256.080,00	16.778.895	17.239.540	17.582.510	17.919.360	18.228.740
09	Sonstige ordentliche Erträge	28.457.091,31	14.178.140	14.116.790	14.046.850	14.046.230	12.287.650
10	= Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 bis 9)	342.013.010,17	288.447.623	270.350.379	267.368.329	267.375.779	213.287.507
Ordentliche Aufwendungen							
11	Personalaufwendungen	43.698.071,11	45.710.009	49.672.943	49.741.543	50.317.933	50.409.863
12	Versorgungsaufwendungen	9.909.927,84	10.665.363	11.213.800	11.213.800	11.317.200	11.317.200
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.301.354,20	59.122.726	58.001.445	61.160.173	61.287.509	60.495.514
14	Abschreibungen	17.462.200,98	18.092.290	20.714.030	21.207.710	21.422.550	21.584.710
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzausgaben	46.104.885,96	44.168.456	48.602.506	49.211.156	49.227.836	17.225.896
16	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	32.667.142,70	30.544.200	30.544.200	30.544.700	30.544.700	22.445.200
17	Transferaufwendungen	94.424.419,40	95.672.660	101.133.270	101.140.900	101.133.400	94.128.720
18	Sonstige Ordentliche Aufwendungen	72.418,75	76.750	73.050	73.075	73.175	72.995
19	= Summe der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 11 bis 18)	-289.640.420,94	-304.052.454	-319.955.244	-324.293.057	-325.324.303	-277.680.098
20	= Verwaltungsergebnis (Position 10 J. Position 19)	42.372.589,23	-15.604.831	-49.604.865	-56.924.728	-57.948.524	-64.392.591
II. Finanzergebnis							
21	Finanzerträge	7.058.673,34	4.751.530	4.689.530	4.608.930	4.572.930	3.318.090
22	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	23.366.868,24	20.334.800	20.334.800	20.334.500	20.334.000	20.333.800
23	= Finanzergebnis (Position 21 J. Position 22)	-16.308.194,90	-15.583.270	-15.645.270	-15.725.570	-15.761.070	-17.015.710
24	= Ordentliches Ergebnis (Position 20 + Position 23)	26.064.394,33	-31.188.101	-65.250.135	-72.650.298	-73.709.594	-81.408.301
III. Außerordentliches Ergebnis							
25	Außerordentliche Erträge	2.542.168,13	108.390	108.390	108.390	105.000	30.000
26	Außerordentliche Aufwendungen	110.084,92	75.510	75.510	75.510	75.510	510
27	= Außerordentliches Ergebnis (Position 25 J. Position 26)	2.432.083,21	32.880	32.880	32.880	29.490	29.490
28	IV. Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Position 24 + Position 27)	28.496.477,54	-31.155.221	-65.217.255	-72.617.418	-73.680.104	-81.378.811
29	V. Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0
30	VI. Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen (Position 28 + Position 29)	28.496.477,54	-31.155.221	-65.217.255	-72.617.418	-73.680.104	-81.378.811

Die Ansätze der Verwaltungsergebnisse 2010 und der folgenden Jahre (Zeile 20) weisen eine deutliche Verschlechterung aus (in der Haushaltsplanung 2010 steigt der negative Saldo um 34,0 Mio. € gegenüber 2009). Dies resultiert auf der einen Seite aus der Erwartung sinkender Erträge (in 2010 allein ein Minus von insgesamt 18,1 Mio. € - Zeile 10) und auf der anderen Seite aus der Erwartung steigender Aufwendungen (in 2010 allein ein Plus in Höhe von 15,9 Mio. € - Zeile 19). Im Folgenden wird auf die Entwicklung 2010 im Vergleich zu 2009 Bezug genommen, tendenziell gelten die Aussagen aber auch für die folgenden Jahre.

Ordentliche Erträge

Größten Anteil an den sinkenden Erträgen im Jahr 2010 haben die niedriger veranschlagte Schlüsselzuweisung vom Land (2010: minus 16,1 Mio. €) sowie die Gewerbesteuer (2010: minus 9,0 Mio. € - Zeile 05).

Die Höhe der privatrechtlichen Leistungserträge (Zeile 01) wird maßgeblich bestimmt durch Grundstückserlöse. Hier wird konservativ eine Absenkung geplant. Der für die Finanzierung des städtischen Eigenanteils des Schulbauprogramms vorgesehene Erlös durch Verkäufe von Grundstücken ist aber weiter sichergestellt.

Die Erträge aus Transferleistungen (Zeile 06) verringern sich nur geringfügig.

Wie im Einzelnen beschrieben, ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben eine Steigerung durch Gebühreneinnahmen meist nicht oder nur in geringem Maß möglich. Im Bereich der Kindertagesstätten ist besonders im Hinblick auf die Offenbacher Bevölkerungsstruktur und die Aufgabe als Bildungsträger, vor allem für die Erziehung und Bildung der jüngsten Generation, eine Erhöhung der Gebühren nicht sinnvoll.

Es wird deutlich, wie eingeschränkt die Möglichkeiten der Stadt Offenbach zur Ertragssteigerung sind und wie abhängig sie vom Konjunkturverlauf ist, auf den sie keinen Einfluss nehmen kann. In diesem engen Rahmen macht die Stadt unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ihrer Bürger davon Gebrauch. Sie nutzt projektbezogen finanzielle Fördermöglichkeiten, um so mit möglichst geringem Eigenanteil einen großen Kostenwirkungsgrad und Nutzen für ihre Bürger zu erzielen.

Ordentliche Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind es vor allem die 2010 erwarteten steigenden Transferleistungen besonders im Sozialbereich (5,4 Mio. € - Zeile 17), die die Summe der Aufwendungen steigen lässt. Ursache für die Erhöhungen sind gesetzliche Ansprüche. Die von Offenbach zu erbringenden Transferleistungen von fast 100 Mio. € machen rund ein Drittel der ordentlichen Haushaltsaufwendungen aus.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verringern sich im Jahr 2010 durch die reduzierten Unterhaltungskosten im Bereich Gebäudeunterhaltung. Im Rahmen des Konjunkturprogramms wurden Maßnahmen aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt umgegliedert. Diese sind bis 2011 abzuarbeiten, weshalb ab dem Jahr 2011 Kapazitäten für die regulär anstehenden Sanierungsmaßnahmen bestehen (Zeile 13). Steigende Kosten ab 2011 resultieren auch aus generellen Preiserhöhungen (u.a. durch Baupreissteigerungen - ausgelöst durch das Konjunkturprogramm).

Die Abschreibungen erhöhen sich um 2,6 Mio. € durch Zugänge im Anlagevermögen (Zeile 14).

Die Zuweisungen und Zuschüsse (Zeile 15) erhöhen sich im Jahr 2010 insgesamt um 4,4 Mio. €, im Wesentlichen durch gestiegene Zuwendungen an freie Träger im Bereich der Kindertagesstätten in Höhe von 3,2 Mio. €.

Die vorangegangene Darstellung der Produktbereiche hat deutlich gezeigt, dass die Stadt Offenbach aufgrund von Landes- und Bundesgesetzgebung mit Aufgaben betraut wird, für die sie oft keine oder nur eine geringe Kostenerstattung erhält und derer, da es sich um Pflichtaufgaben handelt, sie sich nicht entledigen kann. Insgesamt wird die Ausgabenseite zu mehr als 97 % durch Pflichtaufgaben bestimmt.

Freiwillige Leistungen

Neben den Pflichtaufgaben erfüllt die Stadt Aufgaben, die gesetzlich nicht konkret vorgeschrieben sind, jedoch ebenso der Daseinsvorsorge dienen. Diese sogenannten freiwilligen Leistungen (aber wie bereits ausgeführt nur der Höhe nach freiwillig) betreffen die Bereiche Bildung, Kultur und Sport. Hier muss die Stadt Offenbach als Oberzentrum und Bildungsträger Angebote vorhalten bzw. unterstützen. Die Förderung von Kunst-, Kultur-, Sportvereinen und –initiativen ist Aufgabe jeder Stadt. Die freiwilligen Leistungen betragen in 2010 9,4 Mio. €. Dies entspricht einem Anteil von weniger als 3 % am Ausgabevolumen und ist damit als sehr niedrig anzusehen.

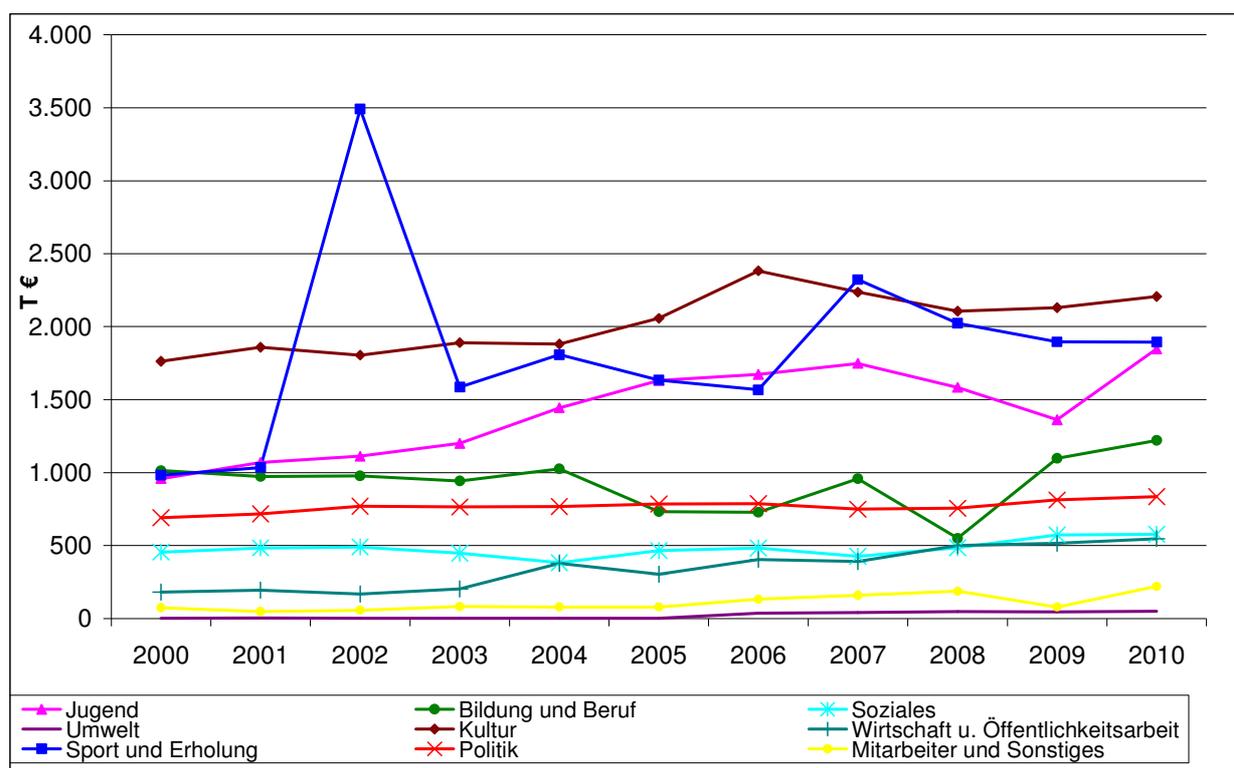
In der Vergangenheit wurden bereits zur Haushaltssanierung gerade in diesem Bereich Leistungen gekürzt (u.a. Schließung des Theaters und der Schwimmbäder). Ein minimales Angebot muss jedoch in Offenbach aufrechterhalten werden, um die Mindeststandards bei den sogenannten weichen Standortfaktoren zu erfüllen. Ansonsten verliert Offenbach jede Attraktivität für Einkommensbezieher und Gewerbebetriebe.

Unverzichtbar ist die Förderung freier Träger und Vereine in den Bereichen Kultur, Jugend, Soziales und Sport, die ihrerseits durch viel ehrenamtliches Engagement einen Beitrag leisten, der so von der Stadt nicht finanziert werden könnte. Aufgrund dieses Multiplikatoreffekts sind die Zuwendungen in diesem Bereich äußerst wirtschaftlich, so dass Kürzungen kontraproduktiv sind und deshalb davon abgesehen wird.

Die Höhe und Entwicklung der freiwilligen Leistungen bezogen auf verschiedene Bereiche wird in der folgenden Grafik auf Seite 92 dargestellt:

Sie zeigt, dass neben dem Schwerpunkt Kultur und Sport mit 4,1 Mio. € auch bei den freiwilligen Aufgaben die Priorität im Bereich von Jugend, Bildung und Beruf sowie Sozialem mit insgesamt 3,6 Mio. € liegt.

Freiwillige Leistungen der Stadt Offenbach



in T € \ Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Jugend	958	1070	1112	1200	1444	1631	1672	1748	1583	1363	1847
Bildung und Beruf	1013	972	978	943	1026	734	728	958	549	1098	1220
Soziales	455	484	491	447	381	465	482	425	485	573	577
Umwelt	1	3	1	2	1	2	37	41	46	45	51
Kultur	1762	1859	1805	1890	1881	2057	2382	2236	2106	2131	2207
Wirtschaft u. Öffentlichkeitsarbeit	181	194	168	203	378	302	405	390	499	515	547
Sport und Erholung	981	1034	3492	1586	1807	1634	1567	2322	2023	1895	1894
Politik	691	716	769	764	767	785	787	749	755	812	835
Mitarbeiter und Sonstiges	74	47	57	81	79	79	132	159	186	79	220
Summe	6115	6380	8874	7116	7764	7688	8192	9028	8232	8511	9398

Erläuterungen:

2000-2008: Rechnungsergebnisse. 2009 und 2010: Planansätze

4. Personalzahlen und -kosten

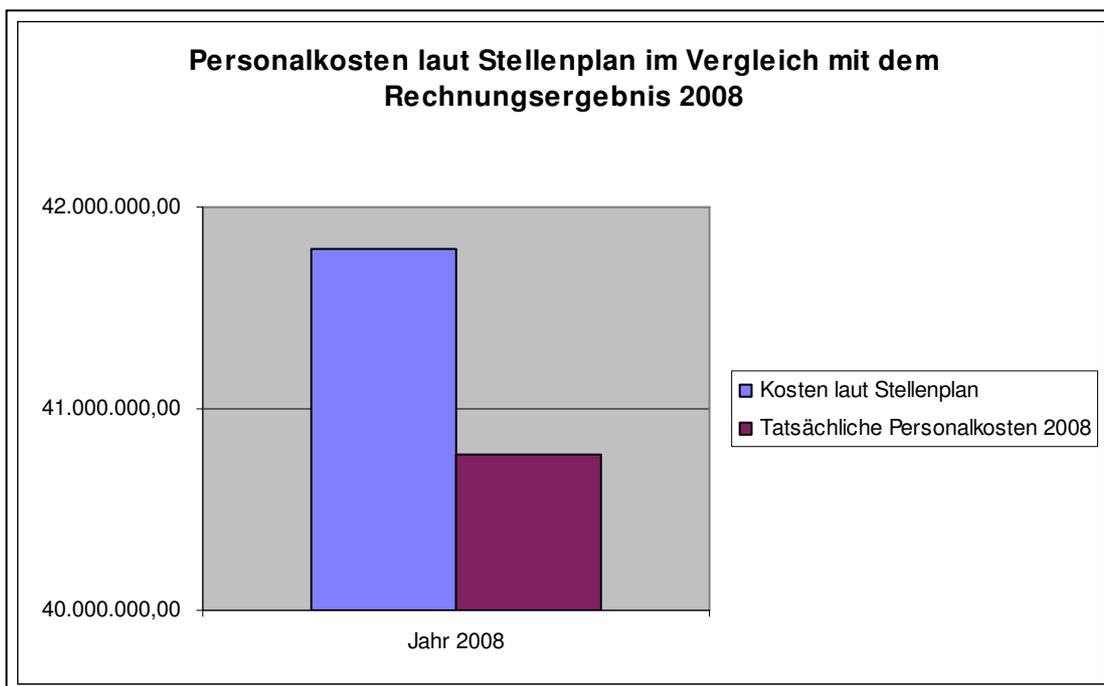
In den Vorjahren wurde hier der in der Stadtverwaltung Offenbach seit dem Jahre 1991 durchgeführte Stellenabbau ausführlich dargestellt. Durch Auslagerungen sowie Aufgabenkritik und Umorganisation konnten – anfänglich im größeren Umfang, dann eher vereinzelt – insgesamt rund 1.600 Stellen ausgliedert bzw. eingespart werden.

Vergleicht man die fiktiv fortgeschriebenen Personalkosten von 1991 (seinerzeit umgerechnet ca. 83 Mio. €, das waren mehr als 30 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt) mit den aufgrund der Sanierung niedriger ausgefallenen Personalkosten, so errechnet sich auf dieser Basis ein bereinigter kumulierter Sanierungserfolg von deutlich mehr als 300 Mio. €.

Die tatsächlichen Personalkosten sanken bis 2008 trotz Besoldungserhöhungen und Tarifsteigerungen auf 53,2 Mio. €, im Jahr 2009 werden sie voraussichtlich 53,1 Mio. € (= Ergebnis Hochrechnung August 2009) betragen. Für 2010 sind gemäß der neuen Bruttoveranschlagung 60,8 Mio. € eingeplant. Dies entspricht nach dem seitherigen Vorgehen einem Ansatz von 52,7 Mio. €. In diesem Ansatz ist eine Bezüge- bzw. Tarifierhöhung für Beamte und Beschäftigte in Höhe von 2,0 % enthalten. Die bisher anderen Bereichen zugeordneten Einnahmen wurden in Höhe von 6,6 Mio. € abgesetzt, ebenso die Zuführung zum Pensionsfonds.

Verbesserte Hochrechnungs- und Planungsgrundlagen sowie der sukzessive Aufbau eines Berichtswesens machen es seit 2009 möglich, den Fokus bei der Planung und Entscheidung im Bereich des Personalwesens nunmehr grundsätzlich vorrangig auf die Kosten und nicht mehr auf die Stellenanzahl zu richten. Folglich wird die oben letztmalig dargestellte Stellenbetrachtung zukünftig aufgegeben und das Augenmerk auf die Höhe der Gesamtpersonalkosten gelenkt, deren tatsächliche zeitnahe Reduzierung bzw. Begrenzung angestrebt und im HSK beleuchtet wird. Aus dem nachfolgenden – nur zum Zweck des besseren Verständnisses erstellten – Diagramm wird deutlich, warum die Betrachtung der Stellen nicht zwangsläufig zu einer sinnvollen Aussage über die Kosten führt. Es wird ersichtlich, wie hoch die tatsächlichen Personalkosten im Vergleich zu den fiktiven Kosten laut Stellenplan sind. In den tatsächlichen Personalkosten dieser Darstellung sind weder die externen noch die nicht beeinflussbaren Personalkosten enthalten, da diese im Stellenplan nicht abbildbar sind.

Abbildung 7



Die Abweichung des Istwertes vom Sollwert erklärt sich durch im Jahresverlauf zeitweise unbesetzte Stellen (z. B. aufgrund von Austritten, Beurlaubung, Mutterschutz oder Langzeiterkrankungen). Außerdem müssen Stellen für erwartete oder angekündigte Berufsrückkehrerinnen /-rückkehrer vorgehalten werden, auch wenn genaue Rückkehrtermine und damit tatsächlich entstehende Kosten noch nicht feststehen. Im Gegensatz zum Stellenplan können diese unterjährigen Vakanzen – sofern sie vorab bekannt sind – bei der Personalkostenplanung berücksichtigt werden. Erstmals wurden durch Schaffung von Einnahme-Untersachkonten zur Rückführung von Einnahmen, Zuschüssen etc. in den Personalkostenetat – wo immer möglich – Personalkostenerstattungen berücksichtigt. Die Kostenplanung ist damit nicht nur transparenter und nachvollziehbarer geworden, sie ist auch genauer.

Gleiches gilt für die erstmals in 2008 geänderte Form des Stellenplans (u. a. neue Gliederung nach Dezernaten und Ämtern, Aufbau eines Sonderstellenplans, Darstellung von Temporärstellen etc. Ferner wurden Stellen, bei denen die Stadt Personalkostenersatz erhält (s. o.), kenntlich gemacht. Auch können mit dieser Form des Stellenplans Stundenüberhänge dokumentiert werden, was zukünftiges Gegensteuern erleichtert. So ist weiter geplant, die durch bestehende Rechtsansprüche zur Erhöhung der individuellen Arbeitszeit ggf. entstehenden Überhänge durch Übertragung zusätzlicher Aufgaben, ggf. auch aus anderen Bereichen, zu vermeiden. Die bereits im Stellenplan verankerten Maßnahmen (z. B. Rückführung von Stellenwerten) werden konsequent umgesetzt.

Die weiterhin bestehende Verpflichtung der Stadt zur Erfüllung ihrer (teilweise zunehmenden) gesetzlichen Aufgaben schränkt den Spielraum für weitere, seitens der Aufsichtsbehörde auferlegte Personalreduzierungen allerdings stark ein. So ist fraglich, ob die bereits heute ca. 50 mit kw-Vermerken versehenen Stellen bzw. -anteile bei ihrem Freiwerden gänzlich oder zumindest teilweise gestrichen werden können. Neue, der Stadt durch Gesetze oder Verordnungen übertragene Aufgaben, sind meist nicht ohne entsprechendes Mehrpersonal zu erledigen.

So erklärt sich auch, dass sich die Gesamtstellenzahl der Kernverwaltung im Stellenplan 2010 durch Neuschaffungen und Stundenerhöhungen um 26,4 Stellen erhöht hat, die geplanten Personalkosten aber dennoch unter denen des Rechnungsergebnisses 2005 liegen werden.

Die Stadt Offenbach hat sich zudem entschieden, das von der KGSt seit Jahren erfolgreich angewandte und im Jahr 2009 weiterentwickelte Verfahren zur Stellenbewertung anzuwenden, was eine Neubewertung aller Stellen erforderlich macht. Aufgrund dann einheitlich geltender und anzuwendender Bewertungsmerkmale ist auch eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten ähnlichen Zuschnitts im Hinblick auf Stellenplan- und Personalkostenanalysen sowie zusätzliche Berichts- und Auswertungsmöglichkeiten gegeben.

Die anschließende Abbildung gibt eine Übersicht, wie viele Stellen in den verschiedenen Bereichen der Kernverwaltung vorhanden sind.

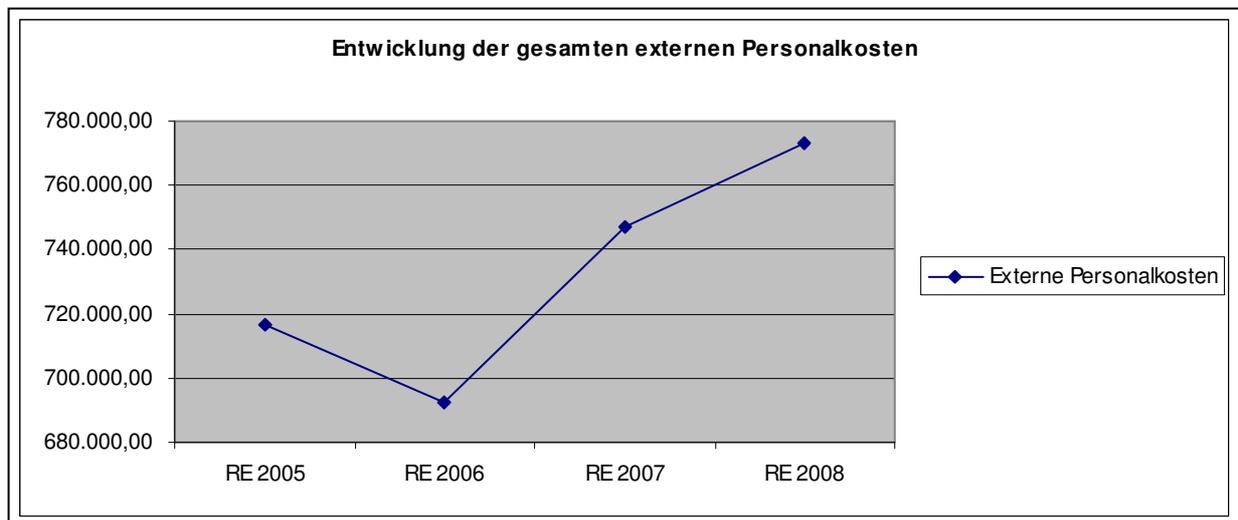
Abbildung 8

Stellen-Soll der Stadtverwaltung Offenbach 2010	
Bereich	Stellen Soll
Innere Verwaltung <u>Ämter:</u> Stadtverordnetenbüro, Personalamt, Personalvertretung, Hauptamt, Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Revisionsamt, Frauenbüro, Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Rechtsamt	166,8
Sicherheit und Ordnung <u>Ämter:</u> Ordnungsamt, Feuerwehr, Bürgerbüro, Ausländeramt, Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration	259,3
Schulträgeraufgaben <u>Amt:</u> Stadtschulamt	45,8
Kultur, Sport und Wissenschaft <u>Ämter:</u> Forum Kultur und Sport, VHS	69,7
Soziale Leistungen <u>Ämter:</u> Sozialamt, Ausgleichsamt, Wohnungs-, Versicherungs- und Standesamt	96,4
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe <u>Amt:</u> Jugendamt	119,1
Gesundheitsdienste <u>Ämter:</u> Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Stadtgesundheitsamt	35,6
Räumliche- und Freiflächenplanung, Bauen, Verkehrsflächen <u>Ämter:</u> Stadtplanung und Baumanagement, Vermessungsamt, Bauaufsichtsamt	93,3
Umweltschutz <u>Amt:</u> Amt für Umwelt, Energie und Mobilität	14,3
Wirtschaftsförderung und Liegenschaften <u>Amt:</u> Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	16,5
Gesamt	916,9

Die Festlegung der Ausbildungsquoten wurde neu vereinbart. Das vorrangige Ziel ist es, bedarfsgerecht auszubilden und Auszubildenden zeitnah nach Abschluss ihrer Ausbildung eine feste Planstelle anbieten zu können. Damit soll nach der Ausbildung eine überplanmäßige Besetzung auf Temporärstellen möglichst vermieden werden. Im Jahr 2009 wurden deshalb lediglich 3 Auszubildende in das Beamtenverhältnis auf Widerruf ernannt, im Jahr 2010 werden es voraussichtlich 5 sein. Wie in 2009 wird ein entsprechender Stellenpool von 30 Stellen für alle in der Ausbildung befindlichen Inspektor- und Sekretäranwärterinnen bzw. -anwärter vorgehalten.

Da externe Personalkosten nicht im Stellenplan abzubilden sind, werden ab 2009 diese – dezentral von den jeweiligen Ämtern geplanten – Personalkosten gesondert betrachtet. Im Jahr 2006 betrug der Anteil dieser externen Personalkosten an den Gesamtpersonalkosten rund 1,3 %, im Jahr 2008 rund 1,5 %.

Abbildung 9



Grund der Kostenschwankungen ist der flexible Einsatz von befristet beschäftigtem Personal, der in erster Linie im Bereich des Jugendamtes, im Kulturbereich und in geringem Maße im Stadtgesundheitsamt genutzt wird. Für das Jahr 2010 sind ca. 1,9 % externe Personalkosten durch die Ämter eingeplant worden. Dies entspricht in etwa dem Planansatz von 2009. Die Mehrkosten sind insbesondere auf die verstärkte Schwerpunktsetzung im Bereich Jugend und Kultur zurückzuführen.

Die externen Personalkosten werden in den neuen Personalkostenberichten ebenso wie die o. a. Einnahmen separat abgebildet, was die Nachvollziehbarkeit für die betroffenen Ämter erheblich verbessert.

Der Vergleich der Personalausgaben der Stadt Offenbach mit denen der anderen kreisfreien hessischen Städte zeigt, dass Offenbach weiter deutlich unter dem vergleichbaren Niveau der anderen Städte liegt:

Abbildung 10

Stand: 20.05.2009

Hessisches Statistisches Landesamt									
Personalausgaben der kreisfreien Städte 2000 bis 2007 in Euro pro Einwohner / Einwohnerin									
Quelle: Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden/Gv.									Trend OF
kreisfreie Stadt	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Darmstadt									
insgesamt:	97.429.628	98.322.611	100.985.411	100.433.654	100.719.904	96.387.805	98.364.094	95.854.861	
Einwohner	138.242	138.457	138.959	139.698	140.078	140.562	141.257	141.635	
PKO pro Einw.	705	710	727	719	719	686	696	677	
Frankfurt									
insgesamt:	522.124.813	522.562.409	532.749.101	542.120.789	526.955.337	468.835.726	468.703.758	519.811.539	
Einwohner	646.550	641.076	643.726	643.432	646.889	651.899	652.610	655.338	
PKO pro Einw.	808	815	828	843	815	719	718	793	
Wiesbaden									
insgesamt	180.393.134	187.606.691	193.755.363	195.927.166	191.985.824	191.241.006	189.696.642	194.602.083	
Einwohner	270.109	271.076	271.553	271.995	274.076	274.611	275.562	275.463	
PKO pro Einw.	668	692	714	720	700	696	688	706	
Kassel									
insgesamt:	116.486.193	118.642.041	120.527.205	122.597.496	121.098.553	125.078.188	105.637.472	125.750.325	
Einwohner	194.766	194.748	194.146	194.322	194.464	194.427	193.518	193.418	
PKO pro Einw.	598	609	621	631	623	643	546	650	
Offenbach									
insgesamt:	50.550.151	51.547.237	52.264.927	53.058.506	54.083.615	53.530.136	52.886.671	53.820.491	53.133.213
Einwohner	117.535	118.429	119.233	119.208	119.527	119.430	118.533	118.005	118.555
PKO pro Einw.	430	435	438	445	452	448	446	456	448

Die PKO verstehen sich **einschließlich** der externen PKO

Die PKO 2008 für Offenbach beruhen auf den städtischen Rechnungsergebnissen, Angaben des Hess. Stat. Landesamtes liegen noch nicht vor
Die Bevölkerungszahlen sind zum Stand 31.12. des jeweiligen Jahres angegeben, *abweichender Stand: 30.09.2007

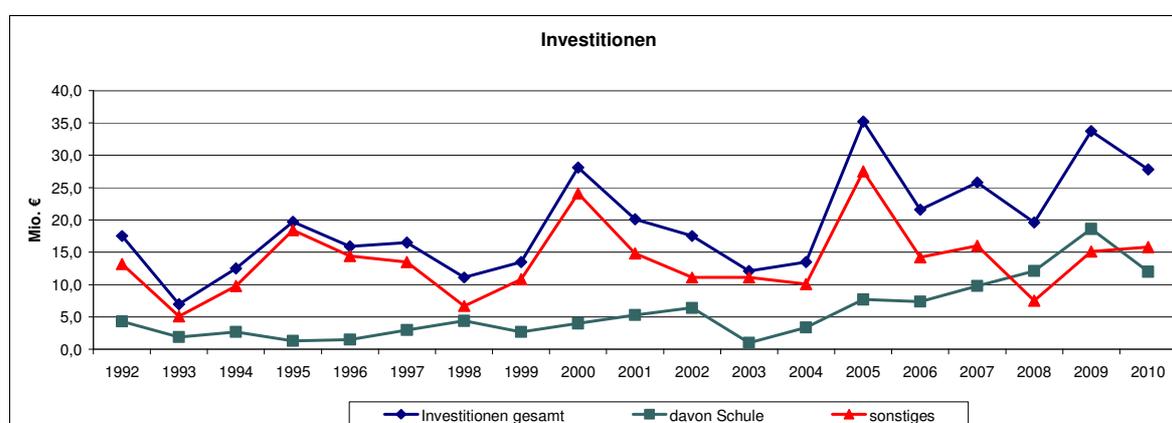
Seitens der prüfenden Mummert Consulting AG wurde im Schlussbericht der 91. Vergleichenden Prüfung (Konsolidierung der Großstädte, Sept. 2004) festgestellt, dass die Personalausgaben pro Einwohner "im Jahr 2002 deutlich unter dem Niveau der anderen Städte" lagen.
Diese Aussage kann für die folgenden Jahre bis 2007 bestätigt werden und setzt sich voraussichtlich auch für 2008 fort

Im Personalbericht 2009 (ebenso wie in den früheren Personalberichten) werden detailliert die Personalentwicklung in der Stadt, die Erfolge der Konsolidierungsbemühungen und Beiträge zur Haushaltssicherung wiedergegeben. Dieser Bericht ist in Inter- und Intranet eingestellt und damit auch der Kommunalaufsicht zugänglich. Soweit die hier wiedergegebenen Informationen nicht ausreichen, verweisen wir daher auf den Personalbericht 2009.

5. Investitionen und Finanzierung

Bedeutende öffentliche Investitionen haben nach dem Bau der S-Bahn in den 90er Jahren in Offenbach (mit Ausnahme des Neubaus des Klinikums, der u.a. durch städtisch verbürgte Kredite finanziert wird) nicht mehr stattgefunden. Die Investitionstätigkeit der Stadt diente im Betrachtungszeitraum weitgehend der Substanzerhaltung der Infrastruktur und der Anpassung an sich ändernde Bedürfnisse. Aber selbst die Substanzerhaltung konnte nur begrenzt gewährleistet werden. Eine an sich notwendige Ausweitung des Investitionshaushalts ist angesichts der Finanzsituation Offenbachs nicht möglich. Ein Sonderfall ist das Schulbau- und Schulsanierungsprogramm.

Abbildung 11



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Investitionen gesamt	17,5	7,0	12,5	19,7	15,9	16,5	11,1	13,5	28,1	20,1	17,5	12,1	13,5	35,2	21,6	25,8	19,6	33,7	27,8
davon Schule	4,3	1,9	2,7	1,3	1,5	3,0	4,4	2,7	4,0	5,3	6,4	1,0	3,4	7,7	7,4	9,8	12,1	18,6	12,0
sonstiges	13,2	5,1	9,8	18,4	14,4	13,5	6,7	10,8	24,1	14,8	11,1	11,1	10,1	27,5	14,2	16,0	7,5	15,1	15,8

Erläuterungen:

1992-2008 Rechnungsergebnisse, 2009 und 2010: Planansätze

Anmerkungen zu den Zahlen 1992 – 2007:

- 1993 entstand im Bereich der S-Bahn ein negatives Ergebnis, da für den Bau der S-Bahn veranschlagte Haushaltsausgabereste aufgelöst werden konnten.
- 2000 und 2005 wurden in die Rumpenheim Südwest GmbH 12,1 Mio. € bzw. 14,5 Mio. € Grundstückswerte eingelegt, so dass sich die Gesamtinvestitionen entsprechend erhöhten.

Aufgrund der Finanzsituation und zur Vermeidung einer Nettoneuverschuldung Offenbachs wurde der Planansatz für Investitionen außerhalb des beschlossenen Schulbausanierungsprogramms im Durchschnitt der Folgejahre auf 15 Mio. € p.a. in den nächsten Jahren festgesetzt. Die Stadt bewegt sich damit am untersten Limit. Die Abbildung 11 zeigt die Aufwendungen für Investitionen in der Zeit von 1992 bis 2009.

Seit 2008 ist erkennbar, dass die Stadt Offenbach mit dem Schulbausanierungsprogramm den Schwerpunkt auf die Verbesserung des kindlichen Bildungsumfelds legt. Im Jahr 2010 sind hierfür 12,0 Mio. € bereitgestellt.

Bei den zu realisierenden sonstigen Investitionen in Höhe von 15,8 Mio. € werden im Zuge einer Priorisierung hauptsächlich Bauprojekte verfolgt, die

- bereits begonnen wurden (z.B. Mainzer Ring),
- bei denen im Fall der Untätigkeit Gefahr in Verzug entstehen könnte (Brandschutzmaßnahmen Rathaus, Investitionen im Bereich der Feuerwehr) oder
- große Anteile an EU-, Bundes- oder Landesmitteln (Hochwasserschutz, Umsetzung HEGISS) verbunden mit der Maßgabe, eine signifikante Qualitätsverbesserung des Standorts Offenbach zu verwirklichen, genutzt werden können.

Weitere für Offenbach wichtige Investitionen in der Stadt, die aber nicht aus Haushaltsmitteln finanziert werden, werden sein:

- die für 2009 vorgesehene Fertigstellung und Inbetriebnahme im Jahr 2010 des Neubaus des Klinikums mit der damit verbundenen Neuorganisation des Klinikumgeländes; dieses Projekt wird durch kommunal verbürgte Kredite und einen Zins- und Tilgungszuschuss des Landes über insgesamt 50 Mio. € finanziert (siehe auch Kapitel 7)
- die Sanierung und Entwicklung des Gebiets des ehemaligen (mit Altlasten verunreinigten) Industriebahnhofs, finanziert durch die stadt-eigene SOH
- die Entwicklung des Baugebiets An den Eichen, dem ehemaligen und zwischen 2001 - 2005 abgerissenen sozialen Brennpunkt Lohwald, ebenfalls finanziert durch die SOH

Finanzierung Schulbausanierungsprogramm

Über das Schulbau- und Sanierungsprogramm hat die Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2007 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Die erste Ermittlung des bestehenden Sanierungsbedarfs incl. Neu- und Erweiterungsbauten ergab ein Volumen von rd. 250 Mio. €.

Zur Operationalisierung der im Grundsatzbeschluss festgelegten Ziele sind in einer ersten Tranche für die laufende Legislaturperiode rd. 105 Mio. € an Maßnahmen nach einem Prioritätenkatalog bestimmt worden. Diese sind in den Haushalten und Investitionsprogrammen bis incl. der noch zu beschließenden Haushaltsplanung für das Jahr 2010 gemäß nachstehender Tabelle umgesetzt worden.

Gesamtübersicht

veranschlagt im Haushaltsplan	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
2007	7.995.000		200.000	600.000				
2008	7.995.000	16.650.000	17.390.000	11.880.000	6.820.000			
2009	7.995.000	16.650.000	17.790.000	12.080.000	7.020.000	5.470.000		
2010	7.995.000	16.650.000	17.790.000	10.210.000	13.940.000	6.265.000	5.200.000	

Das Schulbauprogramm umfasst für die Zeit bis 2012 neun Schulen. Folgende Maßnahmen sind geplant:

- die Sanierung maroder Baustrukturen; insbesondere die Schulbauten aus den 1970er Jahren weisen erhebliche Baumängel auf. Teilweise mussten Schultrakte bereits geschlossen werden.

- den Ausbau der Schulen für den Ganztagsunterricht
- die Erweiterung der Gymnasien für G8
- die Erweiterung und Anpassung der Berufsschulen an die geänderte Bedarfslage (Trend zum beruflichen Gymnasium)
- die energetische Sanierung, dies ist insbesondere durch die drastischen Energiepreiserhöhungen von großer Bedeutung
- die Erfüllung des Mindeststandards in den Ausschreibungen, angelehnt an den Richtlinien zur Klassengröße etc.

Darüber hinaus ist vorgesehen, drei der neun Schulen, nämlich die Beethovenschule, die Käthe-Kollwitz-Schule und die Theodor-Heuss-Schule, im Rahmen eines PPP-Verfahrens zu bauen bzw. zu sanieren (siehe auch Kapitel 6).

In den bisher bereitgestellten Mitteln sind die Transaktionskosten für das ÖPP/PPP-Verfahren mit insgesamt 2,5 Mio. € in den Jahren 2007 bis 2012 enthalten.

Für den Neubau der Beethovenschule, den Erweiterungsbau der Käthe-Kollwitz-Schule und der Theodor-Heuss-Schule sowie für die Sanierung und Umnutzung der Theodor-Heuss-Schule und Käthe-Kollwitz-Schule wurden die Mittel zunächst mit etwa 6 % des Planvolumens in die jeweiligen Haushalte eingestellt, da die Abwicklung incl. der Finanzierung über das ÖPP/PPP-Verfahren dargestellt werden sollte. Im Laufe der Verhandlungen haben sich Probleme ergeben, die weitgehende Eingriffe in das Verfahren erforderlich machten. Da das Thema aufgrund gesetzlicher Rahmenbedingungen des Ausschreibungsverfahrens kommunikationsempfindlich ist und die Eröffnung der endgültigen Angebote der Bieter erst am 27.10.2009 stattfinden wird, können zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltssicherungskonzepts keine weiteren Informationen gegeben werden. Hierzu wird ein gesonderter Bericht an den Regierungspräsidenten ergehen.

Im Zuge des aufgelegten Konjunkturprogramms ist darüber hinaus der Erweiterungsneubau und die Sanierung des Altbaus der Grundschule Buchhügel vorgezogen worden. Die Maßnahme wird zusammen mit den restlichen Baumaßnahmen des Konjunkturprogramms auf dem Wege einer Änderungsliste zum Haushaltsplan 2010, die vom Haupt-, Finanz- und Ausschuss für Beteiligungen zum Haushaltsantrag erhoben wird, in die Planung eingebracht.

Finanzielle Abwicklung

Bis zum 31.12.2008 sind einschließlich übertragener Reste 24,6 Mio. € für Schulbau und Sanierung zur Verfügung gestellt worden. Die Reste des Jahres 2007 sind in den (letzten) kameralen Abschluss zum 31.12.2007 eingegangen. Die Reste des Jahres 2008 sind als Planungsüberhänge in den fortgeschriebenen Ansätzen des Haushaltsjahres 2009 enthalten. Die Darstellung der Mittel bis 31.12.2008 im Einzelnen:

Stand	31.12.2007	31.12.2008
Bereitgestellte Mittel einschließlich übertragener Reste:	7.995.000,00	24.645.000,00
Ausgaben	2.855.390,16	12.236.870,07
noch zur Verfügung	5.139.609,84	12.408.129,93
Aufträge Mittel	2.077.541,20	8.419.558,43
Aufträge VE		14.330.000,00
Gesamtaufträge	2.077.541,20	22.749.558,43

Zur Unterlegung der Schulbaufinanzierung wurde eine Schulbaurücklage begründet, in die die jährlichen Erlöse aus Grundstücksverkäufen einfließen.

Mit dem Wechsel zur Doppik zum 01.01.2008 sind Rücklagen nur noch als dotierte Rücklagen und zweckgebunden darzustellen. Hatte die Allgemeine Rücklage per 31.12.2007 32,7 Mio. € betragen, so zeigten die Rücklagen zum 01.01.2008, aus Cash-Zuführungen entstanden, einen Bestand von 17,5 Mio. €. Die Schulbaurücklage betrug demnach 15,4 Mio. €. Die Berechnung wurde mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eversheim Stuiblé abgestimmt.

Zur Finanzierung des Schulbau- und Sanierungsprogramms im Planjahr 2008 wurde eine Entnahme von 10,6 Mio. € aus der Schulbaurücklage geplant. Da nur 25,5 % der geplanten Ausgaben tatsächlich verausgabt wurden, betrug die tatsächliche Entnahme im Jahr 2008 nur 2,7 Mio. €. Der Bestand der Schulbaurücklage per 31.12.2008 betrug 26,3 Mio. €. Für die Planjahre 2009 bis 2012 sind derzeit folgende Entnahmen aus der Schulbaurücklage geplant:

Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
13.212.980 €	6.714.070	5.601.180 €	4.060.050 €

Die finanzielle Abwicklung des Schulbau- und Sanierungsprogramms weist per 31.07.2009 inklusive übertragener Reste 42,4 Mio. € aus. Hiervon wurden 21,1 Mio. € bereits verausgabt. Aktuell bestehen darüber hinaus Aufträge in einer Höhe von 15 Mio. €.

6. Städtisches Vermögen (Beteiligungen, Grundstücke)

Eine Übersicht über das vollständige Vermögen der Stadt wurde im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz gefertigt und im 3. Quartal 2009 den Gremien zur Beschlussfassung gegeben. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltssicherungskonzepts wird die Eröffnungsbilanz vom Revisionsamt geprüft.

An dieser Stelle soll vor allem die Höhe der Grundstücksveräußerungen zur Finanzierung des Schulbausanierungsprogramms gezeigt werden. Vor dem Verkauf der Grundstücke wird die Genehmigung der Kommunalaufsicht eingeholt. Eine Übersicht mit den geplanten Verkaufswerten mit Stand September 2009 zeigt das Volumen der Eigenbeteiligung.

RE 2007	RE 2008	HP 2009	HP 2010	HP 2011	HP 2012	HP 2013
4,9 Mio. €	2,4 Mio. €	6,4 Mio. €	5,0 Mio. €	5,0 Mio. €	5,0 Mio. €	5,0 Mio. €

Im Jahr 2007 wurden Grundstücke im Wert von 4,9 Mio. € veräußert. Im Jahr 2008 sind 2,4 Mio. € und bis zum 07.09.2009 10,0 Mio. € eingenommen worden – insgesamt also 20,8 Mio. €. Grundsätzlich werden die Grundstücke zu Preisen veräußert, die sich an der Marktentwicklung orientieren.

Beitrag der Stadtwerke Offenbach Holding GmbH (SOH) zum städtischen Haushalt 2008 – 2010

Nach kommunalaufsichtlicher Vorgabe hat die Stadt Offenbach zur Finanzierung von Schulbauten vor dem Hintergrund der prekären Haushaltssituation zu einem Drittel Eigenmittel (insbesondere durch Vermögensveräußerungen) einzusetzen. Zur Sicherung dieser Vorgabe wurde mit der Haushaltsgenehmigung 2008 vom 28. Mai 2008 die Auflage verbunden, 30,0 Mio. € an Rücklagemitteln der SOH zur Finanzierung der Schulbaumaßnahmen einzusetzen.

In Abstimmung mit dem Regierungspräsidium sollte die SOH Aufgaben und damit verbundene Kosten der Kommune übernehmen. Darüber hinaus sollte die Gesellschaft städtische Liegenschaften in einer Größenordnung von insgesamt ca. 10,0 Mio. € kaufen.

Die Vorgaben wurden umgesetzt.

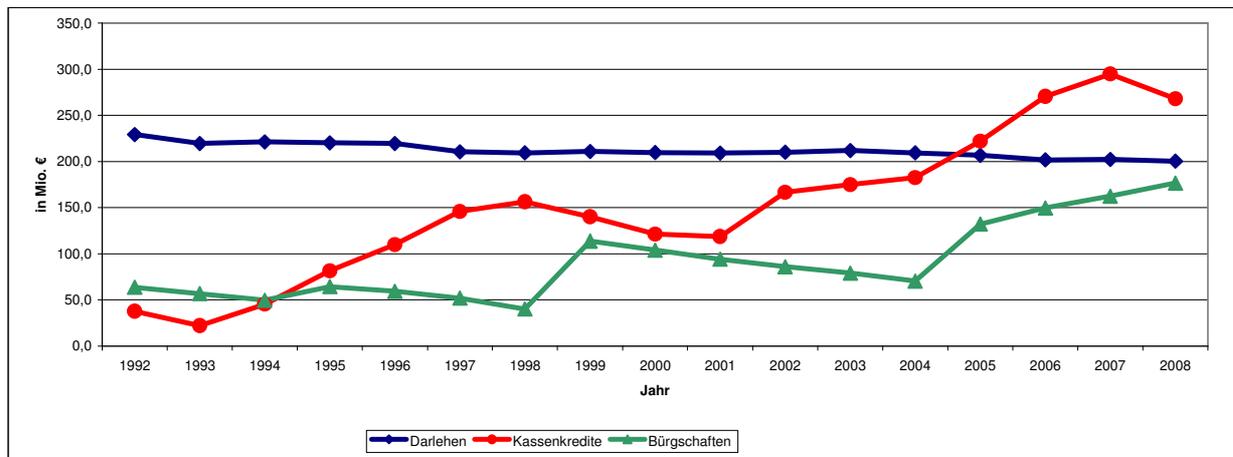
7. Kreditaufnahmen, Schuldenstand, Bürgschaften

In diesem Kapitel wird im Rahmen der Finanzierungstätigkeit des Finanzhaushalts eine Übersicht über den Schuldenstand, den Stand der Kreditaufnahmen und Bürgschaften sowie die Entwicklung des Altdefizits gezeigt.

Abbildung 12

Übersicht Darlehen, Kassenkredite und Bürgschaften

Stand: jeweils 31.12.



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Darlehen	229,2	219,5	221,4	220,2	219,6	210,5	209,5	210,9	209,7	209,1	210,2	212,0	209,5	206,7	201,7	202,2	200,4
Kassenkredite	37,6	22,1	45,2	81,6	109,9	145,7	156,5	140,1	121,2	118,6	166,5	175,0	182,5	222,0	270,5	295,0	268,0
Bürgschaften	63,6	56,6	49,6	64,4	59,3	51,9	40,2	113,8	104,0	94,0	86,0	78,9	70,5	132,3	149,5	162,5	176,7

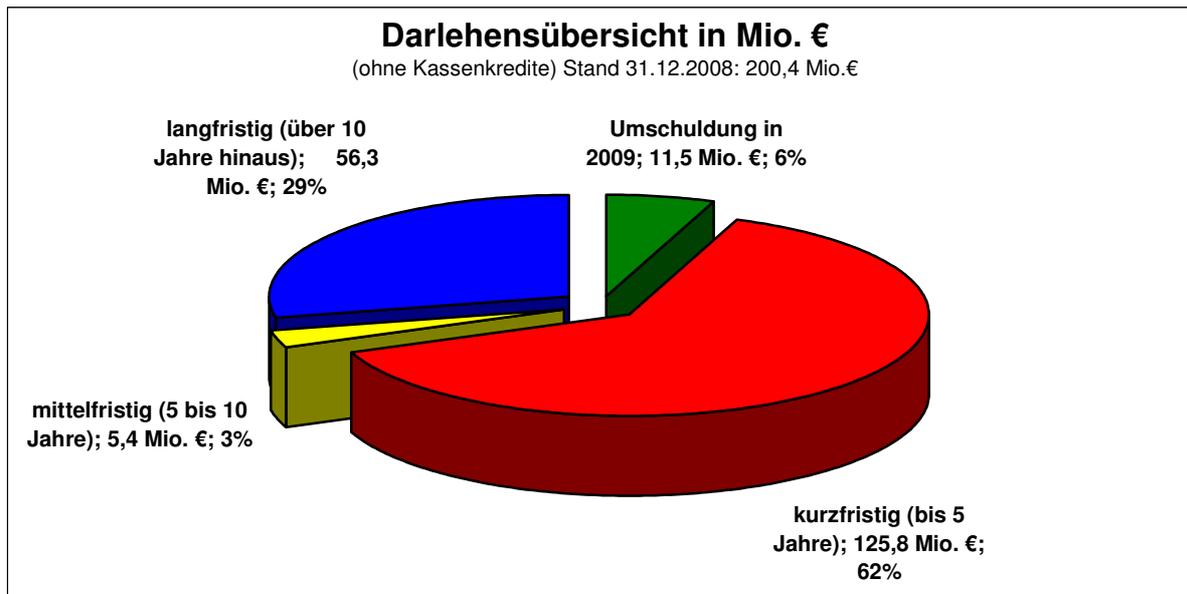
Im Jahr 2008 wurden die Darlehen aus Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung in den letzten Jahren leicht abgebaut und liegen nunmehr bei 200,4 Mio. €. Auch das Volumen der Kassenkredite zur Finanzierung der Defizite der laufenden Haushalte (bis 2007 bezeichnet als Verwaltungshaushalt, seitdem Ergebnishaushalt) konnte mit Stichtag 31.12.2008 auf 268,0 Mio. € gesenkt werden.

Aufgrund der Rezession und der verringerten Gewerbesteuer ist der Bedarf an Kassenkrediten im Jahr 2009 wieder gestiegen. Er betrug zum 31.08.2009 274,0 Mio. €.

Darlehensübersicht

Nachfolgende Übersicht (Abbildung 13) zeigt die gegenwärtige Struktur gegliedert nach Restlaufzeiten. Für 2009 stehen 11,5 Mio. € (6 % des Volumens) zur Umschuldung an, von denen bis zum 31.03.2009 bereits 5 Mio. € umgeschuldet wurden.

Abbildung 13



Weitere 125,8 Mio. € (62 % des Volumens) sind innerhalb der nächsten 5 Jahre neu zu verhandeln. Im mittelfristigen Bereich sind 5,4 Mio. € gebunden, das sind 3 % der Darlehen. Die langfristigen Darlehen (über 10 Jahren) umfassen ein Volumen von 56,3 Mio. € (29 % des Volumens). In den letzten Jahren refinanziert die Stadt nur begrenzt langfristig, da die Zinsen sich im kurzfristigen Bereich günstiger entwickelt haben als im langfristigen Bereich.

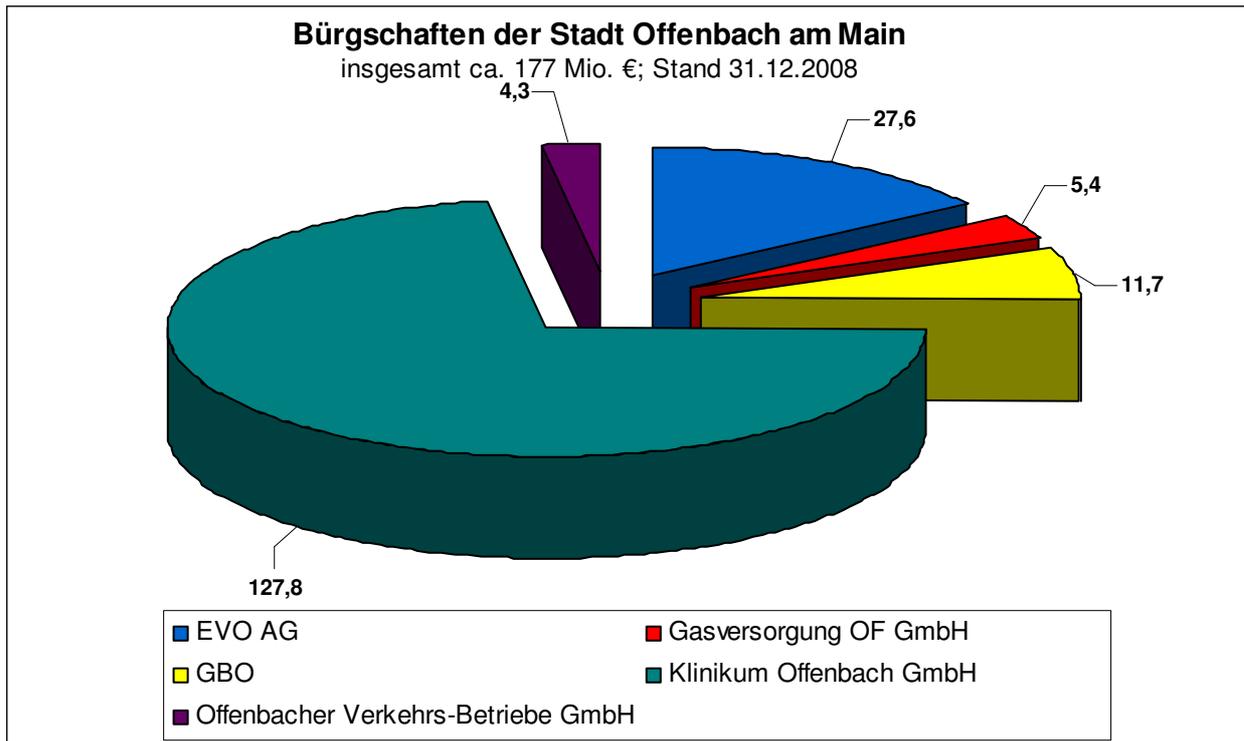
Kassenkredite

Die Kassenkredite sind durchgehend kurzfristig finanziert. Durch ihre kurzen Laufzeiten und die kommunale Absicherung sind die Konditionen als sehr gut zu bezeichnen. Kassenkredite stellen inzwischen wie in vielen anderen Kommunen, so auch in Offenbach, eine Art Dauerfinanzierung dar. Grundsätzlich widerspricht diese Form der Finanzierung dem Grundgedanken der Kassenkredite, die eigentlich nur der Abdeckung kurzfristig auftretender Unterdeckungen dienen sollten.

Bürgschaften

Die Stadt Offenbach übernimmt Bürgschaften für Eigenbetriebe und Gesellschaften im städtischen Eigentum, um diesen Kreditaufnahmen zu den günstigen Bedingungen, die für Kommunen gelten, zu ermöglichen. Meist sind dies langfristige Kredite. Die folgende Grafik (Abbildung 14) zeigt den Stand der Bürgschaften von insgesamt 177 Mio. € mit Stichtag zum 31.12.2008 und deren Aufteilung:

Abbildung 14



Die Bürgschaften für die EVO (27,6 Mio. €) und Gasversorgung Offenbach (5,4 Mio. €) stammen noch aus der Zeit, als diese kommunale Gesellschaften waren. Sie dienen im Wesentlichen dem Ausbau des Müllheizkraftwerks und dem Ausbau der Versorgungsnetze.

Der überwiegende Teil der bestehenden städtischen Bürgschaften (127,8 Mio. €) wurden dem städtische Klinikum gewährt. Die Bürgschaften für das Klinikum dienen im Wesentlichen der Absicherung der Kredite, die für die Finanzierung des Neubaus notwendig sind.

Die Bürgschaften an die GBO wurden für die 2006/07 durchgeführten Maßnahmen zur Modernisierung und Wärmedämmung vergeben.

Die OVB nutzt Bürgschaften zur Finanzierung der Erneuerung der Busflotte.

Insgesamt hat die Stadt Offenbach Bürgschaften mit Stand 31.12.2008 in Höhe von 176,8 Mio. € übernommen.

Darlehen und Bilanzsumme der wirtschaftlichen Beteiligungen

Die folgende Tabelle (Abbildung 15) zeigt die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten der wirtschaftlichen Beteiligungen zum 31.12.2008. Ebenfalls zeigt diese Tabelle die Bilanzsumme (Anlage- und Umlaufvermögen) der wirtschaftlichen Beteiligungen. Hierbei wird deutlich, dass die anteiligen Verbindlichkeiten knapp 40 % der anteiligen Bilanzsumme darstellt.

Abbildung 15

Gesellschaft	Anteil	anteilige Bilanzsumme in Mio. €	anteilige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Mio. €
<u>Beteiligung an wirtschaftliche Unternehmen</u>			
Klinikum Offenbach GmbH	100,0%	251,4	121,0
SOH	100,0%	119,7	9,6
LNO	100,0%	0,6	0,0
GOAB	98,0%	4,1	0,0
OSG	64,5%	0,2	0,0
MainArbeit GmbH	51,0%	0,0	0,0
<u>Sondervermögen mit Sonderrechnung</u>			
EKO	100,0%	5,4	0,0
ESO	100,0%	89,5	50,3
<u>Zweckverbände</u>			
ZV Wasserverband Bieber	25,0%	0,0	0,0
ZWO	50,0%	8,6	6,2
Summe		479,4	187,1

8. Abstimmung des Haushaltssicherungskonzepts mit den Leitlinien des Innenministeriums

Die Erläuterung orientiert sich an der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden im Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 3.8.2005 (StAnz. S. 3261).

1. Gesamtausgaben

Wie in Kapitel 2 und 3 dargestellt, entwickeln sich die von der Stadtverwaltung Offenbach beeinflussbaren Kosten seit Jahren in etwa mit der Inflationsrate (Zinsausgaben, Verwaltungs- und Betriebsausgaben, bereinigt um Kosten der Unterkunft). Insgesamt steigend sind die nicht beeinflussbaren Kosten für den Sozialtransfer und die Aufgaben im Jugendbereich wie Kindergärten. Dies wurde im Rahmen des vorliegenden Haushaltssicherungskonzepts mehrfach dargelegt.

2. Personalkosten

Wie in Kapitel 4 erläutert, tragen die Stellenreduzierungen der vergangenen Jahre erheblich zur Konsolidierung der Ausgaben bei. Jedoch sind aufgrund von neuen bzw. umfangreicheren Aufgaben (z.B. Jugendhilfe, Umsetzung des Konjunkturprogramms, Feuerwehr und Stadtpolizei) gegenwärtig Stellenneuschaffungen unumgänglich.

3. Gebühren und Beiträge

Die Stadt Offenbach hat bereits aus Effizienzgründen einen Großteil der Gebühren- und Beitragshaushalte in Form von Eigenbetrieben und Gesellschaften (ESO, EVO) ausgegliedert, was sich in regelmäßigen Erträgen aus Beteiligungen (Rechnungsergebnis 2008: 1,8 Mio. €) zeigt. Außerdem werden Erträge aus den Konzessionsverträgen zu Strom, Wasser und Gas erzielt (Rechnungsergebnis 2008: 6, 8 Mio. €). Ein nennenswerter Beitrag für die Haushaltskonsolidierung ist durch Gebührenerhöhung nicht zu erreichen. Nach der Kommentierung zum Kommunalabgabengesetz (KAG) sollen sich die Gebühren nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Benutzer richten. Dies wird in Offenbach umgesetzt. Bezüglich der Elternentgelte in Kinderbetreuungseinrichtungen siehe unten.

4. Elternentgelte in Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Elternentgelte in Kinderbetreuungseinrichtungen decken zu weniger als 25 % die Kosten. Hiervon müssen zudem noch ca. 50 % gem. § 90 SGB VIII durch die Stadt übernommen werden (siehe auch Kapitel 3.5.1). Die Offenbacher Kita-Gebühren nehmen im Vergleich zu Frankfurt, Wiesbaden und anderen Nachbarstädten bei den Ganztags- und 2/3- Plätzen mit Abstand eine Spitzenposition ein, bei den Halbtagsplätzen liegt Offenbach knapp hinter Wiesbaden und Frankfurt. Eine drastische Gebührenerhöhung zur Kostendeckung des Kindergartenbesuchs ist theoretisch denkbar, würde aber allen sozial- und bildungspolitischen Zielen der Stabilisierung der schwierigen sozialen Struktur und der Integration breiter Teile der Offenbacher Bevölkerung entgegenstehen. Kostendeckende Elternbeiträge für die Kindertagesstätten in Offenbach würden einen erheblichen Teil der Bevölkerung vom Kindergartenbesuch ausschließen. Aufgrund von Vorgaben des Bundes und des Landes (z.B. die BAMBINI- und KNIRPS- Programme) werden die Kosten wahrscheinlich weiter steigen ohne ausreichende Deckung des Landes, des Bundes oder durch Gebühren. Ein Kompensationsplan ist nicht erforderlich, da in Offenbach lediglich das vom Land Hessen festgesetzte letzte Kindergartenjahr ab 01.01.2007 gebührenbefreit ist und diese Kosten zu 100 % durch Landesmittel gedeckt sind.

5. Freiwillige Leistungen

Auf die Höhe und die Inhalte der freiwilligen Leistungen der Stadt Offenbach ist insbesondere in Kapitel 3.16 eingegangen worden. Sie betragen 2009 knapp 3% an den Gesamtaufwendungen der Stadt. Das absolute und relative Volumen der Gesamtaufwendungen macht deutlich, dass sich die Stadt Offenbach keinesfalls im unangemessenen Rahmen bewegt, sondern lediglich eine Grundförderung leistet und das vorrangig in Bereichen, in denen vor allem freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit in hohem Maße stattfindet. Hier besteht ein zwingender öffentlicher Bedarf für die Wahrnehmung der Aufgabe.

6. Ämterstrukturen

Wie aus den Haushaltssicherungskonzepten der Vorjahre entnommen werden kann, hat die Stadt Offenbach in der Vergangenheit in einer Vielzahl von Fällen die Ämterstrukturen mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung überprüft und teilweise durch Zusammenlegung verändert, so zuletzt im Jahr 2008. Diese Zielsetzung steht generell auch weiter auf der Agenda. Allerdings ergab eine kürzlich abgeschlossene Organisationsuntersuchung und die Überprüfung der Arbeitsabläufe in den Schulsekretariaten die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Stellen.

7. Kommunale Kooperation

Der Öffentliche Personennahverkehr wird in kommunaler Kooperation (Rhein-Main-Verkehrsverbund – RMV) durchgeführt. Im Bereich der Berufsschulen findet eine Kooperation und Abstimmung mit dem Kreis Offenbach statt. Insgesamt ist die Kooperation mit dem Kreis Offenbach nach Verlagerung der Kommunalverwaltung nach Dietzenbach seitens des Kreises reduziert worden; dies betrifft beispielsweise die früher gemeinsam betriebene Leitstelle der Feuerwehr. Versuche einer verstärkten Kooperation mit Frankfurt zeigten bisher nur begrenzte Erfolge. Die Offenbacher Museen nehmen inzwischen teil an der Frankfurter „Nacht der Museen“, die Bibliotheksausweise der beiden Städte werden gegenseitig anerkannt. Weitere Beispiele der Schaffung von Synergien sind die überörtliche Vermarktung der Rhein Main Region, die gemeinsamen Deponienachsorgearbeiten, die in der RMN Rhein-Main Deponienachsorge GmbH gebündelt werden, der gemeinsame Aufbau von Geodaten, der Regionalpark Rhein Main gGmbH, das Integrierte Verkehrsmanagement Rhein Main sowie die Kulturregion Frankfurt Rhein Main gGmbH.

8. PPP

Im Hinblick auf effiziente und effektive Planung, Durchführung und Abwicklung von Baumaßnahmen werden im Rahmen des Schulsanierungskonzepts Teile der Sanierung im Rahmen eines PPP- Projektes geprüft. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs wurden Prioritäten gesetzt und die Projekte über einen Zeitraum von 10 Jahren gestaffelt. Das Verfahren wird in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten durchgeführt.

9. Kreisumlage

Die Kreisumlage ist für die kreisfreie Stadt Offenbach nicht relevant.

10. Anhörung der Bürgermeister

Auch dieser Punkt ist nur für kreisangehörige Kommunen relevant.

11. Nettoneuverschuldung

Das Ziel, ohne Nettoneuverschuldung zu bleiben, wird für das Haushaltsjahr 2010 erreicht.

12. Einzelkreditgenehmigung

Der Regierungspräsident behält sich bei der Genehmigung des Gesamtbetrags der Kredite bereits die Einzelgenehmigung gem. § 114j IV Ziff. 2 HGO vor.

13. Bürgschaften

Bürgschaften der Stadt Offenbach werden anhand strenger Maßstäbe unter Berücksichtigung der aktuellen EU-Rechtsprechung und nur unter der Bedingung der Genehmigung des Regierungspräsidiums vergeben. Grundsätzlich werden Bürgschaften nur an städtische Gesellschaften im Rahmen der Daseinsvorsorge vergeben.

14. Steuerhebesätze

In seiner Genehmigung der Haushaltssatzung 2009 vom 12.05.2009 weist der Regierungspräsident darauf hin, dass die Hebesätze für die Realsteuern deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte liegen. Er hält eine Anpassung für angemessen und vertretbar.

Vergleich der Hebesätze Hessischer Großstädte

	Frankfurt a.M.			Wiesbaden			Kassel			Darmstadt			Offenbach a.M.		
Haushaltsjahr	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Gewerbesteuer	460	460	460	440	440	440	490	490	440	425	425	425	440	440	440
Grundsteuer A	175	175	175	275	275	275	450	450	450	252	252	252	250	250	250
Grundsteuer B	460	460	460	475	475	475	490	490	490	370	370	370	400	400	400

Gewerbesteuer

Für Offenbach ist hier der wichtigste Vergleichsmaßstab Frankfurt mit einem Hebesatz von 460. (Kassel: 490, Offenbach: 440 v.H. seit 01.01.1986). Das durchschnittliche Steueraufkommen in Offenbach in den letzten fünf Jahren betrug rund 57,0 Mio. €/Jahr. Ob eine Erhöhung des Hebesatzes zwangsläufig zu Steuermehreinnahmen führen würde, ist fraglich. Es herrscht Konsens, dass bei einer Erhöhung des Hebesatzes die Unternehmen möglicherweise andere Standorte bevorzugen würden. Erwartete Mehreinnahmen könnten durch Betriebsverlagerungen oder Nichtansiedlung von Unternehmen finanziell neutralisiert oder ins negative gedreht werden (Standortwettbewerb mit Frankfurt und Eschborn). Eine weitere Erhöhung gefährdet deshalb aufgrund gegenläufiger Tendenzen im Umland die positive Entwicklung der letzten Jahre.

Grundsteuer A

Hier liegt Kassel mit einem Hebesatz von 450 sehr deutlich über Offenbach (250 v.H. seit 01.01.1967) und Frankfurt, das mit einem Hebesatz von 175 alle anderen unterbietet. Bei einem durchschnittlichen Steueraufkommen in Offenbach von ca. 20.000 €/Jahr ist diese Steuerart von untergeordneter Bedeutung.

Grundsteuer B

Für Offenbach sind Frankfurt mit einem Hebesatz von 460, Darmstadt mit 370 Punkten sowie die Umlandgemeinden Heusenstamm (250), Obertshausen (240), Mühlheim (320) und Neu-Isenburg (250) wichtige direkte Wettbewerber und damit Vergleichsmaßstab. Das durchschnittliche Steueraufkommen beträgt in Offenbach ca. 17 Mio. €/Jahr. Eine Erhöhung des Hebesatzes um 10% würde somit zu jährlichen Steuermehreinnahmen von ca. 1,7 Mio. € führen. Angesichts der gegenwärtigen schlechten Baukonjunktur in Offenbach, die Grunderwerbsteuer als Indikator ist in diesem Jahr eingebrochen, möchten wir von einer Erhöhung des Hebesatzes absehen. Es ist zu befürchten, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B zu negativer Publizität führen wird und dass dadurch Hauskäufer (trotz der eigentlich nur geringen Zusatzbelastung) abgeschreckt werden.

Dies könnte auch eine Verschlechterung bei der Vermarktung der stadteigenen Grundstücke wie z.B. in Waldheim Süd zur Folge haben.

15. Haushaltsausgabereste

Die Haushaltsausgabereste werden seit Jahren zur Absenkung des Rechnungsfehlbetrags weitestgehend aufgelöst.

16. Konsolidierungsmaßnahmen

Im Entwurf des Haushaltsplans 2009 wurden die Maßnahmen des vorliegenden Haushaltssicherungskonzepts haushaltsstellenscharf umgesetzt.

9. Fazit

Die **Einnahmen** der Stadt Offenbach werden im Wesentlichen durch zwei Größen bestimmt, der Gewerbesteuer einerseits und dem Anteil an den Landessteuern (die allgemeinen Finanzaufweisungen, den KFA) andererseits. Beide Aufkommensarten unterlagen in den vergangenen Jahren deutlichen Schwankungen (2004: insgesamt 122 Mio. €, 2006: 86 Mio. €, 2007: 123 Mio. €, 2008: 140,1 Mio. € - vgl. Abb. 4) und werden aufgrund der weltweiten Rezession drastisch sinken (HP 2010: insgesamt 105 Mio. €).

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, wie gering der Einfluss der Städte bei den Gewerbesteuereinnahmen ist und wie hoch die Schwankungsbreiten sind. Trotzdem muss die Erhöhung dieser Erträge als wichtigste Steuerquelle unverändert höchste Priorität haben. Zwar kann und muss versucht werden, neue potentielle Gewerbesteuerzahler anzusiedeln, ob diese dann tatsächlich Gewinne erwirtschaften und nachhaltig Gewerbesteuer zahlen, ist, wie Offenbach mehrfach erfahren hat, keineswegs sicher.

Auf den Anteil an den Landessteuern hat die Stadt keinen Einfluss. Es ist bedenklich, dass das Land ab 2011 die Mittel des KFA um 400 Mio. € absenken wird und somit den Kommunen entzieht. Hinzu kommt die Problematik, dass, falls Frankfurt durch geringe Gewerbesteuereinnahmen nicht mehr abundant ist, die für Offenbach zur Verfügung stehenden Mittel stark sinken.

Die **Ausgaben** werden ebenfalls im Wesentlichen durch die Entwicklung zweier Ausgabegruppen bestimmt. Es sind die von der Stadt zu erbringenden sozialen Transferleistungen und die Leistungen für den Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Verpflichtung zum Bau und Betrieb von Kindergärten. Die Kosten in beiden Bereichen werden stetig zu einer immer größeren Belastung des städtischen Haushalts, da sie kontinuierlich steigen und die Unterstützung durch Bund und Land bei den laufenden Ausgaben insgesamt rückläufig ist. Beide Kostengruppen werden bestimmt durch gesetzliche Vorgaben, beide Kostengruppen sind durch die Stadt Offenbach nicht zu beeinflussen.

Darüber hinaus belasten zwei wesentliche potentielle Risiken die Haushaltsentwicklung in der Zukunft. Es sind die mit steigender Verschuldungshöhe zunehmenden Zinslasten und der über viele Jahre entstandene Sanierungsstau (z.B. für Straßen und Kindergärten).

Ein **Haushaltsausgleich** ist in Anbetracht der dargestellten Entwicklungen in absehbarer Zeit dauerhaft aus eigener Kraft Offenbachs nicht zu erwarten, da das Defizit strukturell angelegt ist. Die von der Stadt Offenbach notwendigerweise zu erbringenden Leistungen übersteigen auf einen längeren Zeitraum hin die Möglichkeiten der Stadt, entsprechende Einnahmen zu generieren. Die Wirtschaftskrise verschärft die Lage der Stadt, in den nächsten 2 Jahren ist eine Besserung durch stark steigende Gewerbesteuereinnahmen nicht wahrscheinlich. Hinzu kommt der Rückgang der durch den KFA bedingten Einnahmen. Zeitgleich ist ein weiterer Anstieg bei den Ausgaben für die Kosten der Unterkunft für Erwerbssuchende zu erwarten.

Ein nachhaltiger Haushaltsausgleich ist daher auch abhängig von der Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Soziallasten. Es gibt hierfür grundsätzlich **mehrere Möglichkeiten**:

- eine bundespolitische Lösung / strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips: Die Situation Offenbachs ist keineswegs selten oder gar einzigartig in der Bundesrepublik. Der Strukturwandel hat in vielen Regionen Deutschlands Industrien wegbrechen lassen. Bekannte Beispiele hierfür sind neben den Regionen in den

neuen Bundesländern viele Städte an der Küste und im Ruhrgebiet. Die Folgen sind weitgehend gleichgerichtet: die Steuereinnahmen der Kommunen sinken bei gleichzeitigem Anstieg der Sozialkosten. Da die Soziallasten der Kommunen auf gesetzlichen Vorgaben des Bundes beruhen, wäre daher eine **Übernahme der Soziallasten durch den Bund** unter strikter Anwendung des Konnexitätsprinzips durchaus konsequent.

- eine landespolitische Lösung wäre z.B. über eine **Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs** (KFA) / gemilderte Anwendung des Konnexitätsprinzips denkbar. Die heutige Ausgestaltung des KFA (einschließlich des Landesausgleichsstocks) trägt nur in begrenztem Umfang zu einem wirklichen Ausgleich unterschiedlicher, gesetzlich vorgegebener Lasten der Kommunen bei. Zwar erhielt Offenbach aus dem KFA 2008 und 2009 ein Rekordvolumen, als stabile Finanzierungsbasis ist der KFA in der heutigen Ausgestaltung aber nicht geeignet, da er abhängig ist von den Steuereinnahmen des Landes, der Abundanz Frankfurts und gegebenenfalls sonstiger aus dem KFA zu finanzierender Leistungen. Eine Neugestaltung des KFA, der die gesetzlichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit in etwa ausgleicht, d.h. eine gemilderte Anwendung des Konnexitätsprinzips, wäre sinnvoll.
- Auch eine **regionale Strukturreform** als Mittel für eine angemessene Verteilung von Einkünften und Lasten in der Region wurde mehrfach in verschiedenen Varianten diskutiert. Eine regionale Strukturreform könnte auch Kostensenkungspotentiale mit sich bringen durch die Zusammenfassung und Vereinheitlichung von Abläufen (z.B. in der EDV).

Selbst wenn die grundlegenden Probleme der kommunalen Finanzausstattung und die Lösungsmöglichkeiten alle plausibel erscheinen, ist eine tatsächliche Reform der kommunalen Finanzierung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Bis zu einer nachhaltigen Änderung der Rahmenbedingungen muss die Stadt Offenbach daher den seit 1992 eingeschlagenen Weg fortsetzen. Das zentrale Ziel der kommunalen Finanzwirtschaft (und des Haushaltssicherungskonzepts) ist trotz der genannten Widrigkeiten weiterhin, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das erfordert:

- Verwaltungskosten wo immer möglich zu senken ohne die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen in Frage zu stellen.
- Ausgaben für Reparaturen und Sanierungen zu minimieren ohne den Sanierungsstau weiter anwachsen zu lassen.
- Nur in geringem Umfang zu investieren ohne auf die notwendige städtische Infrastruktur zu verzichten (Schulen, Kindergärten, Gefahrenabwehr, Straßen etc.).
- Freiwillige Leistungen zu minimieren und trotzdem ein Sport- und Kulturangebot aufrecht zu erhalten, das seitens der interessierten Bevölkerung als akzeptabel angesehen wird (ansonsten ziehen diese für die Stadt wichtigen Bürger weg). Insgesamt ist die Stadt Offenbach verpflichtet, den jetzigen Bürgern Offenbachs kulturell und bildungspolitisch ein Mindestangebot zur Verfügung zu stellen.
- Möglichst kostendeckende Gebühren zu erheben ohne gleichzeitig den Besuch der städtischen Einrichtungen wie z.B. Kindergärten für größere Bevölkerungskreise unerschwinglich zu machen.
- Steuereinnahmen durch adäquate Hebesätze zu optimieren.

Insgesamt steht die Stadt Offenbach auf absehbare Zeit bei jeder Entscheidung über eine Ausgabe vor der Frage, ob der aus der Ausgabe entstehende Nutzen für die Infrastruktur, Kultur, Bildung etc. auch im Sinne der Generationengerechtigkeit größer ist als die daraus entstehenden Lasten, nämlich die Zins- und Tilgungsleistungen. Es sind also trotz defizitärer Finanzlage Maßnahmen einzuleiten, die der Stadt Offenbach und ihrer Bevölkerung mittel- und langfristig Wachstumsperspektiven in relevanten Bereichen ermöglichen. Hiervon profitiert dann auch die nächste Generation, die Straßen, Schulen und Gebäude nutzen kann, deren Wert erhalten worden ist und die in einem lebenswerten, attraktiven und zukunftsfähigen Offenbach wohnt.